

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Freitag, den 4. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Wahlkampf in Italien.

Rom, 31. Oktober. (Fig. Ver.)

Der Wahlkampf ist in ganz Italien im vollsten Gange. Nicht mehr eine Woche trennt uns von den Hauptwahlen, und die Haupten der verschiedenen Fraktionen unterbreiten in großen Reden ihr Wahlprogramm den Wählern und dem Lande.

Vorgestern hat Sonnino, der Leader der konservativen Opposition, gesprochen, eine nichtsagende Rede, in der sehr viel von Freiheit und Volksworten vorkam, von der Rot der Armen, der die Regierung steuern müsse und so weiter. Das einzig Deutliche war der Teil, wo sich Sonnino gegen die Organisationen der Arbeiter wendet, die er einen Staat im Staate nennt und für deren Wirksamkeit er besondere gesetzliche Regelung fordert.

Gestern kam die Reihe an Sacchi, den Führer der nach ihm benannten Fraktion der Radikalen.

Von allen war wohl seine Rede die am meisten erwartete. Die Hauptbesorgnis des Abgeordneten von Cremona ist, zu beweisen, daß die Spaltung der äußersten Linken nicht von einer Bestimmung der Radikalen, sondern von einem Absinken der Sozialisten ins revolutionäre Lager bestimmt wurde.

Des weiteren sprach Sacchi von dem, nach seiner Ansicht neuem sozialistischen Prinzip, nach dem der Streit ein wirksames Mittel der politischen PreSSION wäre. Es handelt sich hier wohl weniger um ein neues Prinzip als um die nachträglich gemachte Konstatierung einer Tatsache, denn der Streit hat sich selbst als politisch wirksam dokumentiert.

Schlieflich erklärte Sacchi, daß das Problem Italiens nicht ein Problem der Verteilung, sondern eins der Produktion sei. Es fehle dem Lande der Reichtum und man müsse erst für den Ertrag sorgen, ehe man sich um dessen Verteilung kümmerge.

Auch Turati hat bereits vier Wahlprogrammreden gehalten, die von einer neuen Wandlung seines geistigen Geistes zeugen. Es ist nicht zwei Jahre her, seit Turati den in öffentlichen Diensten beschäftigten Arbeitern das Streikrecht abspach.

In einer seiner jüngsten Reden ging Turati so weit, zu behaupten, daß die Radikalen ihm keinen Kandidaten entgegenstellen, während früher er und die Seinen es vielfach behaupteten, wenn ein sozialistischer Kandidat gegen einen Radikalen austrat.

Von allen großen Städten steht Rom bis jetzt dem Wahlkampf am gleichgültigsten gegenüber.

Bei der Wahlkampf in Italien im vollsten Gange. Nicht mehr eine Woche trennt uns von den Hauptwahlen, und die Haupten der verschiedenen Fraktionen unterbreiten in großen Reden ihr Wahlprogramm den Wählern und dem Lande.

Zur Erklärung der allgemeinen Lage und unserer Bezeichnung der Fraktionen wollen wir hinzufügen, daß zwar der reaktionäre Block, den man geplant hatte, nicht zustande kam, wohl aber eine Art reaktionärer Schutthaufen, in dem alle bisherigen Ordnungsparteien durcheinander liegen. Ein Block besteht nicht, denn es fehlt den „staatsbehaltenden“ Parteien Organisation und Disziplin, so daß der eine gegen den anderen kandidiert, aber eine allgemeine Gleichförmigkeit des reaktionären Programms ist erzielt worden.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Mulden, 2. November. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Zwei Divisionen der vor Port Arthur stehenden japanischen Armee sind zur Verstärkung der Armee Ohamas abgegangen.

Petersburg, 3. November. Im Laufe des Monats wird Kurapatkin über folgende Truppen verfügen: 885 Bataillone Infanterie, 201 Schwadronen Kavallerie, 28 Regimenter Artillerie, 91 Flieger- und Telegraphen-Kompagnien, hierzu kommen noch 1400 Geschütze.

London, 3. November. Die „Morning Post“ schreibt, es seien Maßnahmen getroffen worden, die Baltische Flotte während ihrer Fahrt nach dem fernen Osten zu liberieren.

Petersburg, 3. November. Die „Wirschewskaja Wjedomosti“ sind ermächtigt mitzuteilen, daß in der ausländischen Presse verbreitete Gerüchte, Admiral Roschdestwenski habe während des Vorfalls in der Nordsee auf eigene russische Torpedoboots gefeuert, welche angeblich hinter dem Geschwader zurückgeblieben seien und daselbst zu erreichen suchten, sei die reinste Erfindung.

Die offizielle Verlustliste in der Schlacht am Schaho spricht von 15 879 Mann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hatte am Donnerstag eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen.

Zunächst überwies das Haus nach kurzer Debatte den bereits vom Herrenhause verabschiedeten Entwurf einer Wege-Ordnung für die Provinz Westpreußen an eine Kommission.

Eine längere Erörterung knüpfte sich an den Antrag des Abg. Friß (natl.) und Genossen, der die Aufhebung der Arreststrafen für Unterbeamte bezweckt.

Das Abgeordnetenhaus hatte am Donnerstag eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen.

Zunächst überwies das Haus nach kurzer Debatte den bereits vom Herrenhause verabschiedeten Entwurf einer Wege-Ordnung für die Provinz Westpreußen an eine Kommission.

Eine längere Erörterung knüpfte sich an den Antrag des Abg. Friß (natl.) und Genossen, der die Aufhebung der Arreststrafen für Unterbeamte bezweckt. Im Reich, in Elsaß-Lothringen und selbst in Sachsen kennt man diese Strafe nicht, im Militärstaat Preußen dagegen, wo das Heer militärisch organisiert sein soll, besteht dies eigenartige „Erziehungsmittel“ noch, und wenn es nach dem Willen der Regierung geht, dann wird auch in Zukunft über Unterbeamte Arrest verhängt werden dürfen.

dem Regierungsvertreter offenbar gleichgültig. Das Haus nahm, abgesehen von dem konservativen Abg. Stroffer und einigen wenigen seiner engeren Freunde, einen vernünftigeren Standpunkt ein als die Regierung und erteilte dem Antrage die Zustimmung. Eine im Sinne des Antrages gehaltene Petition, die über 11 000 Unterschriften von Beamten trägt, wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. In früheren Jahren ging das Haus über ähnliche Petitionen regelmäßig zur Tagesordnung über.

Der Antrag der Abgg. Ernst (fr. Vg.) und Genossen betreffend Förderung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Mädchen-Volksschulen wurde nach kurzer Debatte, in der sich alle Redner sympathisch dazu äußerten, der Unterrichtscommission überwiesen.

Gleichfalls an eine Kommission ging der Antrag Schmedding (Z.) u. Gen., der die Regierung auffordert, schleunigst im gesetzlichen Wege die Fürsorge für diejenigen mittellosen geisteskranken und schwachmütigen Personen zu regeln, welche nur behufs des Schutzes anderer Personen gegen ihre Ausschreitungen der Unterbringung in Anstalten bedürfen. Heute entstehen mangels gesetzlicher Bestimmungen gewöhnlich Differenzen wegen der Kostenfrage; es gibt sogar Gemeinden, die, weil sie über die Zahlung der Aufenthaltskosten keine Einigung mit den Provinzial- oder staatlichen Behörden erzielen können, Geistesranke frei umherlaufen lassen.

Den Rest der Tagesordnung bildeten einige weitere belanglose Anträge und Petitionen ohne allgemeines Interesse. Am Freitag steht neben kleineren Vorlagen der freisinnige Antrag betreffend die Sächsische Sparlotterie zur Debatte.

Das sozialdemokratische Offizierkorps.

Die deutsche Militärpresse entsetzt sich eifervoll über die Vorkommnisse im französischen Kriegsministerium, über geheime Brandmarkung der radikalen und monarchistischen Offiziere und über ihre Zurücksetzung im Avancement. Die „Kreuz-Zeitung“ beschließt, was für eine Korrespondenz senden, in welcher Jaurès der Kartellerte beizügelt wird, weil er erklärt, daß es Pflicht eines republikanischen Ministers war, Mitteilungen entgegenzunehmen darüber, ob Offiziere gegen die Republik konspirieren.

Das gibt in der Tat interessante Aufschlüsse über den Geist, der im Offizierkorps der sozialdemokratischen Zukunftarmee herrschen wird.

Wir haben keinen Anlaß, näher über die Vorgänge im französischen Kriegsministerium zu sprechen, nichts aber kann größere Heiterkeit erwecken als diese Entrüstung der deutschen Militärpresse und als der Versuch der „Kreuz-Zeitung“, ein zukünftiges sozialdemokratisches Kriegsministerium bereits heute auf Verrat demagogieren zu wollen. Alles, was im französischen Kriegsministerium geschehen ist, mag auch Tadelnwertes geübt sein, ist natürlich von lächerlicher Geringschätzung gegenüber den dauernd mit äußerster Gewaltsamkeit durchgeführten Methoden der deutschen Militärbehörden.

In Frankreich handelt es sich darum, die früher im Avancement rechtswidrig zurückgesetzten republikanischen Offiziere endlich einigermaßen in ihr Recht einzuführen. In Deutschland aber gilt es für selbstverständlich, daß die politische Gesinnung den Ausschlag dafür gibt, ob jemand in Offizierstellen einrücken darf. Die deutsche Militärpresse klagt, daß in Frankreich republikanische Offiziere bevorzugt werden, in Deutschland selbst aber werden systematisch nur Personen, welche die den Herrschenden beliebende Gesinnung haben, in Offizierstellen zugelassen. Noch niemals ist gehört worden, daß ein Sozialdemokrat, und sei er der trefflichste Soldat, Offizier werden könnte. Nicht einmal zu den Unteroffizierschargen wird bei uns jemand zugelassen, der sozialdemokratische Gesinnung „verdächtig“ ist.

Wir können die „Kreuz-Zeitung“ beruhigen über den Geist, welcher bereits im Offizierkorps der sozialdemokratischen Zukunftarmee herrschen wird. Soldaten, welche befähigt sind, werden in der sozialdemokratischen Militärrarmee keineswegs darum Zurücksetzung erfahren, daß sie der geistigen Anormalität verfallen sind. Anhänger der „Kreuz-Zeitung“ und ihrer monarchischen Gesinnungen zu sein.

Taktvolle Auffklärung.

Die Debatte des Abgeordnetenhauses über die saarabrischen Wahlbeeinflussungen veranlaßt die „Deutsche Tageszeitung“ zu einigen „grundfähigen Bemerkungen“. Sie erklärt sich „gegen die Ausübung jeden Zwanges bei der Wahl“, aber „in gewissem Sinne“ müsse als die Pflicht des Arbeitgebers aufgefaßt werden, taktvolle und unbefangene Auffklärung der Arbeiter über die politischen Fragen und ihre eigenen wahren Interessen zu üben.

werden, die „in besonderer Weise dazu berufen sind, von den Vertretern der Autorität.“ Auch dem Arbeitgeber dürfe das allgemeine Staatsbürgerrecht der Ausländer der Vollgenossen nicht verweigert werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint weiter, sie erwarte, durch diese offene Erklärung den Jörn der Demokraten zu erregen.

Keineswegs. Die Demokraten wünschen nur einen Gegenentwurf zu machen: Es werde eine gesetzliche Bestimmung geschaffen, daß Arbeiter, welche bei der Aufklärungsarbeit der Autoritäten in eine politische Diskussion zu ihren Arbeitgebern treten und ihren entgegengelegten politischen Standpunkt vor ihren Arbeitskollegen äußern, bei Gefängnisstrafe nicht in der Arbeit beeinträchtigt und nicht aus der Arbeit entlassen werden dürfen. Natürlich würde auch diese Aufklärung der Arbeiter auf den jückerischen Gütern eine durchaus taktvolle sein. Wir erwarten, durch diesen Vorschlag nicht den Jörn der „Deutschen Tageszeitung“ zu erregen. Sie wird es für recht und billig halten, daß nicht nur jeder hergelassene konser-vative Unterbesitzer, sondern auch jeder Arbeiter das gleiche Recht der Aufklärung der Volksgenossen genießt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich noch in besonderem gegen die Sozialdemokratie, die keinen Anlaß habe, über angeblichen Wahlzwang zu klagen, denn der Wahlzwang, den sie übt, „ist durchsichtlicher weit stärker und weit unbedrohter als jede Wahlbeeinflussung von anderer Seite“. Wir bedauern, daß die Herren Agrarier von der „Deutschen Tageszeitung“ bisher noch in keinem einzigen Falle die letzte Nähe aufgewendet haben, die Fälle der unverfälschten sozialdemokratischen Wahlbeeinflussung festzustellen und die also ungeschicklich zustande gekommenen Reichstagswahlen durch die Wahlprüfungskommission als ungültig erklären zu lassen. Bisher haben sie es nur immer bewunderungswürdig geduldet, daß durch sozialdemokratische Proteste konervative Wahlen wegen brutaler Ver-gewaltigung der Wähler der Ungültigkeit überliefert worden sind!

Die kanadischen Parlamentswahlen.

London, 1. November. (Fig. Ver.)

Am 3. d. M. finden in Kanada die Parlamentswahlen statt. Wie in England besteht auch das Parlament Kanadas aus nur zwei Parteien: einer konservativen und einer liberalen, die sich durch ihre verschiedene Auffassung über die Grenzen der staatlichen Tätigkeit und über den Grad der Annäherung an das Mutterland unterscheiden. Die konservative Partei ist dem Gedanken der Verstaatlichung und dem einer britischen Reichsvereinigung geneigter, als die liberale Partei. Die konservativen sind für Schutzoll und für einen weitgehenden Vorzugstarif für britische Waren; die Liberalen sind im Prinzip Freihändler, in der Praxis für einen mäßigen Schutzoll und für einen Vorzugstarif für britische Waren.

Das kanadische Unterhaus in Ottawa besteht aus 214 Abgeordneten. Auf Grund der Wahlen vom Jahre 1900 erhielt die liberale Partei 134, die konservative Partei 80 Abgeordnete. Die Liberalen waren somit in der Mehrheit und übernahmen die Regierung, die sie auch in der Legislaturperiode 1897—1900 innehatten. Die Verteilung der Abgeordneten ist folgende:

Provinz	Liberaler	Konservativer
Manitoba	8	4
Neubraunschweig	9	5
Neuschottland	15	5
Ontario	37	55
Quebec	58	7
Prinz Edward-Inseln	3	2
Territorien	4	0
Nylon	1	0
Britisch-Columbia	4	2
Zusammen	184	80

Der Führer der liberalen Partei ist Sir Wilfrid Laurier, der zugleich als Premierminister an der Spitze der Regierung steht. Auf seine Anregung im Jubiläumsjahre 1897 wurden die britischen Handelsverträge mit Belgien und Deutschland gelündigt und dem Mutterlande ein Vorzugstarif gewährt. Aber er ist keineswegs Imperialist. Nach seiner Erklärung ist die Dominion of Kanada nur deshalb loyal, weil ihr das Mutterland die Freiheit gegeben hat. Er sagte ferner: „Wir gewähren England einen Vorzugstarif, weil wir auf den englischen Markt angewiesen sind. Nach diesem Markt gehen unsere Produkte, denn nach fremden Ländern verkaufen wir nur höchstens fünf Prozent. Es ist deshalb unsere Pflicht, unseren Handel nach jener Richtung hin weiter zu entwickeln. Um niedrige Frachten für unsere Ausfuhr zu erhalten, ist es nötig, daß die Schiffe, die sie führen, Ladungen nach Kanada zurückbringen. Durch den Vorzugstarif an England haben wir die Mittel, die Schiffe mit Ladungen zu versorgen.“ Dies sei das Geheimnis des von der liberalen Regierung Kanadas an England gewährten Vorzugs. Das Argument ist rein utilitarisch und hat nichts mit dem imperialistischen Gefühl zu tun. Nach Laurier ist also das Einigungsband zwischen England und den Dominion die politische Gleichberechtigung und der gegenseitige materielle Nutzen. Es ist indes klar, daß das kanadische Volk nicht so viel von einem kalten logischen Raisonnement wie vom imperialistischen Gefühl geleitet wird. Die Logik allein wäre kaum imstande gewesen, die Kanadier während des Boerenkrieges zu veranlassen, ihre Söhne nach Südafrika zu schicken. Die Haltung Kanadas spricht vielmehr dafür, daß Logik und Gefühl für ein engeres Zusammengehen mit dem Mutterland sind. Bei Laurier allerdings nur die Logik. Er ist französischer Abstammung und ein prinzipieller Freihändler, und hat im Laufe des letzten Jahres gezeigt, daß er nicht britisch, sondern rein kanadisch fühlt. Als die britisch-amerikanische Kommission, die zur Schlichtung der Grenzstreitigkeiten in Alaska eingesetzt wurde, zugunsten der Vereinigten Staaten entschied, stellte Laurier im Parlament den Antrag, das Vertragsrecht dem Mutterlande zu entziehen. Dann ist noch der Fall mit Lord Dunsford zu erwähnen. Dieser ist einer der beliebtesten Generale der britischen Armee und wurde beim Abschluß des Boerenkrieges zum Kommandierenden der Militz in Kanada ernannt. Bei Ernennung von Militz-offizieren geriet er indes in einen Konflikt mit der Zivilregierung und mußte seinen Posten niederlegen, wobei ihn Laurier einen „Foreigner“ nannte. Foreigner heißt Ausländer. Im Englischen hat das Wort aber einen schimpflichen Beigeschmack, wie bei den Griechen „Barbar“. Aus allen diesen Gründen hat Laurier seine im Jahre 1897 in England gewonnene Popularität eingebüßt, und man würde hier seine Niederlage mit Vergnügen begrüßen.

Der Führer der konservativen Partei ist Mr. Borden, von dem man nur soviel weiß, daß er für Schutzoll und für eine engere zollpolitische Annäherung an England eintritt.

Neben der Zollpolitik und vielleicht noch mehr als diese ist der Bau der transkanadischen Eisenbahn zum Gegenstand der Wahl-agitation geworden. Die konservativen wollen, daß der Staat den Bau übernimmt, während Laurier Privatgesellschaften bebürgert. Borden gab die Parole aus: „Soll die Bahn den Staat, oder der Staat die Bahn beherrschen?“

Deutsches Reich.

Der Schützenherzog und sein „trungehorsamer“ Diener.

In diesen Tagen ist ein dicker Band von Briefen (Leipzig, S. Hirzel) erschienen, die zwischen Herzog Ernst von Koburg und Gustav Freytag gewechselt worden sind. Es wird sich vielleicht Gelegenheit bieten, auf die Publikation zurückzukommen, die zwar historisch keinen Wert hat, die aber doch ein psychologisches Kulturbildchen vom

deutschen Fürsten- und Literaten-Liberalismus zusammenstellt. Gustav Freytag war der Lieblingschriftsteller jener emporgekommenen liberalen Bourgeoisie, die es zwar nicht politisch aber wirtschaftlich so fester Macht gebräut hat, und der Schützenherzog Ernst, der Großfabrikant von Adel und Titeln — Freiherr v. Münch ist ein Stümper gegen ihn — verleiht jenen monarchischen Liberalismus, für den unsere vorfürstenthronische stolze liberale Presse so schwärmerische Verehrung hat. Es scheint, als ob unter den veröffentlichten Briefen, die übrigens so sorgsam gefeilt sind, daß man annehmen darf, sie seien schon bei ihrer Abfassung für eine zukünftige Öffentlichkeit bestimmt gewesen — unter diesen Briefen scheinen gerade die interessantesten zu fehlen. — So ist das Schreiben Gustav Freytags verschwunden, in dem der einstige Freund des Kronprinzen Friedrich Wilhelm nach dem Tode Friedrichs III. das Erscheinen seines Pamphlets über den verstorbenen Freund dem Herzog Ernst angezeigt hat.

Der Briefwechsel aus der Zeit des neuen Staates ist überhaupt fast völlig inhaltslos. Um die geistige Höhe dieses kleinstaatlichen Chronikaliberalismus zu charakterisieren verlohnt vielleicht eine Wiedergabe zweier Briefstellen, in denen der Herzog und sein treugehorhamer Freytag ihre Sorgen über die Sozialdemokratie austauschen.

Am 22. Januar 1890 schreibt Gustav Freytag an seinen lieben Herrn:

„Seit 1848 hat es keine Zeit gegeben, wo der Friede der Staaten so gesichert erschien und keine, wo die Umsturzideen im Innern der Staaten so planvoll organisiert, die soziale Ordnung der Staaten bedrohten. Die Bemühungen des Kanzlers, durch die große Reformgesetzgebung die Interessen der Massen von den Agitatoren ab- und dem Staat zuzuleiten, könnten in fünfzig, in hundert Jahren vielleicht eine gute Wirkung ausüben, wenn uns so lange gelänge, die organisierten Ausbrüche der Unzufriedenheit im Zaume zu halten. Aber dazu ist geringe Aussicht. Denn je größer die Bewilligungen, umso höher die Forderungen. Dem Arbeiter verlinken die „wohlthätigen“ Gesetze nur: Die Reichen bewilligen, weil sie Furcht haben. Dank sind wir ihnen nicht schuldig, wohl aber unseren Anführern. Vivat Vebel! — Der Umstand, daß das Kapital fortwährend teurer wird, dagegen die Arbeiterkraft wertvoller, ist ein Anzeichen, daß der Kampf zwischen beiden Gewalten zunächst mit dem Unterliegen des Kapitals ausgeglichen werden wird. Wir dürfen vertrauen, daß dieser Kampf, der in seiner Dauer jetzt unüberschaubar ist, durch viele gute Friedensschlüsse und Zeiten verhältnismäßiger Ruhe unterbrochen wird. Aber er wird noch zu seltsamen Erscheinungen führen.“

Der liberalste aller Monarchen aber antwortet wie folgt:

„So urteilen wir beide auch gewiß gleich über die in Ihrem Brief hervorgehobene große Gefahr der Umsturzideen für die soziale Ordnung; aber ein Unterschied ist doch in unserer Auffassung und Ihr Vergleich mit 1848 scheint mir nicht zuzutreffen. Ich meine, wir haben jetzt ein besseres Gewissen als die Mächthaber von damals. Wenn heute der Staat und die Zivilisation bedroht wird, so ist es kein verrotteter Staat mehr und keine herzköze Zivilisation, sondern beide haben das Recht, sich zu wehren, und zum Glück auch die Macht dank dem fest gegründeten Reich, das uns nun umschließt. Freilich, wenn es zu dieser harten Notwendigkeit käme, würde manch wertvolles freihändlerisches Bestreben vorübergehend wieder verloren gehen, aber durch kein doktrinäres Bedenken möchte ich mir das Recht verkrüppeln lassen, bei gutem Gewissen mich meiner Haut zu wehren. Die Hauptsache ist nur, den rechten Moment nicht zu verpassen, sondern entschlossen zu sagen: Bis hierher und nicht weiter.“

Der Freiherr von Stumm hätte nicht anders schreiben brauchen.

Am 30. Juli 1890 schreibt der Herzog an Freytag über Kaiser Wilhelm II:

„Unser junger gnädigster Herr sucht mehr oder weniger meine Fußtapfen auf, aus der Zeit, in der ich in seinem Alter war; er ist aber ein mächtiger Kaiser und ich bin damals nur ein vorwärtsstrebender Privatmann gewesen. Die Schwierigkeiten sind wohl gleichbedeutend. Ich aber habe den Vorteil treu ergebener Freunde gehabt (unter denen Sie oben an stehen); der Kaiser hat keine, er hat auch nicht die Möglichkeit und besonders nicht die Zeit, intimen Umgang mit dritten Personen, seien es Fürstlichkeiten oder Laien, zu pflegen. Diesen Rangel sucht er nun durch Gleich und Laikraft zu ersetzen. Ich bezweifle aber, ob dies in allen Fällen ausreicht. Auch hierüber sind nur mündliche Konfidenzen möglich. Mir beweist der Kaiser noch immer große Liebe und Vertrauen. Und dennoch fühle ich durch, daß er nicht von freien Stücken die Gelegenheit ergreift, eine ungeschminkte Kritik anzuhören. In der Wisnars-Tradition habe ich, ehe der Vorhang gefallen, noch eine gewisse Rolle gespielt.“

Die Verräterklärung der Landarbeiter.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes betreffend Erbschwerung des Kontraktbruchs für ländliche Arbeiter trat Mittwoch in die erste Beratung der Vorlage ein. Es wurde beschlossen, zwei Lesungen vorzunehmen und zunächst im Anschluß an den § 1 des Entwurfes, der die grundlegenden Bestimmungen enthält, in eine Generaldiskussion einzutreten.

Im Laufe derselben wurde von der freisinnigen Partei sowohl die rechtliche Zulässigkeit einer landesgesetzlichen Regelung als die Richtigkeit und Durchführbarkeit einer solchen in Abrede gestellt.

Die übrigen Kommissionsmitglieder sprachen sich für die Zuständigkeit der Landes- Gesetzgebung aus, und der weitaus größte Teil erlachte auch eine Kollage dahin an, daß der Vertragsbruch auf dem platten Lande einen die Landwirtschaft im allgemeinen schädigenden Umfang angenommen habe. Wenn der Entwurf auch nicht imstande sei, die Leutenot der Landwirtschaft als solche zu beseitigen oder zu mildern, weil er den Abschluß der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Industrie nicht zu hindern vermöge, so könne er doch dadurch segensreich wirken, daß er die vorhandenen Arbeiter bei demjenigen festhalte, der sie mit Mühe und Kosten angeworben habe, und das gewissenlose und un-reelle Ausmieten unterbinde.

Die konservativen Vertreter hielten auch den Entwurf für eine brauchbare Grundlage eines in dieser Richtung wirkenden Gesetzes, obgleich auch sie verschiedene Abänderungen für zulässig, ja zum Teil für notwendig erachteten. Im gleichen Sinne sprach sich ein Teil der Zentrumsmittglieder aus, während die übrigen Vertreter dieser Partei befürchteten, daß der mittelbare Einfluß der Vorlage auf die Rechte der Arbeiter zu groß sei, um ohne Vorsorgnis hingegenommen zu werden.

Die nationalliberalen Mitglieder der Kommission erklärten insbesondere eine Befragung der Arbeitgeber, die vertragsbrüchige Arbeiter annehmen, für bedenklich, weil dadurch auch nicht vertragsbrüchige Arbeiter, die vor Ablauf der Vertragszeit, aber aus gesundheitlichen Gründen den Dienst verlassen, in Mißleidenschaft gezogen und für längere Zeit arbeitslos werden könnten. Sie wiesen ferner darauf hin, daß in der übrigen bestehenden Gesetzgebung bereits so viel von dem, was der Entwurf bezwecke, enthalten sei, daß die Notwendigkeit eines neuen Eingreifens der Gesetzgebung mindestens fraglich erscheine. Vor allem aber würde ein Gesetz, das nicht auch der Industrie die Annahme kontraktbrüchiger landwirtschaftlicher Arbeiter verbiete, der Landwirtschaft sehr wenig Nutzen

bringen, und es sei deshalb zu erwägen, ob nicht die Reichs-Gesetzgebung angrünen sei, um eine Bekämpfung des Kontraktbruchs einheitlich für alle Bundesstaaten und alle Rechtsverhältnisse aus dem Dienstvertrag herbeizuführen.

Seitens der Regierungvertreter wurde der Vorschlag gemacht, die Bedenken gegen die Befragung von Arbeitgebern, die vertragsbrüchige Arbeiter annehmen, dadurch zu beseitigen, daß eine Vorprüfung der Sachlage durch die Polizeibehörde vorgeschrieben werde. Dieser Vorschlag fand Widerspruch, weil hierdurch eine genügende Rechtsgarantie nicht geschaffen werde. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Die weitere Beratung wurde bis 7. November vertagt.

Aus den Verhandlungen der Kommission geht hervor, wie wild es im reaktionären Herdenschloß wieder brodelte. Festzuhalten ist, daß das Zentrum wie schon früher zum Teil gleichfalls für das Ausnahmengesetz gegen die ohnehin rechtlosen Landarbeiter eintritt, und daß die Nationalliberalen gar eine allgemeine Befragung des Kontraktbruchs durch das Reich anregten!

Im sittlichen Dresden, allwo die Polizei die Photographien der unzüchtigen einfügen Kronprinzessin verbietet, wo die konservative Hoffentlichkeit die Entwürfe der Parollosigkeit und Unzufriedenheit feiert, begibt sich der unglückselige Zwischenfall, daß wieder einmal in einer der allerhöchsten und allerhöchsten Familien ein böser Sittlichkeitsstempel ausbricht. Der früher als Rechtsanwalt tätige jetzige Ständesbeamte Dr. jur. Adermann ist nebst drei anderen höchst ordnungsgemäßen Herren wegen Sittlichkeits-Verbrechen verhaftet worden. Nur nebenbei soll er auch gegen § 175 des Strafgesetzbuchs verstoßen haben. Die Vor-kommisse, wegen deren die Verhaftung erfolgte, haben sich in einem Berliner Hotel abgespielt. In Dresden war der Dr. jur. Adermann eine „Stütze der Gesellschaft“ und spielte eine hervorragende Rolle in konservativen Kreisen; ist er doch der Sohn des verstorbenen Reichstags- Abgeordneten und sächsischen Kammerpräsidenten Adermann, des vielberühmten Reaktionsärs in der vielberühmten „Weißen Weste“. Und der Schwager des sächsischen Sittlichkeits- Beiden ist kein geringerer als Dr. Paul Rehner, der jetzige Kammerpräsident, der eifrige Hofmann, der Vertreter der sächsischen Reaktion. Es ist Teneslerwert, daß auf solch gesundem Boden so taurnstüchziges Gewächs wuchert.

Studenten.

Offene Worte über studentischen Luxus sprach bei dem Rektorswechsel an der Leipziger Universität Professor Dr. Bücher: In den meisten Verbindungen könne kaum noch ein Stiftungsfest gefeiert werden, das nicht mindestens drei Tage dauere; festliche Auffahrten wechselten mit Festen und Aufführungen, deren Vorbereitungen allein die Beteiligten viele Stunden und Tage dem Studium entzogen; es habe sich geradezu ein Kodex des Luxus ausgebildet, der den studierenden jungen Mann einschließe nach dem, was er ausgeben; nachgerade müsse die Frage aufgeworfen werden, ob hier nicht ein Zurück-schneiden geistiger Auswüchse, ein Zurückkehren zur alten Einfachheit des deutschen Studententums zum Verbindungsleben selbst am meisten nützlich werde.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, der jeder Luxus ver-haßt ist, den nicht der Junter betreibt, bestätigt aus ihrer Erfahrung die Worte Professor Büchers und ergänzt sie nicht ohne Interesse:

„Nicht das ist der Hauptschaden, daß dreitägige Studenten-feste gefeiert werden, sondern der wunde Punkt liegt darin, wie sie gefeiert werden. Man überbietet sich dabei in einem künstlich gemachten, sinnlosen, mindestens gewaltsam übertriebenen Luxus, der den Genuss nicht steigert, sondern beeinträchtigt, der lediglich bestimmt ist, nach außen hin zu wirken. Es ist eine Art des Affentums eingetreten, die früher gerade von den Studenten verhöht und verpöthelt wurde. Eine Incorporation sucht die andere zu übertrumpfen. Früher legte man Wert darauf, möglichst flott, stramm, burchlos und waffenmäßig zu erscheinen, jetzt läßt man das blasierte, schlotternde, in sich zusammengefallene Gigertum nach. Früher wollte der Student „sich“ sein, heute legt er Wert darauf, „patent“ zu erscheinen. Diese beiden Worte der Studentensprache bezeichnen am besten den Wechsel der Auf-fassungen. Es ist nun freilich eine alte Erfahrung, daß Kapuziner-predigten besonders auf Studentenfreize nicht zu wirken pflegen. Was getan werden kann und muß, das sollte besonders von den so genannten „Alten Herren“ gesehen. Das ist aber das Bedauerliche, daß diese A. H. in vielen Fällen den Gang zum Luxus bei den jungen Leuten nicht eindämmen, sondern durch Schenkungen usw. steigern. Die Angelegenheit ist nicht nur von Bedeutung für die Studentenschaft, sondern für die Gesamtheit. Die studentischen Sitten und Ansitten werden ins Leben mit hinaus-genommen, und wenn man jetzt mit gutem Auge darüber fragt, daß auch in gewisse Beamtenkreise der unnütze und präyige Luxus Eingang gefunden habe, so wird ein Grund dieser un-ersreulichen Erscheinung mit in dem Luxus des Studententums zu suchen sein.“

Vernünftige Sitten und schlichtes Leben sind nur zu schaffen, wenn man, statt wider den Luxus zu kapuzinern, die kapitalistische Reichthumsansammlung und die feudale Junterherrschaft befehdet. Aus einer Klasse, die ohne Arbeit maßlose Privilegien genießt und ausbreiterischer Reichthum speichert, wird mit Notwendigkeit das „Affentum“ gezüchtet. Die Zukunft der „Besitzenden und Gehilbten“ liegt da, woher einst, nach Darwin, der Mensch ausgegangen.

In Schwerin-Wismar, wo Dr. Dröcher von der Kandidatur zurückgetreten ist, haben jetzt die Konservativen den Generalsekretär des deutschen Landwirtschaftsvereins und Privatdozenten Dr. Dade für die Reichstagswahl aufgestellt. So wenig es dem Herrn Dade an agrarischer Leistungsfähigkeit fehlt, so zweifelhaft ist es, ob die Mecklenburger Bauern sich für den Berliner Gelehrten eifrig einsetzen werden. Der konservative Wahlmacher des dortigen Archies hat daher als besonderes Verdienst des Kandidaten der Wählerversammlung eröffnet, daß er sogar im Lande des Ochsenkopfes gebürtig sei.

Katholisches Rechnen.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: In einer großen Versammlung des katholischen Volksvereins in Dortmund hielt der Zentrum- Abgeordnete Sittart einen politischen Vortrag, der als klassischer Beleg dafür dienen kann, was die Zentrumsklerikale dem Volke bieten dürfen. Die schwarzeste Reaktion und Rückschrittigkeit auf dem Gebiete der Volksschule konnte der Redner den Zuhörern als schönstes Zentrumsideal, als Zukunftshoffnungsanker preisen — und er fand jubelnden Beifall. Nach dem stenographischen Bericht der ultramontanen „Tremonia“ sagte der Zentrumsmann, der nebenbei — Volksschullehrer (?) ist, wörtlich:

„Es ist falsch, daß immer und immer wieder die Schule kritisiert und bewertet wird nach den — äußeren Kenntnissen. Nicht darin beruht der Wert der Schule, daß die Kurden, daß die Mädchen verheiratet zu rechnen. Wir haben zu viel Menschen, die gut rechnen können. (.) — Hier verzeichnet der Bericht: Sehr wahr! und Bravo! — Da sagt man nun, gibt es denn ein konfessionelles Rechnen? Jawohl, es gibt ein christliches und ein unchristliches Rechnen — Sehr richtig! und Beifall.“

Das christliche Rechnen ist wohl das der frommen Centrumsg-rafen in Schleien, die bekanntlich die niedrigsten Löhne zahlen; auch die Unmenge katholischer Zeitungsverleger, die als Tarifreife ihre Arbeiterefreundlichkeit beweisen, können gut katholisch rechnen, die glückseligen Handwerkermeister sind ebenso treue Christen — wie sie das Koalitionsgesetz der Arbeiter hassen und hohe Löhne wie die Hölle scheuen — und schließlich, die katholische Kirche versteht das christliche Rechnen so gut, daß sie sich vorzüglich einen guten Wagen angeschafft hat, der alles vertragen kann.

Der Sittart der Volksschullehrer hat recht; damit die Kirche und die anderen Volkspfländerer das „christliche“ Rechnen für eine göttliche Einrichtung ausgeben können, — dürfen die Jungen und Mädchen aus dem Volke nicht rechnen lernen. Kopfrechnen schwach —

Religion gut, mit solchen Prädikaten hat man die Zentrumsideal-
arbeiter, die von Politik nichts verstehen, die die ganze Woche
arbeiten, am Sonntag Litaneien singen und die Kleider flüden.

Ein Menschennaterial, das solchen Ausföhrungen begeistert zu-
stimmt, sieht natürlich auch in der Schaulustpolitik des Zentrums
himmlische Absicht, ebenso in der Brotvertenerungspolitik der
schwarzen Garde.

Auf die Haltung des Zentrums gegenüber der neuen Militär-
vorlage bereitete Redner schon durch folgendes Präludium vor:
Deutschland ist groß, stark und reich geworden — Krankenhäuser,
Armenhäuser und Gefängnisse und gepflöpft voll! Dadurch haben
wir viele Reider, die sich an unserem Eigentum vergreifen wollen.
Durch starkes Heer und starke Marine müssen wir dagegen ge-
wappnet sein. Für die neue Verstärkung des Heeres um
20 000 Mann, die angeblich gefordert werden sollen, dürfte die
Regierung aber nicht viel Mühe haben, es wird ihr nicht leicht
werden, — das Kompensationsobjekt des Zentrums ist wohl etwas
schwerwiegend? — eine Mehrheit im Reichstage zu finden, — es sei
denn, daß sie ganz gewichtige Gründe für ihre Heeresforderung ins
Feld führen kann.

Das alte Gaukelspiel! Erst wird man in heikler Entzückung
über die Zunahme, als stramme Wächter der Volksinteressen, tüchtig
auf die neue Forderung losgehen. Die schwarzen Volktribunen
dominieren vernichtende Anklagen gegen die Regierung. — Zweiter
Akt! Die Regierung hat den Volksmannem vertraulich die gewichtigsten
Gründe mitgeteilt. Man hat erfahren, das Vaterland ist in schwere
Gefahr und die edlen Mannen müssen sich fast Gewalt antun, um
in der Sorge um des Vaterlandes Wohl, in überquellendem
Patriotismus, der Regierung keine Vorwürfe zu machen, daß sie
nicht mehr Verstärkung und Schutz gefordert hat und daß sie so
lange mit der notwendigen Forderung gezögert hat.

Obwohl die Schäden des deutschen Zolltarifs beinahe mit den
Händen zu greifen sind, seierte Redner den Zolltarif als ein —
dann Zentrums-Genaden und -Gülfe gewonnenes — Instrument, das
die Handelsverträge mit anderen Staaten zum Segen Deutschlands
gestalten müßte.

Nach dieser Probe aufs Exempel darf man darauf gefaßt sein,
daß das Zentrum in Zukunft ebensowenig wie bisher in seinem
politischen Leben, sich durch Rücksicht auf Volksinteressen nicht be-
einflussen läßt.

Weimar, 2. November. Der Bürgermeister von Dorffulja hatte
seinen gesamten Gemeinderat unter Anklage stellen lassen,
da er sich schwer beleidigt und in der öffentlichen Achtung
herabgewürdigt fühlte durch die ihm gemachten Vorwürfe, daß er
sich unfürsichtig gegenüber Frauen benommen und Gemeindegelder
unterschlagen habe. Wegen Erbringung des Wahrheitsbeweises und
Wahrung berechtigter Interessen wurden jedoch sämtliche Angeklagten
kostenlos freigesprochen.

Eine Entrüstungsaktion gegen den „Simplicissimus“
leistet die „Tägliche Rundschau“. Der „Simplicissimus“ soll die-
mal sich der Beleidigung der evangelischen Pfarrer und — schrecklich
ist es zu sagen — gar der evangelischen Pfarrfrauen schuldig
gemacht haben. Der Angriff soll so ungeheuerlich sein, daß „der
gewöhnlichste Anstand die Wiedergabe verbiete. Die „Tägliche Rundschau“
begreift es, daß Klage gegen den „Simplicissimus“ wegen der be-
leidigten Pfarrermajeität erhoben wird. Verhängnisvoll freilich erinnert
das Blatt daran, daß auch die Katholiken in München den
„Simplicissimus“ in Anklagezustand gesetzt hatten. Vielleicht werden
die evangelischen Pfarrer denselben Ausgang ihrer Klage erleben,
wie damals ihre intimen katholischen Gegner. Die „Tägliche Rundschau“
aber, welche besonders auf würdigen Ton in politischen
Dingen hält, dürfte sich überlegen, ob das von ihr begeistert begrüßte
Verfahren, gegen Satire und Witz den Strafrichter aufzurufen, als
ein politisch würdiges gelten kann.

Ausbeutung der Weinbauern.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:
Vor einigen Wochen, gerade zu Beginn der Weinlese, hatte ich
gehofft, zu tun am Mittelrhein. Wein Weg führte mich
auch in das herrliche Rosenthal zwischen Koblenz und Trier. Die
für jeden Weinort bestehende Weinbergkommission hatte tags vorher
den Beginn der Lesse angeordnet. Versetzt von der farbenprächtigsten
Schilderung bellerischerer Weinreiferer, schaute ich nach dem frohen,
überfüllten Treiben der Winzer und Winzerinnen, sah aber fast nur
ernste, trübsinnige Mienen, harthässliche Männer und Frauen. Doch
„das Jahr ist gut“, die Stöße hingen prächtig voll und auch die
Qualität ist über Mittelmaß. Warum also keine ausgelassene Fröh-
lichkeit, warum nicht singen und lächeln?

Ich begab mich in mehrere sog. „Hedendwirtschaften“, wo der
Inhaber den Selbstgekelterten mit freundlichem Profit ein-
schänkt. Nach und nach kamen einige Kleinbauern hinzu, deren
schwellige Häute und gebeugte Rücken von harter Arbeit zeugten,
Männer mit gesuchten Antlitz, wie sie Reumut meißelt. Das
Gespräch kam bald in Fluß.

Ja, Trauben gibt es reichlich und es gibt auch einen guten
Wein — aber! Und nun schütteten die von Unkundigen (auch
von dem Schreiber dieses) vorher oft beneideten Weinbauern ihr
Herz aus. Die Lesse hatte begonnen, oder sollte morgen, übermorgen
in Angriff genommen werden. Die Weinbergbesitzer wußten nun
noch nicht, wohin mit dem reichen Segen! Nur ver-
hältnismäßig wenige sind im Besitz eigener Stellereinrichtungen.
Die Mehrzahl der Kleinbauern verkauft daher die Trauben an die
großen Weinfirmen. Gewisse Firmenvertreter haben eine
raffinierte Methode ausgedacht, um die abhängigen Kleinbauern
zu schreien. Statt den Ankauf der Trauben vor der
Lesse zu besorgen, kommen die Herren erst während der
Lesse, wo die Winzer nicht wissen, wohin sie die Ernte
tun sollen. Die Lesse muß aber beginnen zur angelegten Zeit,
sonst laufen die Trauben am Stod aus oder verfaulen im Regen.
Die gepflückten Trauben verlangen gebieterisch nach Verwertung,
da sie sonst verderben. Um diese kritische Zeit erscheint der
Traubenankäufer und stellt sein Angebot, dem der Winzer wohl oder
übel folgen muß. Ist die Ernte reich, wie in diesem Jahre, dann
spezifiziert der Ankäufer auf die Zwangsangelegenheit der Winzer, und sie
selbst bieten sich immer billiger an. Das Ende vom Liede ist,
wie mir die Kleinbauern klagten, daß sie unter solchen Um-
ständen oft kaum die nackten Selbstkosten herauszuschlagen,
ihre viele Arbeit fast umsonst dazu tun müssen. Manche
Weinbauern sind dadurch in Schulden geraten. Sie kommen
wirtschaftlich nicht vorwärts. Ein Bauer meinte drastisch, es würde
so viel von den Verwüstungen der Weinbauern — gefährlichen,
zahnlosen Roselfauern saugten aber „ganz andere Rebläuse“ am Mark. Die
Weinhändler werden schwerverreich, der bäuerliche Winzer bleibt ein
armer Schläder.

Der Wein selbst wird durch den billigen Traubeneinkauf
durchaus nicht billiger auf den Markt gebracht. Den Ertrag
der Bauerbedrückung heimchen die betreffenden großen Weinhändler
ein. Nur wenige handeln nach dem Grundsatz: leben und leben
lassen auch gegenüber den hartarbeitenden Weinbauern. Man kann
beinahe als Regel aufstellen: Die reichste Weinernte bringt der
weinbauenden Bevölkerung den wenigsten Lohn. Die kapitalistische
Ausbeutung der Weinbauern macht aus dem reichsten Erntesegegen
eine Plage der kleinen Winzer. Ich sagte ihnen, sie sollten sich
überall in Genossenschaften zusammenschließen, die gemeinsame
Stellereien einrichten und für gemeinsame Rechnung direkt an Kon-
sumenten bzw. Konsum-Genossenschaften abgeben könnten.
Die Leute wollten sich das überlegen.

Wer das herrliche Rosenthal mit seinem goldenen Traubenregen
schaut, ahnt nicht, welche Kümmeris sich hier birgt.

Für die Verfassung der Hereros
spricht sich in der „Kolonialzeitung“ der Farmer Karl Schlett-
wein aus. Schlettwein hat schon früher in der sozialdemokratischen
Presse lebhafteste Angriffe wegen seiner kolonialpolitischen Theorien
erfahren. Sein jetziger Aufsatz ist eine Polemik gegen diese ihm
gewordene Kritik. Dies drückt auch bereits der Titel des Artikels
aus, der da heißt: „Sozialdemokratie und Mission“.

die assoziierten Anwälte der Hereros.“ Herr
Schlettwein nimmt im großen und ganzen von dem, was er früher
gesagt hat, nichts zurück. Er stellt sich wiederum auf den Standpunkt
des Herrenmenschenstums. Er sagt, es sei ja eine schöne Sache, wenn
der Mensch edel denke und edel handle, aber man dürfe nicht, wie
dies bei dem deutschen Volke typisch zu sein scheint, so weit gehen,
daß man seine eigene Existenz untergrabe. Es sei durchaus nicht
Herzenstocher, sondern nur gesunde Vernunft, wenn man sage,
„deutscher Nadel werde Flug, selber essen macht fett“. Alsdann
vertritt Herr Schlettwein seine Ansicht, daß es notwendig sei, daß
die Hereros nach ihrer Unterwerfung samt und sonders zu Sklaven
der weißen Anseher gemacht würden. Die Hereros müßten den
Farmern als Arbeiter zur Verfügung gestellt werden, und zwar
müßten sie zunächst ohne Lohn arbeiten, damit sie die Kriegskosten
auf diese Weise aufbrächten. Natürlich meine er dies nur so, daß
die Farmer wohl eine Entschädigung für die Arbeit zu zahlen hätten,
aber diese Entschädigung nicht den Schwarzen selbst, sondern dem
Reich entrichtet. Komme das Reich später in die Lage, jährlich
für die Hereros einige Millionen ohne Gegenleistung zu bewilligen,
so sei dies ja umso besser, das Geld werde im Lande sehr schnell
unter die Leute kommen.

Es erscheint uns noch sehr fraglich, ob die Farmer von dem Vor-
schlag des Herrn Schlettwein, an den Staat die Arbeitsentlohnung
für die Schwarzen zu zahlen, besonders erbaudt sein werden. Für sie
wäre die Verfassung der Hereros doch nur dann von besonderem
Interesse, wenn keine Arbeitslöhne bezahlt würden, sondern wenn
die Farmer als Gegenleistung lediglich für die nackte Lebensnotdurft
ihrer Sklaven aufzukommen hätten. Oder aber: die Zahlungen
an das Reich müßten nur so winzig sein, daß auch nicht im ent-
ferntesten daran zu denken wäre, daß durch diese Entschädigungen
auch nur ein winziger Bruchteil der Kriegskosten gedeckt werden
könne, die ja bereits in die hunderte von Millionen gehen. Durch
diese Zahlung der Löhne an das Reich würde dann der Tatsache
der Verfassung der Eingeborenen nur ein fadenscheiniges Mäntelchen
umgehängt werden. Natürlich könnte es den Farmern ausgedröhnet
passen, wenn das Reich einige Millionen aufwendete, um den Sklaven
auch eine Geldentschädigung zu zahlen. Bequemeres Ausbeutungs-
material hante den Herren Farmern gar nicht bedürftig werden.
Der Satz, dieses Geld werde ja im Lande sehr schnell unter die
Leute kommen, bedeutet übrigens eine zynische Offenherzigkeit, denn
die Eingeborenen würden dieses Geldes natürlich nicht froh werden,
da sie es schleunigst wieder verausgaben müßten, um gegen un-
geheure Summen die wertlosesten Gegenstände von den Farmern
oder Händlern einzuhandeln. Es bleibt also schon dabei, daß der
Vorschlag des Herrn Schlettwein ganz undenkbar ist. Die
Kolonialpolitik ist doch seinerzeit angeblich zu dem Zweck inauguriert
worden, um die Sklaverei zu beseitigen. Können unsere Kolonistoren
nur mit Hilfe der Sklavenarbeit bestehen, so ist damit über die
Kolonialpolitik von vornherein der Stab gebrochen!

Daß aber das von Herrn Schlettwein vorgeschlagene Arbeits-
verhältnis nichts anderes als nackte Sklaverei wäre, das betonte
auch in der 30. Jahresversammlung des Allgemeinen Evangelisch-
Protestantischen Missionvereins in Mannheim in einem Vortrag
der ehemalige Missionar Pfarrer Dr. Christlieb. In
diesem Vortrag erklärte Dr. Christlieb, daß es ganz unangängig
sei, daß, wie dies ja verlangt worden sei, die Eingeborenen einzeln
oder familienweise den Ansehler zu Zwangsarbeit zugewiesen
würden: „Dies wäre nichts als Sklaverei, und Sklaven taugen
ebensowenig als Sklavenhalter.“ Dabei ging selbst der ehemalige
Missionar so weit, eine Art allgemeiner Dienstpflicht für die jungen
Männer der Eingeborenen fast möglich zu erklären. Diese Dienst-
pflicht sollte dem Staate nicht mit der Waffe, sondern in der Form
einer staatlichen Arbeitspflicht geleistet werden. Es ist selbst-
verständlich, daß wir uns auch mit dieser doch ungleich milderen
Form des Arbeitszwanges für die Eingeborenen nicht einverstanden
erklären können, stehen wir doch nicht auf dem Standpunkt, daß
die Kolonialpolitik von vornherein von dem nackten Egoismus aus-
gehen müsse, daß sie von vornherein die Ungleichheit der Menschen-
massen und die Verachtung der weißen Rasse zur Beherrschung der
farbigen voraussetzt, ein Standpunkt, auf den sich selbst Dr. Christlieb
stellte. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß eine Kolonialpolitik, die
nur durch Unterjochung und Ausbeutung der Eingeborenen möglich
ist, von vornherein zu verwerfen sei, insofern die ganze Kolonial-
politik ja niemals dem Volke, sondern nur einzelnen privilegierten
Schichten des Volkes zugute kommt. Bei der deutschen Kolonial-
politik kann es sich obendrein nur um ein paar hundert, höchstens
um ein paar tausend Privilegiierter handeln, zu deren Gunsten
hunderttausende von Eingeborenen ausgebeutet werden.

Ueber die Art, wie auch in unseren Kolonien nach der Arbeits-
zwang gehandhabt wird, bringt ein Artikel „Sklavenwesen in
Deutsch-Ostafrika“, den ein gewisser Hans G r a y s k i verbreitet,
Aufklärung. Dieser Artikel behauptet, daß selbst von weißen
Sklavenbesitzern bei ganz leichten Vergehen der Schwarzen die Prügel-
strafe angewendet wird. Der Schwärze werde an den Händen und
Nähen gebunden und erhalte dann bis zu 50 Hiebe aufgezählt, eine
Prozedur, die den Unglücklichen so „zu nichte mache“, daß er vom
Klag getragen werden müsse. An den ungeheuren Qualen habe der
Gezieltigte oft Wochen lang zu leiden hat. Ein anderes Strafmittel
sei auch das, daß man die Sklaven andhungere und so lange fassen
lasse, bis sie zu Aeneze tödten. Daß in dieser Form der Arbeits-
zwang exekutiert wird, dafür haben wir ja auch Beispiele in Hülle
aus Deutsch-Südwestafrika.

Aus allen diesen Gründen müssen wir an unserer Auffassung
festhalten, daß Herr Karl Schlettwein einen Standpunkt vertritt,
der sich mit der Auffassung eines Kulturmenschen unmöglichkeit
in Einklang bringen läßt. Wir dagegen stehen auf dem Standpunkt,
daß die Eingeborenen das Recht haben, in der Weise ihre Existenz
weiter zu führen, wie sie dies vor dem Eindringen der weißen
„Kolonisatoren“ getan haben. Wir müssen es als Gewaltakt der
schlimmsten Barbarei bezeichnen, daß man die Viehzüchter ihres
Eigentums beraubt, um sie dann zu versklaven. Man schwäche uns
nicht von dem Kultursagen der Arbeit. Gerade Kolonialkennner
haben ja nachgewiesen, daß auch ein Viehzüchter so viel Arbeit zu
verrichten habe, daß es die blödsinnigste Verleumdung ist, ihn einen
Kaulenzer zu schelten. Allerdings ist ein gewisser Arbeitszwang ein
Kulturzeug, aber dieser Arbeitszwang sollte erst einmal gegenüber
unseren Kolonialabenteurern angewendet werden, die zum aller-
größten Teil in die Kolonien gehen, nicht etwa um zu arbeiten,
sondern um durch die Ausbeutung der unglücklichen Eingeborenen
raich ein Vermögen zusammenzuraffen! —

Parson soll nicht gegeben werden!

Vor einigen Tagen machte der „Reichsbote“ den Vor-
schlag, daß man den zerstreuten Hererosbanden, die sich unseren
Truppen ergeben würden, Parson gewähren solle. Es sei jetzt der
Zeitpunkt gekommen, wo man eine Politik der Gnade eintreten
lassen müsse. Die entnütigten Scharen der Hereros, deren Führer
sich über die Grenze gestürzt hätten, halte nur ein Gefühl ab, die
Waffen zu stecken, die Furcht vor der Rache des Siegers. Es sei
nicht nur ein Gebot der Humanität, mit den zur Er-
gebung geeigneten Hereroscharen in Unterhandlungen zu treten,
sondern auch ein Gebot der Vernunft, da man sonst die
Hereros zur Verzweiflung treibe, sie zu heimatlosen Räubern, die
Kolonie zur Wüste mache. Dieser Auffassung tritt das Organ der
Deutschen Kolonialgesellschaft entgegen. Das Blatt erklärt, daß
man unter keinen Umständen einzelnen Teilen der ernannten Hereros
Parson gewähren dürfe. Nur ein Löwe und müsse das Ende sein:
Gefangennahme oder Auslieferung aller Hauptlinge, Rädelsführer
und Schuldigen und ihre harte Bekrafung. Sei das Ziel vorläufig
nicht zu erreichen, so müsse eben weiter gekämpft werden, bis die
Hereros sich auf Gnade und Ungnade unterwerfen und alle Schuld-
igen ausliefern.

Diese Auffassung überficht unbegreiflicherweise vollständig, daß
die zerstreuten Hererosbanden gar nicht in der Lage sind, die ge-
fährlichsten Hauptlinge auszuliefern. Sie werden von Wasserstelle zu
Wasserstelle gehet, ohne eine Verbindung mit den übrigen Truppen der

Hereros erlangen zu können. Sie sind also absolut außer Hande
eine gemeinsame Waffenstreckung herbeizuführen oder gar alle
Schuldigen ausliefern zu können. Diese Tatsache liegt so sehr auf
der Hand, daß sie auch von den Scharfmachern der deutschen
Kolonialgesellschaft lapidar werden sollte. Gewährt man den zur
Liebgebung geeigneten Hererostrupps keinen Parson, so bleibt nur das
eine übrig, daß man, um die Worte des „Reichsbotes“ zu ge-
brauchen, „unseren braven Soldaten zu Menschenfischkatern degradiert,
sie zwingt, auf Verzweifelnde Jagd zu machen“. An einer solchen
Verwendung unserer deutschen Soldaten nimmt die deutsche Kolonial-
gesellschaft augenscheinlich nicht den geringsten Anstoß! Auch hier
wieder zeigt sich die demoralisierende Wirkung der Kolonial-
politik! —

Berlin, 3. November. Major Zengerle meldet aus War-
bad über Kapstadt unterm 20. Oktober:

„Reetmanshoop mit 130 Mann und 2 Geschützen, ausreichend
verproviantiert, wird sich monatlang halten können, wenn auch Weg-
nahme der dort reichlich vorhandenen Tiere zu befürchten. Mologa
besitzt sich mit mehreren hundert gut bewaffneten und berittenen
Hottentotten in und bei Karaberg. Verbindung mit Reetmanshoop
dadurch unterbrochen.“

Neue Verfaßliste. Ein Telegramm aus Windhof meldet: An
Tpphus gestorben: 1. Reiter Karl Benzal, Maschinengewehr-
Abteilung I, geb. 10. Mai 1882, Lazarett Grootfontein. 2. Reiter
Arnold Lange, 6. Komp. Regt. I, Lazarett Waterberg (Datum
fehlt). 3. Reiter Friedrich Winterstein, am 1. November
1904, Lazarett Mahanba. 4. Reiter Hermann Przybo-
rowski, geb. 10. Oktober 1882, am 30. Oktober 1904, Kranken-
station Dinawanana. Reiter Wladislaus Ribergall, Feld-
telegraphen-Abteilung, am 31. Oktober 1904 im Lazarett Dijoudu
an Darmzerreißung durch Hufschlag verstorben.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Anti-Streikgesetz.

Dem Drängen der ungarischen Scharfmacher-Vereine nach-
gehend, haben der Minister Tisza und der Handelsminister
Stromonyi Verordnungen erlassen, die sich gegen die Streikenden
richten. Zwar will man dem Arbeiter das Mittel des Streiks nicht
wegnehmen; auf streikende gewerbliche Arbeiter kann, so heißt es
in der Verordnung, das Feldarbeitergesetz nicht angewendet werden.
Bestraft sollen nur solche Taten der streikenden Arbeiter werden,
„die gegen die persönliche und Vermögenssicherheit der Arbeitgeber
oder der arbeitswilligen Arbeiter gerichtet sind, oder diese in ihrer
freien Entschädigung zu behindern trachten“. Solche Erscheinungen
sollen die Behörden und „die interessierten gesellschaftlichen Kreise“
zur Anzeige bringen. Es wird dann dazu aufgefodert, daß die
Ortsbehörden mit den strengsten Mitteln vorgehen und die Elemente
entfernen, „welche die Arbeiter zu solchen ungesetzlichen Handlungen
berleiten“. Das letztere richtet sich gegen die Streikleiter. Den
Arbeitern sollen ihre Führer entzogen und ins Gefängnis gesteckt
oder per Schuß fortgeschafft werden, damit sie fährlos sind und
sich den Wünschen des Unternehmertums fügen. Die „Volksstimme“,
das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Ungarns, kenn-
zeichnet die Verordnung wie folgt: „Was an Jesuitismus, an
spezifisch-ungarischem Liberalismus und an asiatischer gewalttätiger
Rebertradition in eine Verordnung hinein zu zwängen möglich war,
das haben beide fertig gebracht.“ —

Politikern verboten.

Der Redakteur des Temesvarer „Volkswillen“, Genosse Szotatzel,
hatte sich dieser Tage wegen „unbefugten Politikern“ in 39 Fällen
zu verantworten. Als 40. Anklage kam noch die Beschuldigung
hinzu, er habe die Zeitung früher mit der Post befördern lassen,
als man das Pflichteremplar dem Staatsanwalt einhändigte. Der
Gerichtshof ließ schließlich 30 Inkriminationen fallen und verurteilte
den Angeklagten in 10 Fällen zu insgesamt 10 Tagen Arrest und
100 Kronen Geldstrafe. — Hoffentlich gelangt man auch in Deutsch-
land noch dahin, dem gewöhnlichen Volk das überflüssige und auf-
regende „Politikern“ ganz zu verbieten. —

Niederlande.

Die demoralisierende Wirkung der kapitalistischen Kolonialpolitik
tritt gegenwärtig in Holland wieder in erschreckender Weise zutage.
Die Liberalen, die „Gottlosen“, und die Anhänger des „Christlichen“
Ministeriums Kuyper sind sich darin einig, daß die Niederemegung
der, nach offiziellen Angaben 2800 (darunter 1007 Frauen und
Kinder) Eingeborenen auf Sumatra eine rühmenswerte Tat und
notwendig war. Der Leiter jener Expedition, der
Oberst Van Daalen, ist durch königlichen Beschluß
zum Kommandeur des „Militärischen Willems-
ordens“ ernannt worden und das liberale „Amsterdamsche
Handelsblatt“ begrüßt diese Auszeichnung mit „herzlicher Zu-
stimmung“ und bemerkt unter anderem, daß der Oberst „das größte
Lob“ verdiene, weil „auf der Feindes Seite so viele, auf unserer
Seite so wenige Opfer fielen“. — Die Verteilung der Creulenaten,
die sowohl der Minister Kuyper als auch das „Handelsblatt“ vorbringt,
läuft darauf hinaus, daß die Expedition in die Gajoe- und Battal-Länder
eine notwendige Folge des Atietcheges war, und daß, weil die
Bevölkerung sich auf Seiten des Feindes hielt, sie niedergemacht
werden mußte. Mit Recht vergleicht Troelstra in „Het Volk“
diese Verteilung mit der eines Einbrechers, der mit seinem Raube
durch die Schlafammer mühte, dabei Mann, Frau und Kinder um-
brachte und dann, vor Gericht gestellt, sagen würde: es täte ihm
sehr leid, aber er hätte nicht anders können; sie hätten sich ihm
entgegengestellt.

„Darauf“, schreibt Troelstra, „läuft die heidnische Begründung
des „Handelsblatt“ und die christliche Kuypers in rührender Ueberein-
stimmung hinaus, und alle Schlafkinder in den Niederlanden niden
und sagen Amen dazu. — Aber wir tun das nicht! Wir schreien vor
Qual, vor grimmiger Gewissensqual über solche Missetat, vollbracht
lediglich aus Geldinteresse! Wir schreien unsere Entzückung,
die heilige Wit unserer beleidigten Menschlichkeit diesen „Christen“
entgegen, die unsere nationale Ehre befecht haben durch die zynische
Gerechtheitsbezeugung an jenes Scheusal. Das sich dort im Osten so
„tapfer“ für unsere Kapitalisten gewehrt hat. Wir fragen unser
Volk, ob das so sein muß, ob das nun die „sittliche Leistung“ ist,
die das „christliche“ Ministerium unserem Volk geben sollte; ob die
offizielle Quabigung solcher Creulenaten die Antwort auf die inner-
halb und außerhalb der Kammer dagegen erhobenen Proteste sein
soll! Und wir fühlen tiefer als je die große sittliche Pflicht, die auf
uns ruht, während diese Einbrechermoral als höchste Tugend ge-
priesen wird, das reine Gefühl des unverdorzogenen Teils unseres
Volkes was zu halten, auf Leben und Tod den Kampf gegen den
 sittenverderbenden Kapitalismus zu führen.“

Frankreich.

Neuer Sturmlauf gegen André.

Im „Figaro“ werden neue Dokumente veröffentlicht, die in der
morgigen Nummer gegen André und das Ministerium ausge-
schleudert werden dürfen: Der „Figaro“ veröffentlicht das
Hauptstück einer Liste der für die Ehrenlegion vorgeschlagenen Offiziere
bei den Namen der des Meritismus verdächtigen Offiziere
beißt es: „siehe Auskunftszeitel“. Das Schriftstück trägt als Unter-
schrift den Buchstaben A., und der „Figaro“ behauptet, daß dies die
Unterschrift André sei. Ferner veröffentlicht der „Figaro“ in
Hauptstücke zwei Tagebuchblätter Walde-Roussens vom 24. und
30. Dezember 1902, worin dieser erklärt, der Ordnungsoffizier
Hauptmann Humbert und der Stabskapitän im Kriegsministerium
General Percin hätten ihn besucht und sich über die im Kriegs-
ministerium stattfindenden Angelegenheiten besprachen. General Percin
habe insbesondere mitgeteilt, daß der Adjutant des Kriegsministers

Hauptmann Wolff von der **Freimaurerloge** **Kunst** über die Offiziere erhalte, und habe die Absicht geäußert, seinen Abschied zu nehmen. Waldes habe ihm davon entschieden abgeraten, ihm jedoch erlaubt, er müsse sich ganz entscheiden weigern, sich für diese tadelnswürdigen und unzulässigen Maßnahmen zu beugen. Er begreife ja, daß man bei wichtigen Beförderungen die Präferenzen im Ausmaß über die Offiziere erzeuge, aber man dürfe sich nicht an die erste beste Privatperson wenden; die Angehörigen dürfen nicht auf diese Weise unterstützt werden. Waldes habe am 30. Dezember den Ministerpräsidenten besucht und ihm mitgeteilt, was er von beiden erfahren habe. Combes habe erklärt, daß dies aufhöre müsse. Der „Figaro“ will aus allem schließen, daß Combes von allen diesen Zweifeln getrennt habe und mithin für die Vorgänge im Kriegsministerium mitverantwortlich sei.

Deputiertenkammer. Die Beratung der Interpellationen betreffend das französisch-englische Abkommen wird begonnen. Deloncle (Republikaner) bedauert, daß Frankreich Ägypten preisgegeben habe; er sagt weiter, Frankreich hätte in Marokko völlig freie Hand haben müssen, und fragt, ob die Mittermeldungen über das französisch-englische Abkommen richtig seien. Er bemerkt aber schließlich, man solle das französisch-englische Abkommen ablehnen. — Archéacon (nationalistischer Republikaner) kritisiert das Abkommen und sagt, es schade den Interessen Frankreichs, besonders denen in Neufrankland. In Marokko sei der Ausbruch eines heiligen Krieges zu befürchten. Medner fragt, welche Zustände Spanien gemacht worden seien.

Deschangel spricht sich besonders gegen den Artikel des französisch-englischen Abkommens aus, der Neufrankland betrifft; dieser Artikel bestätige tatsächlich die Privilegien und Monopole der französischen Fischer. Medner führt ferner aus, Frankreich erhalte durch das Abkommen nur illusorische Zustände in Westafrika und errichte selbst die englische Schutzherrschaft über Ägypten. Frankreich hätte nicht auf sein Recht der Kontrolle der ägyptischen Finanzen verzichten sollen. Man habe alles der Idee einer Eroberung Marokkos geopfert. Was in Marokko nötig sei, sei ein einheitliches Vorgehen, das ein friedliches Eindringen in Marokko gestatte. Deschangel bemerkt schließlich, das Abkommen habe Frankreich Gelegenheit gegeben, seine Verträglichkeit zu zeigen; man möge es deshalb billigen. Die Fortsetzung der Beratung wurde hierauf vertagt und die Sitzung geschlossen.

England.

Parlamentarische Erziehung.

London, 1. November. An Stelle des verstorbenen liberalen Abgeordneten Sir William Garcourt wird am 3. d. M. in West-Monmouthshire eine parlamentarische Erziehung stattfinden. Für die Konservativen kandidiert Sir John Coakburn, der politisch freimäßig, aber jolpolitisch sich vollständig mit Mr. Chamberlain identifiziert; für die Arbeiter und Liberalen kandidiert der Bergarbeiterführer Richards. Bei den letzten Hauptwahlen erhielt Garcourt 5975 Stimmen gegen 2401 konservativ Stimmen.

Amerika.

Zur **Regierungsfrage** hat **Boorer** L. Washington wieder einen kleinen Beitrag geliefert in dem Jahresbericht des „Luzerne Normal and Industrial Institute“. Er beantwortet die Regierungsfrage mit der Forderung von Erziehung und Bildungsfreiheit für den Arbeiter. Das ist zwar einseitig aufgefaßt, aber es ist doch sehr wünschenswert, daß diese eine Seite so viel wie möglich zur Geltung kommt. D. L. Washington, der Regener-Millionär und Philantrop, hat das Luzerne Institut für seine Klassenangelegenheiten, um ihnen Gelegenheit zur Ausbildung zu geben, damit sie als Arbeiter und Bürger nicht hinter den Weissen zurückbleiben. Diese Anstalt im Staate Alabama ist aus kleinen Anfängen hervorgegangen; sie ist im Riesengroße gewachsen und umfasst jetzt 93 Gebäude. Im verflochtenen Schuljahre war die Zahl der dort Studierenden 1501, zur allgemeinen Ausbildung und zur Erwerbung von Kenntnissen in Landwirtschaft und Industrie. Außerdem erhielten 452 farbige eine besondere Ausbildung in Spezialklassen. Es kamen nach diesem Institut Regener aus 33 Staaten der Union, ferner aus Afrika, von den Bahama-Inseln, aus Kuba, Haiti, Portoriko, Trinidad, Jamaika und Barbados. Wie es in dem Berichte heißt, werden die im Luzerne-Institut ausgebildeten Leute als Arbeiter gesucht und erhalten bessere Löhne als sonst dem farbigen Arbeiter bezahlt werden. 525 Leute, welche im letzten Jahre die Anstalt verlassen, bekamen sofort feste Anstellung. Als ein Zeugnis für den erzieherischen Einfluß des Instituts wird angeführt, daß in allen Gefängnissen des Staates Alabama nicht ein Regener zu finden sei, der das Luzerne Institut mit Ehren verlassen habe.

D. L. Washington ist derselbe, der in der Wahlagitatorik gegen Roosevelt so viel genannt wurde, weil er einmal im Weissen Hause am Tisch des Präsidenten gesessen hat. Seine Bestrebungen mögen anerkanntwert sein, aber durch solche philantropische Einrichtungen zur Erweckung der Selbsthilfe wird die Emanzipation des Regeners niemals zu erreichen sein. Die Regierungsfrage wurzelt in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen. Als Massenfrage könnte dieselbe nur durch eine vollständige politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung des Regeners aus der Welt gelöst werden. Die Demokraten haben freilich eine schnelle Lösung der Frage, indem sie die Aufhebung des fünfzehnten Amendements zur Verfassung verlangen, wodurch seinerzeit die Regener das Stimmrecht erhielten. Die Republikaner scheuen sich überhaupt, der Frage näher zu treten. Die wirtlichen Missetände zu heben und die Frage zu lösen, wird erst der Partei der Zukunft, der sozialistischen, gelingen.

Australien.

Watson über das jetzige Ministerium. Der Ex-Präsidentminister und der Führer der Arbeiterpartei und der jetzigen Opposition im Parlament, Watson, äußerte sich in einer Rede dahin, er glaube, daß das gegenwärtige Ministerium nicht lange am Ruder sein werde. In der Frage der obligatorischen Schulpflicht und in anderen wichtigen politischen Fragen habe die Regierung das Land nicht hinter sich. Watson bedauert, daß es nicht zur Auflösung des Parlamentes gekommen ist; bei einer Neuwahl würde die Arbeiterpartei nach seiner Meinung gegen 10 Sitze gewonnen haben, sodas er, Watson, über eine Mehrheit von 8 verfügt haben würde.

Verfammlungen.

Der **Sozialdemokratische Wahlverein** für den ersten Berliner Wahlkreis hielt am 1. November in den Industrie-Besäßen eine **Generalversammlung** ab. Nachdem die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Mitglieder E. Günter (2. Vorsitzender) und Langfeld sowie des unglücklichen Genossen Albert Schmidt in der üblichen Weise gelehrt hatten, hielt Genosse Dr. Leo Arons einen Vortrag: „Zur Schulfrage“. Er hatte nicht die Absicht, eine Schilderung unzerter ganzen Schulverhältnisse zu geben, zumal das an die Mitglieder ausgegebene Parteiprogramm auch den vorzüglichsten Vortrag der Genossin Clara Jettin, den sie auf der Frauennonferenz hielt, ausführlich weitergab. Aus dem weiten und verzweigten Gebiete griff Medner, unter Vergleichung des sozialdemokratischen Schulprogramms mit liberalen Schulforderungen, besonders die jetzt nur noch von der Sozialdemokratie ernsthaft verfolgte Forderung heraus, wonach der Religionsunterricht aus der Schule gänzlich entfernt werden soll. Diese für die ganze Entwicklung unseres Schulwesens hochbedeutende Forderung sei auch von Liberalen früher vertreten worden. Ihre Bedeutung werde auch jetzt noch von Liberalen erkannt. So habe Stadtrat Weigert anerkannt, daß der große Fortschritt der französischen Volksschule wesentlich zurückzuführen sei auf die Trennung des Religionsunterrichtes von der Schule. Und auch Raumann sei sich, wie sein Buch über den Streit von Schule und Kirche ergebe, völlig klar über ihre Bedeutung für die fortschrittliche Entwicklung unseres Schulwesens. Trotzdem sei in einer Konferenz liberaler Männer von der

freimüthigen Vereinigung, woran auch Raumann hervorragend teilnahm, und die ein Schulprogramm entwarf, jene Forderung nicht aufgestellt worden. Außer der Sozialdemokratie sei es vielleicht nur noch die jüdische Volkspartei, die die Forderung ausdrücklich aufstelle. Das von den Leuten der freimüthigen Vereinigung aufgestellte neue Schulprogramm verlangte allerdings, daß ein Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht nicht bestehen solle. Das wäre indessen nur ein kleiner Fortschritt. Abgesehen von einer Anzahl mutiger Eltern, die ihre Kinder dann nicht teilnehmen ließen am Religionsunterricht, würde die große indifferente Klasse sich nicht darum kümmern, abgesehen von anderen Unzulänglichkeiten. Aber am schwersten wiege dann noch der Gewissenszwang, durch den viele Lehrer belastet blieben. Heute schon halte er die besten Elemente vom Lehrerberuf fern. Er sei wohl, neben der schlechten Forderung der Lehrer, die Hauptursache des Unfalls, daß ewig Klage sei über den Mangel an Lehrkräften für die Volksschulen. Medner hält es für eine dringende Pflicht der Sozialdemokratie, daß sie Stellung nehme zu den neuen Schulgesetzentwürfen. Das werde ja Weihnachten auf dem preussischen Parteitag geschehen. Er meine, überall ins Land hinausgetragen werden müsse unsere Forderung: hinaus mit der Religion aus der Volksschule! Selbstverständlich würden wir auch die Forderung vertreten müssen, daß, solange der Religionsunterricht in der Schule verbleibe, ein Zwang zur Teilnahme nicht ausgesetzt werden dürfe. Einige Erleichterung bedeute dies immer, und ferner könne diese Forderung auch im Reichstage vertreten werden, als Forderung, den Gewissenszwang betreffend. Medner kommt dann zu einer Frage, deren Erörterung im Kreise zielbewusster Sozialdemokraten, wie er hier versammelt sei, er für äußerst wichtig halte. Worauf beruhe die große Macht der Kirche, die es durchsetzen könne, daß der Religionsunterricht eine so hervorragende Rolle in der Schule spiele? Bei Aufwerfung dieser Frage müsse man sich sagen, daß die Kirche sich über ihr Wirken mit einem gewissen formellen Recht auf die stillschweigende Mitgliedschaft der großen Massen des Volkes berufen könne, das heißt, auch auf die übergroße Mehrheit der drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, die ihr angehören. Er sei nun weit entfernt, den Austritt aus der Kirche zu empfehlen. Die Kirche könne sich aber auch noch darauf berufen, daß auf den Versammlungen der kirchlichen Organisation (Gemeindeversammlung, Synode, Provinzialsynode, Generalsynode) trotz des hier herrschenden überaus demokratischen Wahlsrechts nie ein Protest erhoben sei gegen den heutigen Stand der Dinge. (Zu den Kirchenwahlen gelte das allgemeine, geheime und direkte Wahlsrecht.) Anlässlich seines ersten Eintretens für die Landtagswahlen sei ihm wohl gesagt worden: „Geh'n Sie man ab, Sie kommen uns noch mit den Kirchenwahlen!“ Nun, er werde nicht zur Beteiligung aufzuredern. Indessen wolle er doch jeden einzelnen anregen, es sich doch einmal ernstlich zu überlegen, wie er als Sozialdemokrat es verantworten könne, daß der Kirche jene Vererbung auf die großen Massen, auch der sozialdemokratischen Wähler usw., möglich sei. Er wolle jedem ans Herz legen, daß nichts damit getan sei, zu sagen: „Ich habe kein Interesse an der Kirche, ich trete aber auch nicht aus und kümmern mich auch nicht um kirchliche Dinge, es ist mir zu langweilig usw.“ Damit handle man gegen unser Parteiprogramm, in dem Sinne, daß man etwas geschehen lasse, wo nach unserem Programmpunkt, betreffend Schule und Religion, Einpruch erhoben werden sollte. Die Sache liege seiner Meinung nach so, daß jemand, der der Kirche angehöre, sich sagen sollte: „Ist es nicht richtig, mich an den Kirchenwahlen zu beteiligen, um auszubriden, was ich sonst in bezug auf die Schule und Religion und Kirche vertritt?“ Wollte er dies aber nicht, weil es ihm zu kleinlich sei, daran teilzunehmen, dann wäre es seine ernsthafte Pflicht, sich zu überlegen, ob er nicht aus der Kirche austreten sollte. Zum Schluß betonte Medner nochmal, daß er weder zur Teilnahme an den Kirchenwahlen noch zum Austritt aus der Kirche auffordere, sondern nur jeden einzelnen zum ernsthaften Nachdenken in der angegebenen Richtung anregen wolle. (Beifall.) — Eine Diskussion erfolgte aus Mangel an Wortmeldungen nicht.

Der Vorsitzende Seiler gab dann den Geschäftsbericht des Vorstandes für das Halbjahr April—Oktober. Es wurden in der Zeit 51 neue Mitglieder aufgenommen. Die Jahlabende haben sich schon einigermassen eingebürgert. — Nach dem Kassensbericht betrug der alte Bestand 344,30 M., die Halbjahres-einnahme einschließlich dieses Bestandes 1219,24 M., die Gesamteinnahme einschließlich dieses Bestandes 1563,54 M., so daß am 1. Oktober ein Bestand von 626,12 M. verblieb. — Die Verammlung beschloß, 600 M. dem Vertrauensmann des Kreises zu überweisen. — Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammensetzung: Seidel, 1. Vorsitzender; Rofes, 2. Vorsitzender; Wittner, 1. Kassierer; Vnde, 2. Kassierer; Waid, 1. Schriftführer; Valger, 2. Schriftführer; Zretzin, Beisitzer; Gase und Hansen, Revisoren.

Die **Freireligiöse Gemeinde** macht ihre Ankündigung wahr und veranstaltet eine Versammlung nach der anderen, um den vom Provinzial-Schulkollegium bezw. vom Unterrichtsministerium gegen sie geführten Schlag agitatorisch zu ihren eigenen Gunsten auszusagen. Sie sucht weitere Kreise der Bevölkerung darüber aufzuklären, wie sehr ihre Bestrebungen mit den eigentlichen Zielen einer Volksschule und dem richtig verstandenen Interesse eines Staates übereinstimmen.

Am Mittwoch hatte in einer nach der **„Berliner Ressource“** einberufenen, gut besuchten öffentlichen Protest-Versammlung unsere Parteigenossin Fräulein Ida Altmann die Aufgabe übernommen, diesen Sachverhalt zu führen. Die Vortragende ging aus von dem Begriff der **Sittlichkeit**, die einen wesentlichen Bestandteil der Religion der Freireligiösen ausmacht. Dieser Begriff hat im Laufe der Zeiten mannigfache Wandlungen erfahren, aber über das Wesen der wahren Sittlichkeit kann man nicht streiten. Sie wird immer nur das **Gesamtwohl** anstreben. Andere Religionen suchen durch Lohnverheißung und Strafandrohung das Gute zu fördern. Eine freiere Anbahnung und bessere Einsicht erblickt in geistigen materiellen Verhältnissen die Grundlage der Sittlichkeit. Wenn auf dieser Grundlage durch Erziehung, Bildung, Aufklärung eine gesunde, klare Erkenntnis entwickelt wird, so wird jeder das Rechte tun. Eine solche Lehre kann nicht in Widerspruch stehen zu dem, was die Schule anstreben und der Staat bieten sollte. Das „Gefährliche“ der wahren Sittlichkeit liegt nur darin, daß sie nur erreicht werden kann, wenn alle Menschen teilhaben an den äußeren und inneren Gütern. Die Herbeiführung eines solchen Zustandes widerspricht allerdings doch dem „Staatsinteresse“, wie man es drüber aussagt. Es ist unvereinbar mit dem Wesen des heutigen Staates, daß alle Glieder des Volkes in materieller, intellektueller und moralischer Hinsicht zu vollster Betätigung kommen. Der heutige Staat fördert nicht das Gesamtwohl im rechten Sinne des Wortes.

Die mit großer Wärme vorgetragenen Ausführungen der Referentin fanden bei der Versammlung lebhaftesten Beifall. Nach einer kurzen Diskussion wurde eine **Resolution** angenommen, die gegen das Vorgehen der staatlichen Behörden Einspruch erhebt.

Mit der **Ausperrung der Tischler** beschäftigte sich gestern Abend eine **Vertrauensmänner-Versammlung** der Holzbildhauer. Es wurde festgestellt, daß mit den Tischlern zugleich 30 Bildhauer ausgesperrt sind und 18 freisen. Eine erheblich größere Zahl von Bildhauern sind zwar nicht direkt ausgesperrt, aber doch infolge der Ausperrung beziehungsweise der Arbeitsniederlegung der Tischler arbeitslos geworden. Die Versammlung war darin einig, daß die Bildhauer die Tischler in dem gegenwärtigen Kampf in jeder Hinsicht zu unterstützen haben und daß überall, wo die Tischler als Antwort auf die Ausperrung die Arbeit niederlegen, sich auch die Bildhauer mit ihnen solidarisch erklären und die Arbeit niederlegen, wenn die Tischler es wünschen. Die endgültige Entscheidung über die Arbeitsniederlegung der Bildhauer trifft deren Kommission.

Holzarbeiter-Berband. Die ordentliche Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin fand am Mittwoch unter ungewöhnlich harter Beteiligung in der Neuen Welt statt. Nach dem vorliegenden Kassensbericht für das III. Quartal hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 79 098,98 M., eine Ausgabe von 72 856,83 M., es bleibt ein Bestand von 6 242,15 M. Die Lokalkasse verzeichnet eine Einnahme von 362 215,69 M., eine Ausgabe von 35 230,50 M., einen Bestand von 326 985,19 M. und ein Guthaben bei der Hauptkasse von 6 230,15 M. — Der Kassierer Mele bezeichnete die Finanzverhältnisse des abgelassenen Quartals als recht befriedigend. Die Mitgliederzahl ist von 15 293 auf 17 285 gestiegen. Infolgedessen hat sich die Einnahme gegen das II. Quartal um 25 000 M. gesteigert. Das gegenwärtige Vierteljahr habe infolge der Ausperrung erhöhte Ausgaben gebracht. Bis jetzt seien für diesen Zweck mehr als 100 000 M. ausgegeben worden. Zweifellos würden aber die jetzigen Kämpfe eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl bringen, so daß man am 1. Januar hoffentlich mit 20 000 Mitgliedern werde rechnen können. — Aus der Abrechnung vom 3. Quartal ist noch hervorzuheben, daß von der Haupt- und Lokalkasse zusammen folgende Unterstützungen gezahlt worden sind: für Streik 28 230,80 M., für Gemahrgelde 1051,45 M., für Arbeitslose 17 014,12 M.

Nach Erledigung des Kassensberichts erstattete **Glode** den Bericht des Vorstandes. Er ging insbesondere auf die Ursachen und den Verlauf der Ausperrung ein und führte unter anderem aus: Die Arbeitgeber hätten die Absicht, durch den gegenwärtigen Kampf die Kasse des Verbandes zu erschöpfen. Ehe es dahin kommen könne, würden aber die Arbeitgeber erschöpft sein und deshalb den Kampf aufgeben müssen. In einer Erörterung der Kasse des Verbandes sei nicht zu denken. — Der Medner teilte mit, daß die Tischlermeister in Kassel darüber beraten haben, ob sie ihre Berliner Kollegen unterstützen sollen. Die Unterstützung sei aber abgelehnt worden. — Mit der Ausperrung siehe es so günstig, daß die Kollegen der weiteren Entwicklung der Dinge ruhig entgegensehen können. Wenn es dem Verbands auch noch einige 100 000 M. kosten sollte, so würde niemand die Opfer scheuen, um den gegenwärtigen Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Ueber die **Streiks und Lohnbewegungen** im dritten Quartal berichtete **Wag.** In 177 Werkstellen fanden Streiks und Lohnbewegungen statt, woran 3009 Kollegen beteiligt waren. Ohne Streik wurde ein voller Erfolg erzielt in 48 Werkstellen der Bau-, 39 Werkstellen der Möbel- und 17 Werkstellen anderer Branchen. Einen teilweisen Erfolg ohne Streik erreichten 4 Werkstellen der Bau-, 11 Werkstellen der Möbel- und 3 Werkstellen anderer Branchen. Durch Streik wurde in 27 Werkstellen ein voller, in 3 Werkstellen ein teilweiser Erfolg erzielt.

Den Bericht über die **Arbeitsvermittlung** erstattete **Klingner.** Von 4515 gemeldeten Stellen wurden 2709 besetzt. Der Nachfrage stand ein Angebot von 4428 gegenüber. Am Schluß des Quartals waren 235 Arbeitslose vorhanden. Im III. Quartal des vorigen Jahres stand einer Nachfrage von 3690 ein Angebot von 3477 gegenüber. — Hieran wurde der Bericht über die Benutzung der Bibliothek und der über die Tätigkeit der Kontrollkommission gegeben. Letztere hat eine große Wirksamkeit entfaltet. Sie hat im Laufe des Quartals 1100 Werkstellen zu Sitzungen eingeladen, 744 Werkstellen, in denen 12 896 Kollegen beschäftigt sind, erschienen zu den Sitzungen. — Zu einer Debatte gaben die Berichte keine Veranlassung. Längere Zeit nahm die Vornahme mehrerer Wahlen in Anspruch. Gemäß einem früheren Beschluß ist der Posten des zweiten Bevollmächtigten ausgeschrieben worden. Von den 13 Bewerbern, welche sich meldeten, stellte die Ortsverwaltung 5 zur Wahl, nämlich **Guth, Karl Klingner, Mich. Leopold, Rennau und Siefeld.** Im ersten Wahlgange erhielt niemand die absolute Mehrheit. In der engeren Wahl kamen **Leopold und Siefeld**, von denen der erstere mit 1189 Stimmen gewählt wurde gegen 1179 Stimmen, die auf **Siefeld** fielen. — Außerdem war noch ein zweiter Arbeitsvermittler und ein Mitglied des Gewerkschaftsrates zu wählen. Das Resultat der Wahl konnte in der Versammlung noch nicht festgestellt werden, da die Auszählung bei Schluß der Versammlung noch nicht beendet war.

Die **Neue Freie Volkshöhle** hielt ihre diesjährige Generalversammlung am 31. Oktober in den Industrie-Besäßen, **Reuthstraße**, ab. Nach einem sehr reichhaltigen aufgenommenen Vortrag des Herrn **Dr. Gustav Wang** über **Leo Tolstois** Leben und Werke erstattete der Vorsitzende, Herr **Dr. Bruno Wille**, den Jahresbericht, aus dem zu ersehen ist, daß die Gesamtertragsleistungen 81 gegen 63 im Vorjahre betragen. Davon entfielen auf Vereinstorstellungen 44 gegen 24 i. V. Die Mitgliederzahl betrug Ende vorigen Jahres 2600 und stieg seitdem auf 5700, so daß die unverrichtete 7. Abteilung fast gefüllt ist. Durch bestehende Pachtverträge ist eine weitere Ausdehnung des Vereins in diesem Spieljahr nicht mehr möglich. Der hierauf vom Kassierer, Herrn **Reft**, erstattete Kassensbericht wurde genehmigt und Herr **Reft** als Kassierer wiedergewählt. Die Einnahmen betragen 58 247,93 M. gegen 33 323,50 M., die Ausgaben 53 795,08 M. gegen 30 781,17 M. i. V. Es verbleibt somit ein Bestand von 4452,84 M. gegen 2842,33 M. i. V. Ferner wurden einige redaktionelle Änderungen des Statuts vorgenommen. Die Zahl der Ordner wurde von 32 auf 42 erhöht. Zu Verwaltungsratsmitgliedern wurden die Herren **Kaufhold, Becker, Fischer, Solol und Kachler** ernannt. Ein Antrag **Gruber**, den Zahlstellen 2 **Prog. Manuskriptler** zu bewilligen, wurde der Verwaltung überwiesen. Mit einem Hoch auf die **Volkshöhnenbewegung** schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Russische Mobilmachungs-Meßelien.

Breslau, 3. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Wie aus Czernostchau gemeldet wird, kam es gestern in **Radomel** zwischen Reservisten und russischen Soldaten zu Täuschlichkeiten, wobei sechs Reservisten erschossen und gegen dreißig verwundet wurden. Die auf kurze Zeit vorläufig beurlaubten und nicht wieder pünktlich zurückgekehrten Reservisten werden nächst aus den Reihen von ihrer Behausung von Gendarmereibeamten abgeholt und sofort nach **Stiermiesch** zur weiteren Abführung gebracht.

Schiffsunfall auf dem Haff.

Memel, 3. November. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, sind heute kurz nach Mittag bei heftigem Nordweststurm zwei mit Holz und Ziegeln beladene Rähne auf dem Haff bei **Ridden** untergegangen. Durch den **Memeler Dampfer „Treue“** wurden sieben Personen gerettet. Die Bemannung des einen Rahnes ist bis auf einen Matrosen, der sich in den Mastkorb geflüchtet hatte, ertrunken.

Paris, 3. November. (B. T. V.) Die Deputiertenkammer beschloß, nachdem sie die Fortsetzung der Debatte über das französisch-englische Abkommen auf Montag vertagt hatte, mit 310 gegen 240 Stimmen, daß die gegen die **Amerikaner** und die **Nationalisten** gerichteten Interpellationen von **Jaurès** und **Verlaur** über die Vorgänge im Kriegsministerium zusammen mit der neuen Interpellation **Cunot** de Villeneuve beraten werden sollen.

Das baltische Geschwader.

Zanger, 3. November. (Weldung des „Neuerischen Bureau“.) Die jetzt hier vereinigte baltische Flotte wird zwei oder drei Tage vor **Zanger** bleiben. Das englische Kreuzergeschwader geleitete die Flotte von **Vigo** hierher.

Zanger, 3. November. (B. T. V.) Das Linien Schiff „**Effso**“ mit einem Konteradmiral an Bord und drei russische Kreuzer verließen heute **Zanger** und gehen wahrscheinlich nach **Algier**.

Abgeordnetenhaus.

96. Sitzung vom Donnerstag, den 3. November 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Kommissare. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung einer Begeordnung für die Provinz Westpreußen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Es folgt die Beratung des Antrages Freisch (natl.), die Staatsregierung zu erlauben, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Bestimmungen über die Zulässigkeit von Arreststrafen gegen untere Beamte aufgehoben werden.

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Nach den Erklärungen des Regierungskommissars haben wir von der Regierung keine wohlwollende Behandlung der Angelegenheit zu erwarten. Ich hoffe, daß die Mehrheit von der Notwendigkeit der Aufhebung der Arreststrafe überzeugt ist.

Der Antrag wird nach längerer Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt der Antrag des Abg. Graß (fr. Sp.), unterzeichnet von Vertretern aller Parteien, die Staatsregierung zu ersuchen, in den nächstjährigen Etat eine Summe einzustellen zur Förderung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Mädchen-Volksschulen derjenigen Orte, in welchem die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dies besonders wünschenswert erscheinen lassen.

Abg. Graß (fr. Sp.) betont, daß der hauswirtschaftliche Unterricht eine Festigung der Familienbände zur Folge haben werde. Raftlos werde nach der Erringung des Glüdes des Lebens gejagt, vielfach aber könnte das Familienleben des Arbeiters begünstigt sein, wenn die Hausfrau besser zu wirtschaften verstünde. Wir haben über 1 Million Mädchen und Frauen im Lande, welche in der Fabrik beschäftigt sind. Wo sollen diese die Hauswirtschaft erlernen, wenn nicht ein entsprechender Unterricht in der Schule erteilt wird? Das Ziel, welches angestrebt werden muß, ist das, daß in jedem Hause eine tüchtige Hausfrau walte, welche nicht nur dem Manne das Essen kocht, sondern auch Herzensbildung hat. In England, Schweden und Norwegen hat man mit einem hauswirtschaftlichen Unterrichte in der Volksschule, wie wir ihn vorschlagen, gute Erfahrungen gemacht. (Beifall.)

Abg. Dr. Jwid (fr. Sp.): In Süddeutschland hat man mit der Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in der Volksschule schon vor längerer Zeit Versuche gemacht, und man hat ihn zum Teil obligatorisch gemacht. Der Widerstand der Lehrer gegen einen solchen Unterricht war in der ersten Zeit groß, er ist aber jetzt nicht mehr vorhanden. In Verlin hat sich der hauswirtschaftliche Unterricht seit 1893, wo wir ihn zum erstenmal eingerichtet haben, erfolgreich weiter entwickelt. Wir haben jetzt hier an 22 Gemeindegemeinden diesen Unterricht, an welchem 600 bis 600 Mädchen im Alter von 13 Jahren teilnehmen. Der Einfluß des Unterrichts auf die Schülerinnen ist ein sehr günstiger. Ich bitte Sie dringend, den Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. v. Schandendorff (natl.), Abg. Dittrich (Z.) und Abg. Dr. Krenndt (fr.) befürworten als Mitanttragsteller die Initiativvorlage, die auf Antrag der Abgg. Ralfewitz (L.) und Jwid (fr. Sp.) ohne besondere Abstimmung der Unterrichtskommission überzweigen wird.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist der Antrag Schmedding-Münster (Z.). Er lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königl. Staatsregierung zu ersuchen, schleunigt im gesetzlichen Wege die Fürsorge für diejenigen mittellosen geisteskranken und schwachmünnigen Personen, welche nur behufs des Schutzes anderer Personen gegen ihre Ausschreitungen der Unterbringung in Anstalten bedürfen, zu regeln.

Abg. Schmedding (Z.): Als ich die Frage der Fürsorge für die in dem Antrage bezeichneten Personen bei der vorjährigen Etatsberatung zur Sprache bringen wollte, war noch nicht einmal klar gestellt, wer die Kosten für die notwendige Unterbringung dieser Personen zu tragen habe. Seitdem hat das Oberverwaltungsgericht am 20. April d. J. entschieden, daß sie als allgemeine Polizeikosten von der Gemeinde zu tragen seien. Aber damit ist die Fülle der Schwierigkeiten dieser Frage noch nicht überwunden. Daß sie noch jetzt drängend ist, beweist der einstimmige Beschluß des westfälischen Provinzial-Landtages in dieser Richtung, beweisen die wiederholten Konferenzen der Landesdirektoren, und vor allem die Erklärung des Ministers, daß er kein neues Anstalts-Reglement genehmigen werde, bevor die Frage der Unterbringung dieser gemeingefährlichen Irren geregelt sei. Ein Einzelfall aus der Stadt Emmerich hat den Anstoß zu meinem Antrage gegeben. Ein dort anwesiger Irren wurde in die westfälische Landes-Irenanstalt nicht aufgenommen, weil er in der Rheinprovinz seinen Unterhaltungswohnort hätte. Dort lehnte der Landesdirektor die Aufnahme ab, weil nicht der Irre hilflosbedürftig sei, sondern die Allgemeinheit ihm gegenüber. In einem anderen Falle fragte die Gemeinde beim Regierungspräsidenten an, was sie tun sollte. Die Antwort, sie sollte nach psychiatrischem Ermessen handeln, legte sie dahin aus, daß sie den Keel einfach laufen ließ. Die Schwierigkeit, die durch die Rechtsprechung des Bundesamtes für Heimaltswesen hier entstanden ist, läßt sich nicht durch Abwälzen der Lasten auf die Provinzen lösen, wie der Minister des Innern will, und auch von den Gemeinden wären nur die größten in der Lage, ausreichende Vorsorge zu treffen. Somit kann nur das Eingreifen des Staates die bei dem starken Anwachsen der Zahl der Irren notwendige Hilfe bringen und ich hoffe, daß mein Antrag zur baldigen gesetzlichen Regelung der Unterbringung irrer Verbrecher führen wird. (Beifall.)

Abg. Windler (L) beantragt die Verweisung des Antrages an die am 7. Mitglieder verstärkte Gemeindekommission. Ich schließe mich den Ausführungen des Vortrögners vollständig an. Diese Irren, um die es sich hier handelt, gehören nicht zu die Provinzial-Irenanstalten, sondern für deren Unterbringung hat der Staat zu sorgen.

Abg. Gaffel (fr. Sp.): Wir schließen uns dem Antrage des Vortrögners auf Kommissionsberatung an. Eine geforderte Unterbringung der geisteskranken Verbrecher liegt sowohl im Interesse der Kranken selbst als auch in ihrer Umgebung. Die Ausführungen des Vortrögners waren durchaus dankenswert.

Nach einem Schlußwort des Abg. Schmedding wird der Antrag an die im hohen Mitglieder verstärkte Gemeindekommission verwiesen.

Es folgen Petitionen.

Vizepräsident Dr. Forst schlägt vor, die nächste Sitzung Freitag 11 Uhr abzuhalten mit folgender Tagesordnung: Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Ueberwachung elektrischer Anlagen usw., Antrag Freisch (fr. Sp.) betreffend Veranstaltung von Beamtenvereinigungen (Scherfische Sparsystem), Petitionen.

Abg. Dr. v. Heydenbrand (L) fragt an, welche Dispositionen der Präsident für die nächste Woche getroffen habe. Es empfehle sich, der Kanalkommission die Zeit bis zum 17. November zur Verfügung zu halten und für diese Zeit keine Sitzungen anzuzeigen.

Vizepräsident Dr. Forst betont, daß es wünschenswert sei, ununterbrochen Sitzungen abzuhalten, um das umfangreiche Material aufzuarbeiten. Vielleicht könne die Einrichtung getroffen werden, daß die Kommission vormittags tagt und das Haus nachmittags, oder das Haus zeitig anfängt und die Kommission nachmittags und abends verhandelt.

Abg. Dr. Bagem: Ich fürchte, daß die Geschäfte des Hauses nicht gefördert werden, wenn wir ein paar Tage Plenar-, ein paar Tage Kommissionsitzungen haben. Die Mitglieder müssen jetzt dauernd hier bleiben und haben an verschiedenen Tagen nichts zu

tun. Sorgen wir lieber dafür, daß wir ein volles Haus haben, wenn wir es später brauchen.

Vizepräsident Dr. Forst bittet, jedenfalls noch Montag eine Sitzung abzuhalten und stellt im übrigen dem Haus die Beschlußfassung anheim.

Abg. v. Redlich (fr.) schließt sich dem Vorschlage des Abgeordneten v. Heydenbrand an, die Abgg. Dr. Friedberg (natl.) und v. Egnern (natl.) nur unter der Voraussetzung, daß die Kanalkommission die ihr gegebene Zeit ausnütze und nicht nur so unregelmäßig wie bisher Sitzungen abhalte.

Abg. Graf Rumburg-Strom (L): Ich kann versichern, daß wir gern nach den Intentionen des Abgeordneten v. Egnern täglich Sitzungen der Kanalkommission abhalten werden. Wir alle wünschen, möglichst bald fertig zu werden. Denn wenn wir uns nach Weidenachten noch mit dem Kanal beschäftigten sollten, wüßte ich nicht, wie wir mit den Geschäften fertig werden sollten.

Ein Beschluß wird nicht gefaßt; es bleibt bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Ein grauenhaftes Strafkonto hat der Monat Oktober für die im Klassenkampfe stehenden Arbeiter aufzuweisen. Das Gesamtstrafregister verzeichnet ein Jahr drei Monate Zuchthaus, 15 Jahre und sechs Wochen Gefängnis und 748 M. Geldstrafen. Wie schon seit längerer Zeit, sind die Strafen am häufigsten und schärfsten, wo die Arbeiter im Lohnkampfe mit der Auslegung oder Anwendung der Strafgesetze in Konflikt gekommen sind. Diefelben Handlungen, die, wenn sie von Studenten begangen sind, als Studentenakt bezeichnet und höchstens als großer Ungehorsam bestraft werden, werden als Landfriedensbruch oder Aufruhr bezeichnet, wenn streifende oder ausgesperrte Arbeiter sie begehen. In Aschaffenburg, Gäßtrow und Geseemünde wurden Streifende resp. Ausgesperrte zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus und dreizehn Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Speziell bei den Verurteilungen in Gäßtrow und Geseemünde waren Ausgesperrte betroffen. Die Unternehmer hatten durch Aussperrungen den Streit begünstigt. In dem Streit stehen dem Hunger preisgegebene Arbeiter sich zu Handlungen hinreißend, die nach der Auslegungspraxis unserer Gerichte als Aufruhr und Landfriedensbruch bezeichnet werden. So müssen dem 21 Arbeiter, deren Streben darauf gerichtet war, für das Gemeinwohl zu wirken, schwere Strafen erdulden, weil sie in dem Kampfe nicht daran dachten, welche Auslegung man den Strafgesetzen geben kann. Selbst zu der entehrenden Zuchthausstrafe wurde gezwungen. Die milderen Umstände, bei deren Jubiligung auf Gefängnis hätte erkannt werden müssen, wurden von bürgerlichen Geschworenen dem angeklagten Arbeiter verweigert.

Einen beachtenswerten Waffsieg errangen, wie uns ein Privattelegramm meldet, unsere Parteigenossen in Kiel bei den Stadtverordnetenwahlen. Während sie im Vorjahre nur etwa 200 Stimmen erlangten, erhielten sie diesmal trotz des freisinnigen Jubelsturmstarkens über 1800 Stimmen. Reaktor Kbler zieht als erster Sozialdemokrat in dieses freisinnige Stadiparlament ein. Die beiden anderen Kandidaten wurden nur mit 80 und 120 Stimmen Differenz von den Gegnern geschlagen. Freitag wird noch einmal von drei Mandate gekämpft.

Die Lokalfrage in Sachsen. Die durch den jähren Vorkott der Parteigenossen erzielte Aenderung in der Auffassung der Militärbehörde in Sachsen über den Nutzen des Militärkorpotts hatte zunächst im Dresdener Bezirk die Folge, daß sich die Saalbesitzer bereit erklärten, ihre Lokale allen politischen Parteien zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Die Parteigenossen Dresdens haben dem auch bereits Versammlungen in Lokalen abgehalten, um die zum Teil länger als ein Jahrzehnt hartnäckig gekämpft worden ist.

Jetzt haben auch die Saalbesitzer im Bezirke der Amtshauptmannschaft Zwickau zu der Frage Stellung genommen und haben sich in einer Versammlung entschlossen, ihre Lokale allen politischen Parteien unter denselben Bedingungen zur Verfügung zu stellen, wie ihre Dresdener Kollegen.

Dieser äußerlich zwar nicht erhebliche Erfolg unserer sächsischen Genossen darf immerhin als symptomatisch dafür gelten, daß zähe Ausdauer und geschickte Anwendung der aus den Umständen gegebenen Kampfmittel, verbunden mit solidarischem Zusammenstehen der Arbeiter am Ende doch zum Siege führt.

Richtigstellung.

In seinem Artikel „Zum Generalstreik“ (Sozialistische Monatshefte, November) läßt Genosse Johann Reimpeters mich die Auffassung vertreten: „Der Generalstreik ist das Präliminar der Revolution“.

Seine Darstellung steht im vollen Gegensatz zu dem Sinn und dem Wortlaut meiner Ausführungen in Bremen. Ich verweise dafür auf das Protokoll des Parteitagcs, Seite 196 und 197.

Wilhelmshöhe, den 1. November 1904. Alara Reiff.

Gewerkschaftliches.

§ 2 des Vereinsgesetzes und die Gewerkschafts-Zahlstelle. (Selbständiger Verein oder nicht? Hastet der Schriftführer für die Richtanmeldung neuer Mitglieder?)

Der Vorstand der Zahlstelle Neu-Ruppin des Deutschen Metallarbeiter-Vereins hatte Veränderungen im Mitgliederbestande der Polizei nicht angezeigt. Der Schriftführer Johannes wurde daraufhin angeklagt. Er sollte den § 2 des preussischen Vereinsgesetzes übertreten haben, wonach die Vorsteher von Vereinen, welche auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecken, u. a. zur Einrichtung eines Mitgliederverzeichnisses binnen drei Tagen nach Stichtung des Vereins an die Ortspolizei sowie zur ständigen Anzeige der Veränderungen im Mitgliederbestande verpflichtet sind.

Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte auch den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Den Einwand des Angeklagten, daß die Zahlstelle kein selbständiger Verein sei, verworft das Gericht. Ferner nahm es im Gegensatz zum Angeklagten an, daß eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten als Zweck des Vereins anzusehen sei, weil er eine Verbesserung der Lage der Metallarbeiter erstrebe, wenn auch zunächst nur der Mitglieder. Auch habe vor den Wahlen der Vorsteher der Zahlstelle in einer Vereinsversammlung die Mitglieder aufgefordert, ihr Wahlrecht auszuüben. Wenn er auch nicht gefaßt habe, für wen sie stimmen sollten, so sei doch klar, daß sie für eine politische Partei eintreten sollten. Der Angeklagte habe auch als Schriftführer mit für die unterlassene Anzeige. Als Schriftführer der Zahlstelle sei er Mitglied ihres Vorstandes und somit ein Vereinsvorsteher im Sinne des Vereinsgesetzes. Daß die Unterlassung ganz ohne sein Verschulden erfolgt, habe er nicht nachweisen können. Es entschuldige ihn nicht, daß er als Schriftführer nicht ohne weiteres von dem Eintritt neuer Mitglieder erfuhr, weil er nur das Protokoll in Versammlungen zu führen hatte. Jedes Vorstandsmitglied müsse sich aber darum kümmern. Jedem Vorstandsmitglied sei es in der Verhandlung vor dem ersten Strafsenat durch Rechtsanwalt Ruben vertreten. Dieser betonte zunächst, daß die Zahlstelle nur eine Unterabteilung des Verbandes und nicht ein selbständiger Verein sei. Dann machte

er geltend, daß eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten nicht bezweckt werde. Die Wirksamkeit hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen werde nur für die Mitglieder erstrebt. Eine Verbesserung der Verhältnisse der Mitglieder des Verbandes in Neu-Ruppin sei keine öffentliche Angelegenheit. Im übrigen treffe den angeklagten Schriftführer kein Verschulden.

Das Kammergericht wies die Revision mit folgender Begründung zurück: Es sei allerdings denkbar, daß Zahlstellen als solche kein Vereinscharakter inne wohne. Die Zahlstelle aber, auf die es hier ankomme, sei ein Verein, denn sie habe ein selbständiges Vereinsleben entfaltet: Sie habe alle 14 Tage Versammlungen abgehalten. In solchen Versammlungen seien Beschlüsse gefaßt worden, wobei unerheblich sei, daß diese zum Teil der Bestätigung des Zentralvorstandes bedürften. 20 Proz. der Einkünfte verblieben der Zahlstelle für ihre eigenen Bedürfnisse. So zweifellos sei ein eigenes Vereinsleben führte, so zweifellos habe sie auch eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, indem sie Agitation zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckte und indem auch auf Wahlen eingewirkt wurde. Mit Recht sei schließlich der Angeklagte für fastbar erklärt worden. Jedes Mitglied des Vorstandes sei verpflichtet, alles zu tun, was dem Vorstand obliege.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung in der Goldmetall-Industrie.

Wie in der gestrigen Streikversammlung mitgeteilt wurde, ist auch bis dato noch keine offizielle Aenderung der Situation eingetreten. Dennoch kann als sicher angenommen werden, daß den Fabrikanten recht arg das Feuer auf den Nägeln brennt. Derzeit 70 Pf. Stundenlohn bieten sie unbefehens unter schriftlicher Garantie selbst solchen Arbeitswilligen, die ihnen gänzlich unbekannt sind und deren Leistungsfähigkeit sie gar nicht beurteilen können. Den Streikenden aber wollen sie nicht einmal 60 Pf. betwilligen. Mehrere der Streikenden haben sich den Schmerz erlaubt, aufgrund der Arbeitswilligen gefundene in bürgerlichen Blättern bei den Fabrikanten Scheinofferten einzureichen, und da sind ihnen in liebenswürdigem Antwortschreiben die denkbar günstigsten Angebote gemacht worden, ein Zeichen dafür, wie erheblich die Fabrikanten „im Druck“ sind. — Bekanntlich haben die Kühnemänner zu Beginn der Aussperrung das Märschen verbreitet, die Arbeiter hätten aus Erbitterung über den Terrorismus ihrer Streikleiter tränenden Augen die Betriebe verlassen. Jetzt aber scheinen schon einzelne Fabrikanten an „tränenden Augen“ zu leiden, wie folgender Vorfall beweist. Eine der großen Firmen hatte ebenfalls auf Kommando der Kühnemänner fallherzig den vorgeschriebenen Prozentsatz der Arbeiter ausgesperrt, ohne daß bei dieser Firma eine Forderung gestellt war. Damals hatten dem Zuhaber die Augen nicht gerannt. Später verließen dann die letzten 30 Proz. der Arbeiter aus Solidarität mit ihren grundlos ausgesperrten Kollegen ebenfalls den Betrieb. Als nun der Fabrikant wochenlang seine leere Halle betrachtete — nur vier Streikbrecher waren drin — da begannen ihm glöcklich die Augen zu tränen — nicht aus Mitleid über die Familien, deren Ernährer er aufs Pfahler geworfen, sondern aus Verdruß über seine Torheit, daß er sich als blind gehorchendes Werkzeug der Kühnemänner einen so enormen Schaden zugefügt hatte. Er ließ deshalb am Dienstag an seine sämtlichen Arbeiter das dringende Gesuch richten, doch am Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Am Mittwoch hatten die Arbeiter daraufhin eine Werksratsbesprechung, woselbst der Prokurist der Firma anwesend war. Dieser setzte den Arbeitern nun in einer mit Sentimentalitäten gespickten Rede auseinander, wie seinem Chef das „Herz blute“, wie er „tränenden Augen“ im Betriebe umherwändere. Er lasse die Arbeiter bitten, doch am Donnerstag wieder an die Arbeit zu gehen, indem er das hindende Versprechen abgibt, nie wieder eine Aussperrung vorzunehmen. Mühl fragten die Arbeiter, warum dem Chef denn nicht das Herz geblutet habe, als er erdarrungslos so und soviel teilweise in seinem eigenen Betriebe ergrütete Familienväter ohne jede Ursache aussperrte? Antwort: Der unselbige Beschluß der Vertrauenskommission und die drohende Konventionalsstrafe! Weiter fragten die Arbeiter, was denn aus jenen vier Streikbrechern werden solle, die jetzt den Betrieb zieren, da doch kein anständiger Arbeiter mit jenen Elementen zusammenarbeiten werde. Bereitwillig erklärte da der Prokurist, diese würde man bald los sein; sie seien ja doch zusammen nicht soviel wert wie einer der alten Arbeiter. Nach dieser Aussprache gaben die Arbeiter dann ihre Antwort, indem sie mit allen gegen eine Stimme das Anerbieten der Firma ablehnten mit der Begründung, der Chef möge entweder den Latsch unterschreiben oder mit den übrigen Fabrikanten in die Verhandlungsbedingungen willigen, die kürzlich von der Streikversammlung normiert worden sind.

Das Verhalten der Arbeiter dieser Firma fand den allgemeinen Beifall der Versammlung. Der Referent bemerkte, es wäre sehr wahrscheinlich, daß in nächster Zeit noch mehr Fabrikanten, um noch einen Teil der Weihnachtsgelohnsteuer zu retten, mit ähnlichen Anerbietungen an die Arbeiter herantreten dürften; natürlich müßte ihnen dieselbe Antwort werden, wie der vorhin erwähnten Firma. In der Diskussion erwähnte der anwesende Verbandsvertreter Hammer Schmidt aus Braunschweig als ein Zeichen der den Verlinern bewiesenen Solidarität, daß die Arbeiter der Firma Heuser-Braunschweig ebenfalls in den Streik getreten seien, weil der Inhaber sich geweigert hat, Berliner Streikarbeit wieder zuzulassen. — Bekannt gegeben wurde sodann, daß der Gärtler Bernhard Hennisch, der ein Posamentiergeschäft Gräfeiter, 74 betreibt, und der Badeanstaltsbesitzer Richter aus Königswusterhausen jetzt als Arbeitswillige tätig sind. Als Kuriosum sei noch folgender Vorfall aus Ober-Schöneweide erwähnt: Die Arbeitswilligen der dortigen Firma Frister u. Heegewald hatten bereits mehrfach Streikposten misshandelt. Einer der Streikenden ging nun nach dem Amtsbureau und wünschte eine Erlaubnis zum Waffentragen, um sich wirksam gegen Ueberfälle durch Streikbrecher schützen zu können. Ihm wurde zur Antwort: Verstekte Waffen dürfe er allerdings nicht tragen, jedoch könne er sich ja einen — Säbel anschaffen!

Der Streik in der Eisenwerkfabrik von Westphal und Reinhold dauert unverändert fort. Verhandlungen, die der Organisationsvertreter Wieseuthal mit der Firma anzuknüpfen suchte, führten trotz längerer Aussprache zu keinem positiven Resultat. Die Firma sucht zwar den Anschein zu erwecken, als habe sie alle Arbeitsplätze mit Arbeitswilligen besetzt und müsse infolgedessen auf jede Wiedererrichtung der Streikenden verzichten; in Wirklichkeit ist jedoch nur etwa die Hälfte der früheren Arbeiterzahl im Betriebe tätig trotz aller Anstrengungen der Firma, Arbeitswillige heranzuziehen. Bei den Verhandlungen äußerte sich Herr Reinhold in recht charakteristischer Weise über die Streikenden. Er meinte nämlich: Im Winter habe er einen großen Teil seiner Arbeiter lediglich aus gutem Herzen „durchgeföhrt“, obwohl keine Beschäftigung für sie da war. Auch Geschenke seien Arbeitern, die zehn Jahre bei der Firma tätig waren, gemacht worden. Und jetzt streikten diese Leute! Das sei der Dank für seine Humanität. Daß Herr Reinhold die Arbeiter auch während der hauen Geschäftsperiode nur in seinem eigenen Interesse weiter beschäftigte, um sich einen Stamm tüchtiger eingearbeiteter Leute zu sichern, hat er allerdings vergessen anzuführen; es mußte ihm dies erst von dem Organisationsvertreter plausibel gemacht werden. — Die Streikenden stehen jetzt nach bereits sechswöchiger Dauer des Ausstandes noch genau so fest wie zu Anfang desselben und sind entschlossen, nur unter entsprechenden Zugeständnissen der Firma die Arbeit wieder aufzunehmen.

Zum Müllatthersfrei ist mitzuteilen, daß die Situation für die Streikenden und Aussperrten noch um nichts ungünstiger geworden ist wie zu Anfang der Bewegung. Zwar geben sich die bürgerlichen

Mütter alle Mühe, die Sache jetzt so darzustellen, als würden die Unternehmer wie auch die Wirtschaftsgenossenschaft die Mühsal schon in den nächsten Tagen voll betätigen können, doch erweisen sie mit denartiger Nachlässigkeit den Hausbesitzern selbst nur einen sehr zweifelhaften Dienst. So heißt es beispielsweise in den betreffenden Notizen, es seien gestern bereits 68 Wagen der Wirtschaftsgenossenschaft in Tätigkeit gewesen; in Wirklichkeit sind jedoch in Berlin und Charlottenburg nur 25 Wagen vom Hofe gefahren. Auch wird die Nachricht verbreitet, daß von der Genossenschaft 100 Polen zum Müllfahren angeworben seien, die gestern eintreffen sollten. Nun ist zwar von der Genossenschaft in der Christburgstraße ein leerstehendes Kneiplokal gemietet und mit Stroß u. zum Müllfahren der erwarteten Arbeitswilligen „eingesetzt“ worden, doch bis jetzt sind die Polen noch nicht eingetroffen. Aber selbst wenn die bedauernswerten Leute kommen sollten, so wird es ihnen noch auf längere Zeit unmöglich sein, die erforderlichen Arbeiten mit der nötigen Routine auszuführen; sie werden höchstens eine Gefahr für den öffentlichen Verkehr. Nach der „Vossischen Zeitung“ sind den Hausbesitzern alle verfügbaren Räder und Zementwagen überwiesen worden, um möglichst viel vorchriftsmäßige Aufbewahrungsbekälter für das Müll zu haben. Auch ist die Polizei äußerst nachsichtig gegen die Hausbesitzer; sie ermahnt nur, für Abfuhr nach Kräften zu sorgen, aber Strafbefehle schickt sie nicht. — So die vorhandenen Arbeitswilligen der Wirtschaftsgenossenschaft eigentlich schlafe, konnten die Streikposten bisher noch nicht ermitteln. Sie sehen die „nützlichen Elemente“ des Abends wohl in das Depot hineinwandern, aber nicht wieder herauskommen, nehmen also an, daß diese entgegen den polizeilichen Vorschriften in den Friedhöfen kampieren. — Wie in der gestrigen Versammlung der Streikenden von der Streikleitung mitgeteilt wurde, hat sich das Einigungsamt des Gewerbegerichts bereit erklärt, zwischen den Unternehmern und den Aufsehern zu vermitteln. Die Streikenden und ausgeperrten haben den Vermittlungsvorschlag des Einigungsamtes, den bisherigen Gepflogenheiten der Arbeiter entsprechend, abgelehnt.

Achtung, Tapezierer (Kleber)! Wegen Lohnminderungen ist der Bau Schildebeinerstr. 4/5, Bau Kabis, Unternehmer Kaufmann, bis auf weiteres gesperrt. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Der Dank an die Arbeitswilligen.

Während der Crimmitschauer Aussperrung wurde von den Unternehmern besonders betont, daß man den „Arbeitswilligen“ ihre Dienste auch nach beendeter Aussperrung nicht vergessen und sie immerdar vor den Ausgesperrten bevorzugt werden. Das ist längst vergessen! Die Arbeitswilligen sind den Fabrikanten wegen ihrer geringen Leistungsfähigkeit wie nach jedem Streik anderwärts unbenutzt geblieben und man möchte sie, die man seinerzeit per Schneebesen weiter Klasse holte, gern mit erster Klasse Platzlos werden, wenn nur irgend jemand die Kosten übernehme. Einstweilen hält man sich wenigstens wegen der Reisekosten nach Crimmitschau an den Arbeitswilligen schadlos.

Die Arbeiterin Frau Baumann klagt, wie unser Zwickauer Parteiblatt berichtet, gegen die Firma Zeiner u. Schumann auf Zahlung von 72 M. Diese Summe war der Frau trotz ihres Einspruchs vom Lohne abgezogen worden. Die Firma hatte die Familie während des Ausstandes von München-Berndorf nach Crimmitschau gelockt und einen Vorschuß von 202,60 M. gewährt. Laut Vertrag sollte dieser Betrag ratenweise vom Lohne abgezogen werden. Als der Mann vor einiger Zeit verunglückte und die Firma den Betrag vom Verdienste der Frau und deren Tochter in Abzug bringen wollte, weigerte sich diese und erklärte der Firma, daß sie damit nicht einverstanden sei. Den Vertrag habe ihr Mann für seine Person unterschrieben, der Betrag könne deshalb nur vom Lohne des Mannes, aber nicht von ihrem und der Tochter Lohn in Abzug gebracht werden. Die Firma stützte sich auf den Vertrag und ließ sich durch Einwendungen der Frau nicht von ihren Lohnsätzungen abhalten. Der Vertreter der Firma, welcher die Familie zurzeit beredet hatte, nach Crimmitschau zu kommen, erklärte, er habe den Vertrag dem Ehemann vorgelegt, welcher ihn im Namen seiner Familie unterschrieb. Es seien ganz ungelernete Arbeiter gewesen. Trotzdem habe die Firma an die Leute höhere Löhne gezahlt, als sie bisher an gelübte Arbeiter gezahlt habe. Der Mann, welcher als Färberei-Arbeiter beschäftigt wurde, erhielt pro Woche 15 Mark, die Frau und deren Tochter wurden in der Spinnerslei verwendet und erhielt die Frau 12,60 M., die Tochter 9 M. Der Sohn sollte 13 M. erhalten, sei aber nicht mitgelommen. Die Frau erklärte, der Vormund habe den Sohn nicht nach Crimmitschau gelassen. Heute würde sie selbst auf keinen Fall nach Crimmitschau gehen. Die Firma will nur durch Zeugen (Meister) nachweisen, daß die Frau sich mit dem Lohnabzug einverstanden erklärt, da sie den Lohn in Empfang genommen habe. Die Verhandlung wird nun behufs Zeugenvernehmung vertagt.

Wie auch diese Auslagen ausfallen mögen, unmöglich kann von den Leuten verlangt werden, daß sie die Gesamtsumme von 202,60 M. bezahlen. Sie haben zweifellos lediglich auf Veranlassung des Fabrikantenverbandes die teure zweite Klasse benutzt und hätten aus eigener Reizung sicher ein billigeres Beförderungsmittel vorgezogen. — Solche Beispiele von Unter-

nehmerdank gegen Arbeitswillige treten aber immer recht aufklärend und sollten von der Arbeiterschaft nicht übersehen werden.

Husland.

Am den Neunstundentag kämpften die Graveure und Guillocheure in der Schweiz, wobei es sich um 112 Betriebe und mehrere hundert Arbeiter an verschiedenen Orten im Gebiete der Uhrenindustrie (Kantone Bern, Solothurn, Neuchâtel, Basle-Stadt) handelt. In 50 Betrieben, die meistens in Chaux-de-Fonds sind, ist der geforderte Neunstundentag schon bewilligt worden. Da aber die Mehrzahl der Fabriken die Einführung des Neunstundentages ablehnt, hat der Graveureverband den Generalstreik beschlossen. Die Graveure sind fast vollständig organisiert.

Der Glasbläserstreik in Niederland dauert unverändert fort. Der Direktor der großen Flaschenfabrik „De Schie“ in Schiedam hat seit Beginn des Streiks immer wieder versucht, Streikende zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Am Freitag war es ihm denn auch bei 6 Mann gelungen. Er sah sich aber genötigt, diese Leute am nächsten Tage wieder zu entlassen, jedenfalls weil es unmöglich war, mit so wenigen Arbeitern den Betrieb wieder in Gang zu setzen. Nun haben sowohl die christlichen Organisationen als auch der niederländische Glasbläser-Verband eine von sämtlichen Streikenden unterzeichnete Erklärung des Inhalts an die Unternehmer gefandt, daß nicht einer der Unterzeichneten unter irgend welchen Bedingungen wieder auf dem Fabrikcomptoir zur Verhandlung erscheinen werde, und daß, wenn die Unternehmer zu verhandeln wünschten, sie sich lediglich an die Hauptvorstände der Organisationen wenden müßten.

Zigarrenarbeiter-Aussperrung. London, 1. November. Seit mehreren Wochen herrscht ein gewerblicher Konflikt in der Londoner Fabrik des amerikanischen Tabaktrüsters. Der Konflikt begann mit der Arbeitsniederlegung einiger Zigarrenarbeiterinnen, die sich geweigert hatten, einige zurückgestellte Zigarren umzuarbeiten. Gleichzeitig wurde den männlichen Arbeitern verboten, jede gewerbliche Agitation in den Werkstätten zu entfalten, Gewerkschaftszeitungen, Flugblätter u. mitzubringen und überhaupt für die Interessen ihrer Gewerkschaft einzutreten. Da die Arbeiter darauf nicht eingingen, wurden sie ausgesperrt. Die Zahl der Aussperrten beläuft sich auf etwa 700. Der Sekretär des Tabakarbeiter-Verbandes, Ben Cooper, ist nach Amerika gefahren, um Geldmittel für die Aussperrten zu sammeln. —

Ein Verband der Gewerkschaftssekretäre ist jetzt in Neu-Süd-Wales gegründet worden; es traten demselben sofort 37 Gewerkschaftsbeamte bei. Als Zweck des Verbandes wird angegeben, eine bessere Verständigung zwischen den Sekretären der Gewerkschaftsverbände herbeizuführen, Meinungen und Erfahrungen auszu-tauschen. Ferner ist die Errichtung einer Bibliothek ins Auge gefaßt, in der besonders die Werke über die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, Politik, Volkswirtschaft usw. Berücksichtigung finden sollen; ferner die Unterstützung und Vorbereitung der Arbeiterpresse.

Soziales.

Aus dem Leben des Proletariats.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung mit nachfolgendem Tode, begangen an ihrem eigenen Kinde, wurde von der Strafkammer in Breslau die Frau Klara Großer, Ehefrau eines Invaliden, zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Frau Großer hatte nicht die Mittel aufbringen können, für ihren am 21. Mai geborenen Knaben ein eigenes Bett zu beschaffen. Sie pflegte ihn nachts (in ein Stedkissen gebunden) neben sich im Bette liegen zu haben. Bei ihrem ersten Kinde hatte sie es ebenso gemacht und es war nichts passiert. In der Nacht zum 8. August hatte sie den Knaben auch, und zwar nicht an der Brustseite, sondern an der freien Seite nach der Stube hin in ihr Bett neben sich gebettet. Da sie tagsüber in einer Fabrik arbeitete, legte sie sich stets sehr ermüdet abends zu Bett und pflegte fest zu schlafen. So merkte sie nicht, daß das kleine Wesen in jener Nacht aus dem Bette heraus auf den Fußboden gefallen war. Da das Kind weder schrie, noch sonst sich nach dem Falle veränderte zeigte, glaubte die Mutter, daß ihm das Unglück nichts geschadet habe. Als sich aber nach einigen Tagen eine Beule am Kopfe zeigte und die Stirn blau wurde, trug sie es am 12. August ins Allerheiligen-Hospital. Dort starb das Kind am nächsten Tage. Als Todesursache wurde vom Arzte ein über den ganzen Kopf gehender Schädelbruch festgestellt, mit dem eine Gehirnerschütterung verbunden gewesen war, eine Folge des Falles aus dem Bette.

Irrende Seelen.

Gar wußt scheint es am Mittwoch in der Redaktion der „Post“ zugegangen zu sein. An diesem Tage geriet in die Spalten dieses Blattes ein Artikel, der den besten Traditionen des Blattes zuwiderläuft. Man muß es selbst lesen, um es zu glauben, daß die „Post“ eine so lange Arbeitszeit der Arbeiter als unhygienisch bezeichnet, daß sie behauptet, die Arbeiter würden durch die einseitige Körperhaltung bei der Berufsarbeit nachweisbar geschädigt, daß die Arbeiter

unter schlechten Wohnungsverhältnissen und unzureichender Ernährung leiden, daß nach den „unwiderleglichen Beweisen der Statistik“ die Arbeiter vielfach im zehnten oder mehrten Jahre früher sterben als der Durchschnitt der gleichaltrigen Bevölkerung, daß ihre Nachkommenschaft unter den Wirkungen der Berufschädigungen der Arbeiter degeneriert, daß die von den Arbeitern veranstalteten Untersuchungen über ihre Verhältnisse, wie beispielsweise die der Wäcker und Schneider möglich sind, daß die Arbeitgeber den Vorstellungen der Arbeiter ein williges Ohr leihen müßten usw. Wenn das der selbige Stumm erlebt hätte!

Gemeindebesitz in deutschen Städten.

In einem bei Friedrich Brandstetter in Leipzig erschienenen Werke von Dr. H. Wuttke „Die deutschen Städte, geschildert nach den Ergebnissen der deutschen Städte-Ausstellung zu Dresden 1903“ finden sich zwei interessante Tafeln mit graphischen Darstellungen des Gemeindebesitzes von 55 deutschen Städten.

Nach bestimmten Größenverhältnissen ist zunächst in Kreisform die gesamte Fläche des Stadtgebietes jeder dieser Städte veranschaulicht. Ein kleiner Kreis innerhalb des großen stellt dann den eigenen Grundbesitz der Gemeinde innerhalb der Gemarkung dar und ein neben dem großen gestellter Kreis stellt den in fremden Gemarkungen liegenden Grundbesitz dieser Gemeinden dar. Den faktisch größten eigenen Besitz hat danach unter diesen Städten Berlin, das in der Größe des Stadtgebietes von mehreren Städten, so von Köln, Frankfurt a. M., München und Dresden übertroffen wird. Der Grundbesitz Berlins liegt allerdings zum größten Teil außerhalb der Berliner Gemarkung. Auch dieser auswärtsliche Gemeindegrundbesitz ist bei Berlin am größten unter allen 55 Städten. In weitem Abstände folgen dann mit ungefähr gleich großem auswärtslichem Besitz Breslau, Guben und Jittau, ferner Stolp, Köln und München, abermals in weitem Abstände davon Hannover, Plauen i. V., Göttingen, Halle, Charlottenburg, Freiberg, Dresden, Kottbus. Dann wird dieser Gemeindebesitz immer kleiner; ganz fehlt er bei Duisburg, Neuß, Worms, Cansstatt und Jork i. L.

Größer als die eigene Gemarkung ist der auswärtsliche Gemeindebesitz in der Reihenfolge des größten Unterschiedes bei Jittau, Guben, Berlin und Breslau; bei Stolp ist er nicht wesentlich kleiner als die eigene Gemarkung, bei allen übrigen dagegen nur geringfügig im Vergleich mit der eigenen Gemarkung.

Innerhalb der eigenen Gemarkung hat den absolut größten Grundbesitz die Gemeinde Frankfurt a. M., dann folgt in ziemlich weitem Abstände davon Mannheim, Darmstadt, Köln, Aachen, Hannover, Göttingen, Stuttgart, München, Berlin, Stolp, Breslau, Chemnitz, Meiningen, Augsburg.

Im Verhältnis des innerhalb der Gemarkung gelegenen Gemeindebesitzes zur Gesamtfläche des Stadtgebietes ist jedoch die Reihenfolge nach der geringsten Differenz wesentlich anders. Da steht an erster Stelle Gera, dessen eigener Besitz innerhalb der Stadtgrenzen mehr als die Hälfte des Stadtgebietes umfaßt. Sehr groß im Verhältnis zum Stadtgebiet ist auch noch der in der eigenen Gemarkung gelegene Besitz der Gemeinden Meiningen, Göttingen, Augsburg und Frankfurt a. M. Erheblich erscheint er noch bei Kottbus, Pforzheim, Stuttgart, Hannover, Aachen, Offenbach a. M., Mannheim und Kiel.

Die Darstellung unterscheidet den Gemeindebesitz auch nach der Benutzung in der Weise, daß der unmittelbar zu Zwecken der Gemeindeverwaltung verwendete eigene Besitz innerhalb jeder der beiden Arten des Gesamtbesitzes zu sehen ist.

Da ergeben sich wieder die größten Abweichungen. So ist der große auswärtsliche Besitz der Stadt Guben vollständig und der der Stadt Berlin bis auf einen geringen Rest zu Zwecken der Gemeindeverwaltung verwendet. Auch von dem einwärtslichen Besitzum der Stadt Berlin ist nur noch ein kleiner Teil frei, der nicht den Zwecken der Gemeindeverwaltung dient. Dagegen haben andere Städte wieder sehr erhebliche Teile ihres Besitzes frei. So namentlich bezüglich des einwärtslichen Besitzes Frankfurt a. M., Darmstadt, Göttingen, Mannheim, Meiningen, Augsburg, Aachen, Darmstadt, Hannover, Stuttgart, Gera, Offenbach. Mit verhältnismäßig viel freiem auswärtslichem Besitz sind in erster Reihe zu nennen Jittau, Stolp, Breslau, Köln, Hannover, München, Charlottenburg, Gera, Koburg, Kiel und Halle.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Brick Sonntag, den 6. November, nachmittags 2 Uhr, in der Vereinsbräuererei General-Versammlung.

Witterungsübersicht vom 3. November 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand nun	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. in C.	Stationen	Barometer-stand nun	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. in C.
Eintriede	765	SB	3	bedeckt	6	Dabaranda	749	S	4	Sonne	-2
Hamburg	766	SB	5	bedeckt	6	Petersburg	760	SW	2	—	-4
Berlin	769	SB	3	bedeckt	4	Tort	—	—	—	—	—
Krank a. M.	772	S	2	bedeckt	5	Herbein	761	SW	2	wolkig	13
München	772	NO	2	bedeckt	5	Paris	773	O	2	bedeckt	6
Wien	762	N	1	bedeckt	4						

Wetter-Prognose für Freitag, den 4. November 1904. Zunächst wärmer, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich starken westlichen Winden; später aufklarend, aber etwas kühler.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 4. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Symphoniekonzert der Königl. Kapelle.
Königl. Oper-Theater. Nachhmann als Erzähler.
Deutsches Doyland.
Berliner. Ueber unsere Kraft. (L.)
Veßing. Traumulus.
Wetzel. La Traviata.
Theatra. Der Selbsttöter.
Wetter-Alliance. Wer? (Auf der Totenbank) Hieraus: Die Tugendsglocke.
National. Figaros Hochzeit.
Metropol. Die Herren von Romm.
Anfang 8 Uhr:
Zentral. Der Generalkonsul.
Schiller O. (Ballner-Theater.) Die Tyrannen der Tränen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Krieg im Frieden.
Neues. Minna von Barnhelm.
Carl Weiß. Senta Wolfsburg.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Reichens. Eine Hochzeitnacht.
Zuffspielhaus. Bedienteute.
Luzern. Don Carlos.
Trianon. Gastons Frauen.
Kasino. Wildes Rot.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Palast. Am Zukunftsbaal. Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Pastage-Theater. Sans Frech.
Alta. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Sleitner Sängerk.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Am Bannkreis der Jungfrau.
Hörtaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Schweiß, Phosphor, Arsen.
Javalindstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Um 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

National-Theater

Weinbergsweg 12a-13b.
Freitag, den 4. November 1904: 7. Freitag-Abendement.

Figaros Hochzeit.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnenabend: J. Galspiel Duf's: **Monna Vanna.**

Luisen-Theater.

Um erstmalig:
Sonnenabend: Galspiel des Theaters des Westens: Die Riedermaus.
Sonntag nachm.: Don Carlos.
Abends: Robert und Bertram.
Montag: Rein Leopold.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm.: Ihr zweiter Mann.

Gastons Frauen.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm.: Ihr zweiter Mann.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Freitag, den 4. November:
Keine Vorstellung.
Nächste Vorstellung: Sonntag, den 6. November: Ohne Urlaub.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Um erstmalig: Tyrannen der Tränen.
Zustspiel in 4 Akten von G. Daddow-Chambers. Deutsch v. Bertr. Popson.
Sonnenabend, abends 8 Uhr:
Die Tyrannen der Tränen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Sonntag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Zustspiel in 5 Akten von G. v. Roser und F. v. Schöningh.
Sonnenabend, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.

Kleines Theater

Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr. Zum 50. Male:
Des Pastors Rieke.
Sonnenabend: Nachtasyl.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Familien-lyll. Liebesträume. Serenissimus.
Abends: Nachtasyl.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Sonnenabend: Die Kronpräsidenten. (7 Uhr.)
Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.

Zentral-Theater

Heute Anfang 8 Uhr.
Der Generalkonsul.
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.
Morgen: Der Generalkonsul.
Sonntag, nachm.: Der Beilestudent.
Abends: Der Generalkonsul.
Wittwoch, den 4. November, nachmittags: Kinderdarstellung: Däumelchen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67.
Zum Gastspiel Adolf Philipp „Ueber'n grossen Teich“.
Anfang 8 Uhr.
MALE: Ende 10 Uhr 30 Min.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise:
„Ueber'n grossen Teich“.

Kasino-Theater

Reichensstr. 37. Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2.
Wildes Rot.
Gesangspolke in 3 Akten v. Mannsbld. Böhmer d. vollst. neue Novemberprog. II. a.: „Die Original-Noranas.“
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Apollo-Theater.

8 Uhr: Debut der neuen November-Spezialitäten. Hiernauf:
Berliner Luft.
Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke.
Sonntag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlingsluft und Spezialitäten.

Lustspielhaus

Friedrichstraße 236.
Biederleute.
Abends 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Biederleute.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Hörtaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Schwefel, Phosphor, Arsen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/92.
Abends 8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

D. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 163.
Allerseelen
melodramatische Illusion.
Elite-Konzert einer rumänisch. Damen-Kapelle.
Vormittags. Mittags. Nachmittags. Abends.

Carl Weiß-Theater.

Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Direktion: M. Ed. Fischer.
Senta Wolfsburg.
Schauspiel in 5 Akten von C. Wendt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Senta Wolfsburg.
Sonnenabend, nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Sneewitchen.

Lustspielhaus

Friedrichstraße 236.
Biederleute.
Abends 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Biederleute.

Zirkus Busch.

Zum viertenmal:
Mit noch nie dagewesenem Erfolge:
Katharina II.
der menschliche Wunderaffe.
Norwegischer Rittmeister a. D. Herr Grimsgaard und die vorzüglichsten Programmnummern.

Residenz-Theater.

Dire: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
8 Uhr:

Eine Hochzeitnacht.

Schwank in 3 Akten von G. Récourt und A. Barre.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 300 Tage.

Herrnfeld-Theater.

Letzte Woche:
Nur eine Nacht
Am andern Morgen
(mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen).
Sonnenabend: Premiere
Prinz Levy in Ahlbeck.
Schwank in drei Akten von A. und D. Herrnfeld.
Premierenbillets schon heute an der Theaterkasse von 11-2 Uhr.
Anfang Sonntag 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Braunerstr. 16.
Die Elfe vom Erlenhof.
Vollständ. in 3 Akten v. S. E. Stock.
Anfang 8 Uhr. Untere 30 St.
Sonnenabend: Extra-Vorstellung:
Goldlotte. Gr. Gesangsposse.

Zirkus Schumann.

Das neue Programm. U. a.:
Noch nie dagewesen!
Die größte Neuheit.
Hünsted's
Liliput-Zirkus-

Vorstellung:
Mons. Piccolomini Schulfreier.
Mons. Nicolaus Neden.
Mons. André Bonjeur.
Mlle. Isabella Schulfreierin.
Mlle. Elisa Dequart-Mit.
Mlle. Theresse Reichthumspeder.
Mr. Food Balancour.
Mons. Henry Afrobat.
Mons. Charles, Clown u. Parodist.
Ferner Americas größter Künstler:
Herr Mr. Franco Piper,
ein multifaktes Phänomen.
Neu! Marno-Truppe, fliegende Akrobaten.
Konsul II., Billy.
Neu! Miss Louise. X Mr. Robert.
Neu! Alfredo & Alberto. Neu!
Um 7 1/2 Uhr: Das große mim. Drama:
Der Kurier des Zaren.
Sonntag 2 Vorst. In beiden Vorst.:
Hünsted's Liliput-Zirkus, Konsul II.,
Billy, Franco Piper etc. Nachmittags
1 Kind frei.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Die Gaufführungen finden in
folgenden Etablissements statt:
Bernh. Rose-Theater, Stadt-Theater
Mosbit, Etablissement Nove Welt,
Fröbels Allerlei-Theater.
Entrée 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Metropol-Theater
Zum 7. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern mit freier Benutzung von C. F. I. s. "Messalinette" von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Hauptrollen:
Henry Bender, Josef Giampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Frid Frid, Fritz Massary a. D., Mary Behrens, Joh. Junker-Schatz.
Im 5. Bild:
Das Fest des Lichtes.
(Ballett)
Rauchen überall gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr,
Sonntags 3 Uhr.
Der Orig.-Prod. des Passage-Theaters.
magische Kessel.
Lucie König, d. erste Klasse Mädel.
Einfach u. schlicht
Dida, die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
14 neue glänzende Nummern.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Lüwys Duell
Poffe mit Gelang in einem Akt.
jeweils
30 internationale Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

WINTER GARTEN
Neues Programm.
Anne Dancrey,
Pariser Sängerin und Tänzerin.
Cesko u. Rothert
amerikanische Excentrica.
Baptista u. Franconi Kopfkäufer.
Everhart Reifenkünstler.
Wunderkessel, The Magic Kettle
Cliffe Berzacs dress. Ponios u. Esol.
Pas de Fleurs
Morcaschani Creolische Sängerin.
Pernane Bros Komiker.
Komsakoffs weibliche Kosaken.
Heloisa Titcomb
amerikanische Sänger.
The Austins austral Jongleure.
Patty-Frank-Truppe Turner.
Der Biograph.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr; Mittagsstsch.
In den unteren Sälen
jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:
Tanz.

Otto Pritzkows
Annonkäten - Anstellung
In jeder
Vorstellung
leberlei Kuriositäten!
Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder,
Riesen! Zwerge!
E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.*

Puppen-Fabrik
Otto Kreyssig, Brunnenstraße No. 119.
Wie seit Jahren bekannt, billigste und beste Bezugsquelle.
Reparaturen bei Einkauf von Graptellen **gratis!**

Charlottenburg.
Sonntag, 6. November, nachmittags 4 Uhr, im „Volkshaus“
Rosinen-Strasse 3: 250/18
Stiftungsfest des Wahlvereins.
Im großen Saale:
Konzert u. Theater. Auführungen v. Theaterverein „Barney“.
Im kleinen Saale: **Tanz.**
Nach Konzert u. Theater-Aufführung in beiden Sälen **Tanz.**
Näheres im Programm. Billett 25 Pf. Programm gratis.

Palast-Theater.
Burgstr. 22, früher Feen-Palast. Direktion: Rich. Winkler.
Gr. internationale Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas.
Heutige Ringkämpfe:
1. Romanoff (Russe) gegen Gabreder (Rämann).
2. Schmittlin (Belarabien) gegen Ködel (Dachern).
3. Dickmann (Belarabien) gegen Manzart (Belgien).
4. François de Ribber (Belgien) gegen Petroff (Bulgarien).
5. Falcon (Amerikaner) gegen Zurich (Russe).
Vorher: Spezialitäten. — Zum Zukunftsstaat. — Burleske in 1 Akt
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von 10-1 Uhr an der Kasse. Eröffnung 7 Uhr

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Beck- & Brauerei.

Fürs Volk das beste und so billig als möglich!
500 Zentner udmärktige Äpfel und Birnen von 6-25 Pf. pro Pfund stehen zum Verkauf bei
Fritz Wilke, Brunnenstr. 188. Amt III, 6325.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 63.
Das großartige Novemberprogramm
Neu! Lily Durand Neu!
mit ihrer Verwandlungsnnummer
Großstadtleben.
Neu! **Ostarr Trio** Neu!
großartige Kopfballete auf schwingendem Trapes sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Sanssouci.
Kottbuscher Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonnt., Mont., Donnerst.
Hoffmanns
Norddeutsche Sängere.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und
Mittwoch:
Theater-Abend.
Alle ausgegebenen Vorzugsarten gelten.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sängere.
Anfang 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Engros - Wurst - Versand.
Thür. Rot- u. Zwiebelwurst Pfd. 50 Pf.
Berl. Metw. u. Polnische „ 55 „
H. Kaiser-Jagdwurst „ 90 „
H. Thür. Kalbfleberwurst „ 90 „
H. Braunsch. Mettwurst „ 90 „
H. Drei Spezialitäten „ 110 „
Hausmacher Fleischwurst Pfd. 95 Pf.
Hausmacher Leberwurst „ 90 „
Westf. Landbratwurst „ 110 „
Die 3 Sorten sind ganz vorzüglich schön gewürzt, wer einmal probiert, bleibt ewig Kunde.
prima Holst. Schinkenw. „ 110 „
prima Holst. Cervelatw. „ 125 „
prima Holst. Salami „ 125 „
Feinste Meckl. Schlackw. „ 110 „
Feinste Meckl. Salami „ 110 „
Pomm. Schinkenspeck, sehr mager „ 95 „
Delik.-Schinken 1 1/2 - 3 Pfd. „ 105 „
schwer, mild u. mager „ 105 „
Ostpr. Landschinken „ 95 „
Landspeck, fett u. mager „ 65 „
B. Entnahm. v. 5 Pfd. Preisormäßig.
Central-Wursthalle, Andreasstr. 63.

Götz Kraft
Die Geschichte einer Jugend
in vier Romanbänden von Edward Stillebauer
Band I: Mit tausend Masten
Preis pro Band 4 Mark Auflage 40 Tausend Sehr spart geb. 3 Mark

Urteile über Band I
Berliner Tageblatt, Berlin. Das alles ist plastisch greifbar, in guter deutscher Sprache erzählt und trefflich komponiert. Der Dichter, denn das ist der Schilderer, hat alles in Lokalfarbe getaucht. Er bildet lebenswahre Kundgestalten. ... Lange noch mitern die Lichtstrahlen nach, die ihre Erscheinung in unsere Seele werfen.
Vossische Zeitung, Berlin. ... Völlig frei von Formalität, würdig und eindringend sind die mächtigen Versuchungen geschildert, die dem jungen Manne nicht erspart bleiben, die Vorgänge, die ihn den schweren Sieg über sich selbst gewinnen lassen, sind mit so viel Meisterschaft kombiniert und erzählt, daß wie die Leser bis zur letzten Seite in Spannung halten.
In ähnlichem Sinne urteilen viele Hunderte von Zeitungen
Berlin W. 57 Verlag von RICH. BONG

Centralverband der Glaser
Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Glaser!
Die Abstemmelung der roten Arbeitberechtigungskarten (zweite Wochentag) findet Freitag abend von 6 Uhr an statt bei Augustin, Lindenstr. 69 (Vormärts-Gebäude). Die Glaser werden ersucht, die Glaser auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen und nach den roten Karten zu fragen.
73/17 Die Tarifkommission. J. A.: G. Jahn.

Erwidernng.
Die Erwidernng des Herrn Bernau, Schwedische Str. 23/24, in Nr. 258 des „Vorwärts“ ist in allen Punkten nachweislich un wahr. Derselbe hält Herr Bernau Wort und veröffentlicht das gerichtliche Urteil wahrheitsgemäß. Zur Anstufung an Unterfertigten gern bereit, überläßt es der unterzeichnete Verein den Genossen, sich ein Urteil über die Anglegenheit zu bilden.
Sängerverein „Veritas“ (Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes)
J. A.: Bernh. Stämpel, Innmannellstr. 21.

Leihhaus
Berlin, Kastnerstr. 2, Charlottenburg, Friedrich Carlstr. 12.
Verleiher von Brillanten, Gold- und Silberwaren, Uhren, Bücher, Bälle, Kleiderstücke etc. 7112*

Hut-Zentrale
Oranienstr. 2 Mantelfabrik.
Großes Spezialgeschäft für Filz- u. Seiden-Hüte.
Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Handschuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.
Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 622L*

Das Neueste, Allerneueste ist **Kuroki-Likör.**
Unentbehrlich für Magenkränke, wirkt appetitanregend und verdauungsbeördernd. 1/2 Flasche 1 Mark, 1/4 Flasche 2 Mark.
Nur allein echt **Gustav Behm** 8152*
bei **Kuroki-Likör** sollte in keinem Haushalte fehlen.
Frankfurter Allee 120.
Geyerstr. 46.
Kinzdorf, Hermannstr. 46.

Joseph Cigaretten
Firstklassige deutsche Fabrik

Soeben erschien der zweite Band:
Im Strom der Welt
Auflage 30 Tausend

Die Geschichte einer Jugend
in vier Romanbänden von Edward Stillebauer
Band I: Mit tausend Masten
Preis pro Band 4 Mark Auflage 40 Tausend Sehr spart geb. 3 Mark

Urteile über Band I
Berliner Tageblatt, Berlin. Das alles ist plastisch greifbar, in guter deutscher Sprache erzählt und trefflich komponiert. Der Dichter, denn das ist der Schilderer, hat alles in Lokalfarbe getaucht. Er bildet lebenswahre Kundgestalten. ... Lange noch mitern die Lichtstrahlen nach, die ihre Erscheinung in unsere Seele werfen.
Vossische Zeitung, Berlin. ... Völlig frei von Formalität, würdig und eindringend sind die mächtigen Versuchungen geschildert, die dem jungen Manne nicht erspart bleiben, die Vorgänge, die ihn den schweren Sieg über sich selbst gewinnen lassen, sind mit so viel Meisterschaft kombiniert und erzählt, daß wie die Leser bis zur letzten Seite in Spannung halten.
In ähnlichem Sinne urteilen viele Hunderte von Zeitungen
Berlin W. 57 Verlag von RICH. BONG

Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgen. Deutschlands.
Mitgliedschaft Berlin II.
Todes-Anzeige.
Am 31. Oktober verstarb unser Mitglied
Franz Poley.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr auf dem Emmaus-Friedhof statt.
19/14 Der Vorstand.

Zentralverein für alle in der Hutbranche heschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
(Zentrale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Adolf Koschwitz
(Zentralidee)
verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Rieder-Schönhauser Kirchhofes, Buchholzerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Kraus- u. Blumenbinderei
von H. Eckert,
98. Kottbuscher Damm 98.*

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Gelegenheitskauf.
Die nachstehend verzeichneten Werke geben wir jetzt, so lange der Vorrat reicht, zu bedeutend ermäßigten Preisen ab:
Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Dulks sämtliche Dramen.
Alle drei Bände zusammen
Statt 3 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
Albert Dulks Gedichte.
Statt 1,50 M. 1 M.
Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht- u. Sammlung. Ausgegeben von Max Kugel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
Sturmlieder vom Meer.
Gedichte von Klara Müller. 231/6
Statt 2 M. 1 M.

Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Dulks sämtliche Dramen.
Alle drei Bände zusammen
Statt 3 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
Albert Dulks Gedichte.
Statt 1,50 M. 1 M.
Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht- u. Sammlung. Ausgegeben von Max Kugel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
Sturmlieder vom Meer.
Gedichte von Klara Müller. 231/6
Statt 2 M. 1 M.

Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Dulks sämtliche Dramen.
Alle drei Bände zusammen
Statt 3 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
Albert Dulks Gedichte.
Statt 1,50 M. 1 M.
Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht- u. Sammlung. Ausgegeben von Max Kugel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
Sturmlieder vom Meer.
Gedichte von Klara Müller. 231/6
Statt 2 M. 1 M.

Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Dulks sämtliche Dramen.
Alle drei Bände zusammen
Statt 3 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
Albert Dulks Gedichte.
Statt 1,50 M. 1 M.
Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht- u. Sammlung. Ausgegeben von Max Kugel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
Sturmlieder vom Meer.
Gedichte von Klara Müller. 231/6
Statt 2 M. 1 M.

Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Dulks sämtliche Dramen.
Alle drei Bände zusammen
Statt 3 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
Albert Dulks Gedichte.
Statt 1,50 M. 1 M.
Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht- u. Sammlung. Ausgegeben von Max Kugel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
Sturmlieder vom Meer.
Gedichte von Klara Müller. 231/6
Statt 2 M. 1 M.

Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Dulks sämtliche Dramen.
Alle drei Bände zusammen
Statt 3 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
Albert Dulks Gedichte.
Statt 1,50 M. 1 M.
Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht- u. Sammlung. Ausgegeben von Max Kugel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
Sturmlieder vom Meer.
Gedichte von Klara Müller. 231/6
Statt 2 M. 1 M.

Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Dulks sämtliche Dramen.
Alle drei Bände zusammen
Statt 3 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
Albert Dulks Gedichte.
Statt 1,50 M. 1 M.
Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht- u. Sammlung. Ausgegeben von Max Kugel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
Sturmlieder vom Meer.
Gedichte von Klara Müller. 231/6
Statt 2 M. 1 M.

Die Arme der Demokratie.
Eine Begründung der Notwendigkeit des Militärs in allen Kulturstaaten. Von Gaston Moth. Statt 4,80 M. 1,50 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Um die Freiheit. Gefährlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525, 3 Teile. Von Robert Schweichol. Statt 7,50 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 2 M.
Viktoria. Sozialer Roman in zwei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Helene. Roman in drei Büchern. Von Minna Kautsky. Statt 5 M. 2 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1 M.
Kunde von Hingendwo. Ein utopischer Roman von William Morris. Herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch. Statt 4 M. 2 M.

Albert Dulks sämtliche Dramen.
Alle drei Bände zusammen
Statt 3 M. 3 M.
Daselbe, gut broschiert und beschnitten 1,50 M.
Albert Dulks Gedichte.
Statt 1,50 M. 1 M.
Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht- u. Sammlung. Ausgegeben von Max Kugel. Illustriert von O. E. Lau. Statt 3 M. 1,50 M.
Sturmlieder vom Meer.
Gedichte von Klara Müller. 231/6
Statt 2 M. 1 M.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

83. Sitzung vom Donnerstag, den 8. November 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

In den Ausschuss für die Beratung des neuen Ortsstatuts betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sind u. a. gewählt die Stadtd. Borgmann, Hingke, Singer (Soz.); letzterer ist zugleich als Vorsitzender bestellt. Dem Ausschuss für die Vorlage betr. die Anstellung eines vierten besoldeten Vorstandsmitgliedes der Landes-Versicherungsanstalt Berlin gehören u. a. die Stadtd. Stadthagen und Schneider (Soz.) an.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Anträge Antrid (Soz.), die in voriger Sitzung nicht mehr zur Beratung gelangen konnten.

Von derselben Seite ist gestern der dringliche Antrag eingebracht worden:

den Magistrat zu ersuchen, die Wahlzeit für die 3. Abteilung (bei den Erwahlungen am 23. November im 22. und 30. Wahlbezirk) wie bisher in den Stunden von 9 bis 8 Uhr festzusetzen.

Der erste dieser Anträge Antrid geht dahin, den Magistrat zu ersuchen,

das Ortsstatut für die Kaufmannsgerichte so zeitig fertig zu stellen, daß das Kaufmannsgericht für Berlin am 1. Januar 1905 in Wirksamkeit treten kann.

Stadtd. Hingke (Soz.): Anfangs September sind die Ausführungsbestimmungen der beteiligten Ressortminister zu dem endlich zustande gekommenen Gesetz betr. die Kaufmannsgerichte ergangen. In der Verfügung ist den Städten über 20 000 Einwohner nahe gelegt, die Vorbereitungen so zu beschleunigen, daß die Gerichte am 1. Januar 1905 in Tätigkeit treten können.

Während von zahlreichen anderen Städten die Statuten schon bekannt geworden sind, hörte man in dieser Frage bis zu unserem Antrage in Berlin eigentlich nichts und das Gesetz schreibt vor, daß der Wahltermin 6 Wochen vor der Wahl bekannt gemacht sein muß.

Demnach scheint es uns nicht mehr möglich, bei uns diese Gerichte noch zu Neujahr in Wirksamkeit treten zu lassen. Man hat nun geltend gemacht, es seien keine Räumlichkeiten für das neue Gericht vorhanden. Das ist an sich bedauerlich.

Aber es ließe sich doch wohl in der ersten Etage des Gebäudes des Gewerbegerichts genügend Platz schaffen; wenn der Magistrat nicht weiß, wo er mit den Gegenständen des Märkischen Museums hin soll, steht ihm die benachbarte Markthalle in der Mauerstraße zur Verfügung, wo noch sehr viel Raum vorhanden ist.

(Heiterkeit.) Wir bitten Sie, unseren Antrag dahin anzunehmen, daß die Errichtung mit größter Beschleunigung erfolgt. Die Wünsche der Angestellten gehen zunächst dahin, den Wahltag auf einen Sonntag zu verlegen, wie sich dieser Tag auch als Wahltag für das Gewerbegericht bewährt hat.

Auch Charlottenburg hat die Wahl auf Sonntag gelegt. Ferner sollte Berlin als ein Wahlbezirk mit verschiedenen Abteilungen konstituiert werden. Von der Aufstellung von Wählerlisten wäre wie in München und Charlottenburg abzugehen; es sollte die Vorlegung eines Gewerbescheines bzw. eines Zeugnisses des Prinzipals als Legitimation genügen.

Die Handelsangelegenheiten haben den ferneren Wunsch, daß die Vorschlagsliste nur von 20 Wählern unterzeichnet zu sein brauche, um auch den kleinsten Gruppen eine Vertretung zu ermöglichen. Von einer Gebühren-erhebung bei den Gerichten sollte Abstand genommen werden, wie es in Charlottenburg geschehen ist.

Oberbürgermeister Rirchner: Wenn der Vorredner meint, es sei nur seinem Antrag zu danken, daß sich der Magistrat mit der Angelegenheit beschäftigt, so kann ich ihm diesen Ruhm nicht lassen. Der Antrag datiert vom 18. Oktober. Der Magistrat hat die erforderlichen Schritte sofort unternommen, nachdem die Ausführungsbestimmungen publiziert waren, und schon lange vorher hat er sich damit beschäftigt.

Die Lokalfrage ist bereits im August durch Beschluß erledigt worden für den Fall der Verbindung des Gerichts mit den Gewerbegerichten. Schon am 19. Oktober war der Entwurf eines Statuts fertig gestellt. Am 21. Oktober schickte der Magistrat eine Kommission zur Vorbereitung desselben ein; diese Kommission hat schon 2 Sitzungen gehalten und Sachverständige benannt, ist aber noch nicht fertig.

Nächsten Montag wird sie eine neue Sitzung abhalten. Den von ihr formulierten Entwurf muß der Magistrat beraten und feststellen, dann kommt er an Sie, und schließlich hat der Oberpräsident die Genehmigung auszusprechen. Die Bekanntmachung muß 1 1/2 Monate vor den Wahlen erfolgen, die Ansehensfrist beträgt 1 Monat. Es ist also ganz unmöglich, das Statut so zu verabschieden, daß es schon zu Neujahr in Kraft tritt.

Auf die Einzelheiten heute schon einzugehen, habe ich danach keine Veranlassung; liegt Ihnen das Statut vor, so werden Sie sich damit ex professo beschäftigen. Auch bei aller Emsigkeit wird es nicht möglich sein, das Gericht schon am 1. Januar ins Leben treten zu lassen. Es liegt kein gesetzlicher Zwang, auch keine Rücksicht auf irgend ein vitales Interesse vor. Bis zum Inkrafttreten dieses Sondergerichts werden die einzelnen Streitfachen wie bisher durch die ordentlichen Gerichte zu entscheiden sein, gegen die Sie doch nichts wesentliches einzuwenden haben werden. Eine Veranlassung zu einer Hast, die nur der Sache schaden würde, kann ich nicht sehen.

Lehnen Sie den Antrag ab, weil er überhaupt nicht zu erfüllen ist.

Stadtd. Rosenow (N. L.): Herr Hingke hat ja schon selbst seinen Antrag abgegeben. Die Rücksicht auf die eingehaltenen Fristen macht dieselben eigentlich gegenstandslos. Ich bitte nur schon heute den Magistrat, die Wahlen auf einen Sonntag zu verlegen, und Vermählung möchte ich einlegen gegen die Auffassung, daß die Kaufmannsgerichte nicht so dringend notwendig seien, weil die ordentlichen Gerichte die Streitigkeiten bisher sachgemäß entschieden haben. Der Reichstag hat eine andere Meinung zur Geltung gebracht.

Stadtd. Singer (Soz.): Nach den Erklärungen des Oberbürgermeisters hat der Magistrat in dieser Frage gewiß diligentiam prästiert, aber er ist bedauerlicherweise so schwättern und bescheiden gewesen, daß eigentlich kein Mensch von diesem Fleische etwas erfahren hat. Der Magistrat weiß doch sonst an die Öffentlichkeit zu treten, und mir will vorkommen, daß die offiziellen und privaten Berichterstatter des Magistrats etwas mehr davon hätten erfahren können. Im übrigen kann ich die Unmöglichkeit der Einführung für den 1. Januar nicht einsehen. Da das Gesetz selbst den 1. Januar 1905 als Einführungsstermin bestimmt, so hätte Berlin es eigentlich als noble officium für sich betrachten müssen, als erste Stadt auf dem Plane zu sein. Statt dessen sind andere Städte vorangegangen. Der Magistrat brauchte nicht auf die Ausführungsbestimmungen und auf das Normalstatut zu warten; er hat in seinen Mitgliedern unbedingt die Fähigkeit, selbst ein solches zu entwerfen. Die Berliner wissen aber jetzt wenigstens, daß das Kaufmannsgericht eingerichtet werden wird, und doch vielleicht jetzt etwas schneller, als es sonst der Fall gewesen wäre. Im Einverständnis mit meinen Freunden ziehe ich nach den Erklärungen des Oberbürgermeisters den Antrag zurück.

Von den Stadtd. Antrid u. Gen. war weiter folgender Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, schleunigst geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die gesundheitlichen Schädigungen der Berliner Bevölkerung zu verhindern, die durch die Einfuhr von Fleisch, das nur außerhalb unter-

sucht wurde, zu befürchten sind.

Es geht dazu der Antrag Cassel-Dinsl-Kommissen ein, den Magistrat zu ersuchen, mit der Stadtvorordneten-Versammlung in gemischter Deputation über die Abwehrmaßnahmen zu verhandeln.

Stadtd. Hoffmann (Soz.): Die Abänderung des Fleischbeschaugesetzes, nach welcher das bereits auswärts untersuchte Fleisch bei der Einfuhr in Berlin nicht mehr untersucht werden darf, hebt die Möglichkeit auf, welche nach dem Gesetze von 1881 vorhanden war, das Fleisch, auch das von den Gastwirten verwendete, vor der Verwendung nochmals zu untersuchen. Die Hoffnung, daß dieses Gelegenheitsgesetz nicht publiziert werden würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. In den Gemeinden mit Schlacht-hauszwang darf jetzt eine nochmalige Untersuchung nicht stattfinden, selbst wenn sie unentgeltlich ist. Die Novelle verdankt ihr Entstehen einem Antrag Arnberg — es scheint, daß dieser Name überall, wo er auftritt, dem deutschen Volke verhängnisvoll werden soll. Nur dem sachverständigen Sach- und Berufsamt des Polizisten soll fortan die Entscheidung darüber überlassen werden, ob das Fleisch frisch ist oder nicht. Die Städte sind dank der Unersättlichkeit der Agrarier jetzt dem fränkischen Fleisch in einer bisher nicht für möglich gehaltenen Weise preisgegeben. Zu verwundern ist es ja nicht, daß die Agrarier solches durchgesetzt haben, — man die Haltung der bürgerlichen Parteien ansieht; diese bröckeln jetzt etwas: — i der Rute, die sie sich bei der letzten Landtagswahl selbst haben binden lassen. Aber wenn das Geschlechtsmonopol der Herren so gemißbraucht wird, müssen wir Front machen auf alle Fälle, namentlich wenn es sich um direkte Gefahren für den Einwohner handelt. Die agrarische Presse leugnet diese Gefahr; es seien ja approbierte Tierärzte, welche das Fleisch auswärts untersuchen. Professor Epstein hat ausgesprochen in seiner „Dorf- und Stadthygien“, daß der Betrieb dieses Handwerks auf dem Dorf, wo er so gut wie unkontrolliert vor sich geht, mit dem wohlgeordneten Betriebe in der Stadt es nicht aufnehmen kann, aber selbst in Städten ohne Schlacht-hauszwang dürfte der Dorfschlächter hinter dem städtischen zurückbleiben, was Sauberkeit des Betriebes betrifft. Das sagt ein Mann der Wissenschaft, dem sich der Obertierarzt Espenhöfer zugesellt, der in der Medizinischen Gesellschaft auf diese Gefahr ebenso deutlich hingewiesen hat. Auf dem Lande ist die Sucht, inestisches Fleisch vor der Vernichtung zu retten und in den Handel zu bringen, sehr stark. Die Tierärzte auf dem Lande sind ungeheuer abhängig von den Agrariern selber; sie können nicht von der Untersuchung des Fleisches leben, so fern ihr Hauptberuf liegt auf einer ganz anderen Seite. Jassen sie ihr Amt streng aus und führen es radikal durch, so würden sie hypostrophiert und ruiniert werden. Es mangelt ihnen dann auch an Lebens- und Unterhaltungsbedürfnissen, ja auch diese ungenügenden gesetzlichen Bestimmungen vollständig. — Nun wird uns wiederholt gesagt, das ausländische Fleisch sei für das deutsche Volk schädlich, so schädlich, daß nicht einmal die inländische Untersuchung genügt; aber das inländische Fleisch, das Fleisch unserer Agrarier, ist für das deutsche Volk gut genug; (Große Heiterkeit.) — das Fleisch, welches unsere Agrarier von ihrem Schlachtvieh in die Städte liefern — ich glaubte, vor einer Versammlung zu sprechen, welche versteht, was ich meine; das Fleisch des Vaterländischen Ochsen sollen die Städter essen, ohne dabei das Gesicht zu verzieren. Die Unzuverlässigkeit der approbierten Tierärzte läßt sich durch zahllose Beispiele sehr eigentümlich illustrieren. In Düssel bei Frankfurt wurde festgestellt, daß man dort hochgradig tuberkulöses Fleisch als gesund abgestempelt hatte. Ein Schlächtermeister in Rißberg bei Rünenburg ist zu 8, der Tierarzt dort zu 4 Monaten aus ähnlicher Veranlassung verurteilt worden. Weitere Fälle werden aus Stettin gemeldet. Dort war u. a. eine mit Witzbrand behaftete Kuh als gesund abgestempelt worden. In Düsseldorf (Anruhe) — ja, es ist doch bei der Haltung der agrarischen Presse notwendig, diese Fälle genau anzuführen, auf die Gefahr hin, daß Ihnen nachher beim Abendbrot etwas unheimlich wird (Heiterkeit) — in Düsseldorf wurde ebenfalls bei einer gesunden „nationalen“ Kuh Witzbrand festgestellt. Es liegen ferner auch schon Fälle vor, welche nach dem 1. Oktober auftraten, nachdem also eine zweite Untersuchung nicht mehr möglich war. So aus Göttingen, wo Aciesinfester besteht. Da stellte sich eine angeblich gesunde Kuh als tuberkulös heraus; obwohl der Untersucher an der Lunge Eiterbläschen entdeckt hatte, hatte er das Fleisch für nicht gesundheitsschädlich erklärt. (Verdrossen.) Im Jahre 1903 wurde auf dem städtischen Schlachthof in Berlin von auswärts untersuchtem Fleisch beanstandet: 285 Rinderbiere, 98 Kälber, 4 Schafe, 24 Schweine, meist tuberkulös; im ganzen gab es 411 Beanstandungen in einem einzigen Jahre! Wobei zu bedenken, daß in Berlin bis zum 1. Oktober eine ganz scharfe Untersuchung stattfand und man also nur das beste Fleisch hierher lieferte. Nach dem 1. Oktober sind in der Markthalle zwei tuberkulöse Rinderbiere beschlagnahmt worden, die schon mit blohem Auge als verdorben zu erkennen waren. Große Bruchteile, bis zu 40 Proz., von auswärts importiertes Fleisch haben sich als gesundheitsschädlich festgestellt ergeben; das war bei der Kontrolle, wie soll es nun nach dem Fortfall der Kontrolle werden? Die deutschen Städte haben Millionen aufgewendet zum Schutze der Einwohner durch Errichtung von Schlachthäusern, diese Millionen werden mit einem Federstrich vernichtet! Der Reinickendorfer Fall der Stempelfälschung ist von der agrarischen Presse weiblich hergenommen worden zur Beschönigung des lichtscheuen Treibens der Agrarier. Es ist doch viel leichter, zu kontrollieren, ob Stempel der Stadt Berlin gefälscht werden, als zu beaufsichtigen, ob von den tausenden tierärztlichen Stempeln auf dem von auswärts kommenden Fleisch einer gefälscht ist. Die Unterbringung von kranken und verdorbenem Fleisch wird am allerersten in großen Städten versucht werden, und Berlin ist dieser Gefahr bei seinem ungeheuren Umfange am meisten ausgesetzt. Eine Reihe von Städten hat schon Gegenmaßnahmen getroffen. In Hannover hat Stadtdirektor Tramm auf die schweren Gefahren des Gesetzes hingewiesen; im Herrenhause diese Bedenken vorzutragen hatte er freilich keine Zeit gefunden! Er forderte das Publikum auf, nur bei Fleischern zu kaufen, welche alles Fleisch untersuchen lassen. Keimlich ist man in Frankfurt vorgegangen; städtische Polizeibeamte sollen dort im Schlachthause einen Kurfus durchwandern, um sich die erforderlichen Kenntnisse anzueignen. In Düsseldorf will man selbst vor einem Konflikt mit der durch und durch agrarischen Regierung nicht zurückweichen. In Stettin soll das eingeführte Fleisch gesondert feilgeboten werden. Da sollte es denn auch für Berlin Zeit sein, etwas zu tun. Im August hatte ich im Schlachthof-Auratorium vorgeschlagen, damit vorgehen, von der Stadt aus den Fleischern Schilder zu liefern, die nur hier untersuchtes Fleisch feilhalten. Ich kann mich nicht für die Plakate begeistern, sondern bin für weißlini leuchtende Schilder, meinestwegen aus Emaille, vielleicht nach dem Muster des Rolandbrunnens. Dort ist es ein Adler, der den Bären niederhält; hier möge es ein Bär sein, der den Agrarier niederhält. (Große Heiterkeit.) Die Berliner Fleischer würden gewiß fast ohne Ausnahme darauf eingehen, um ihren guten Ruf zu wahren. Die Markthallen-Deputation hat ja jetzt beschlossen, auch die Aufhängung von Plakaten zu gestatten. So etwas muß aber von Stadt wegen gemacht werden, so daß die Leute auch zu fassen sind und ihnen die Schilder entzogen werden können, wenn sie betrügerische Manipulationen machen. Auch die übergroße Zahl der Fleischereien und Restaurationen würde sich bereit finden, solche Plakate aufzuhängen. Die gesonderte Plazierung in den Markthallen wäre freilich die Hauptsache. Dann müßte die Presse interessiert werden. Auch an die Ärzte müßte appelliert werden, wie schon in Königsberg geschehen. Vielleicht lassen sich auch die Stempel anders und deutlicher formen. Es wäre vielleicht auch an der Zeit, einen neuen deutschen Städtebund nach Art der Hansa gegen das moderne agrarische Raubgesindel zu gründen. (Heiterkeit.) Dann ließe sich wenigstens eine brauchbare Statistik gewinnen. Vom 1. bis 29. Oktober 1903 wurde auf dem städtischen Schlachthofe untersucht von auswärts eingebrachtes Fleisch: 19 497 Rinder, 7558 Kälber, 2039 Schafe, 10 814 Schweine; in derselben Zeit 1904 nach dem Inkrafttreten des Gesetzes nur 2829 Rinder, 5259 Kälber, 873 Schafe, 3008 Schweine. Die Untersuchung hat abgenommen um 19 000 Rinder, 2000 Kälber, 1668 Schafe und 7600 Schweine. Es ist also eine ungeheure Gefahr vorhanden. Da dürfen wir

uns nicht von Parteiunterschieden leiten lassen; nur die gemeinsame Pflicht, Leben und Gesundheit der Einwohner zu bewahren, muß uns bei unserem Vorgehen bestimmen. Ich freue mich, daß Kollege Rosenow gestern Abend noch im letzten Augenblick eine Verammlung inszeniert hat, um der Sache Nachdruck zu geben. Dem gestellten Antrage auf Deputationsberatung können wir beistimmen. Gehen Sie nach dem Vorstoß in puncto Selbstverwaltung über zu einem Vorstoß der Selbsthilfe gegen die höflichste, schrankenlose agrarische Gesetzesausbeutung! (Lebhafte Beifall.)

Stadtd. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.): Das Verderbliche der Gesetzesänderung ist heute und schon früher im Abgeordnetenhaus und besonders durch die vorzügliche Rede des Oberbürgermeisters Rirchner im Herrenhauseargetan worden. Das Gesetz zeigt geradezu eine Prämiierung auf die schlechte, auf die minderwertige Viehzucht. Wir haben einen Weg, uns gegen diese Nachteile zu wehren, indem wir in den Markthallen eine Unterscheidung zwischen dem hier und dem nur auswärts untersuchten Fleisch eintreten lassen. Was die Markthallen-Deputation gestern beschlossen hat, ist ungenügend. Es darf nicht „gestattet“, sondern es muß angeordnet werden, daß diese Sonderung eintritt und durch Plakate kenntlich gemacht wird. In die Markthallen darf nur nachuntersuchtes Fleisch eingelassen werden. Eine Verweigerung würde dadurch nicht eintreten können, für das als nachuntersucht verbürgte Fleisch würde aber ein guter Preis zu erzielen sein. Ebenso würde eine gewisse Sicherung durch Plakate der Fleischer und Restauration erreicht werden, wenn auch die Möglichkeit von Durchstechereien nicht ganz ausgeschlossen werden wird. Wenn die Deputation rasch arbeitet und auch die Bevölkerung namentlich von den Herren Vertretern der Sozialdemokratie aufgeklärt wird, können wir vielleicht zu einer wirksamen Abwehr dieses volksverderblichen Gesetzes.

Stadtd. Cassel (N. L.): Irgend eine materielle Differenz über den Charakter dieses Gesetzes besteht nicht. Noch vor wenigen Jahren hätte man ein so volksfeindliches Gesetz in Preußen für unmöglich gehalten. Nach dem umfassenden Material des Kollegen Hoffmann ist weiteres Eingehen auf das Materielle nicht mehr nötig. Es wird in der gemischten Deputation u. a. auch überlegt werden müssen, wie weit wir die Bürgerschaft zur freiwilligen Einreichung in die Organisation der Abwehr bestimmen können. Auch selbst mit dekretierten Opfern müssen wir das Mögliche tun, um die drohenden Schädigungen zu verhindern. Es liegt hier eine Einstimmigkeit der Anschauung vor, wie sie erfreulicherweise schon neulich bei anderer Gelegenheit erzielt worden ist. Diese einmütige Abwehr der Feinde und Verkümmertes unserer städtischen Selbstverwaltung wird hoffentlich ihren Eindruck nicht verfehlen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Rirchner gibt eine Uebersicht über die rechtliche Lage der Angelegenheit und führt dann aus: Wir haben etwa 15 000 gewerbliche Stätten, wo Fleisch verwendet wird. Jetzt soll sich die allein noch in Betracht kommende polizeiliche Kontrolle auf alle diese 15 000 Stätten erstrecken! Das ist eine Unmöglichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Im Oktober d. J. sind nur etwa 26 Proz. Fleisch des Quantums vom vorigen Oktober untersucht worden, 75 Proz. sind ununtersucht hereingekommen. Dabei hat man nicht gehört, daß die Polizei nun besondere Kontrollmaßnahmen eingeführt hat. (Hört! hört! und Bewegung.) Wir müssen daher sehen, wie wir uns selbst schützen. Für uns scheiden alle Maßnahmen aus, die andere Städte auf Grund ihrer Polizeigewalt treffen können, denn wir besitzen letztere nicht. Der Weg, den Herr Nathan angab, nur noch untersuchtes Fleisch in die Markthallen einzulassen, ist nicht gangbar; das Gesetz läßt das nicht zu. Wir werden ja alles versuchen, aber es wird unmöglich sein, damit die Schäden des Gesetzes zu beseitigen. Wir haben in den Markthallen nur 800 Kleinhandlärer; was bedeuten diese gegen 15 000? Wir dürfen die Bevölkerung nicht in falsche Sicherheit wiegen. Die Metzger müssen auflaufend wirken, im übrigen aber muß die intelligentere Einwohnerschaft sich selbst zu schützen suchen.

Stadtd. Goldschmidt (N. L.) protestiert gegen die agitatorische Art, wie der Begründer des Antrages die Sache parteipolitisch auszubeden unternehmen habe. Bei den letzten Wahlen habe gerade die Sozialdemokratie die Schuld getragen, wie Teslow, Weiskow und Breslau betrieben.

Stadtd. Rosenow geht näher auf die gestrige Protestversammlung in der Reuen Philharmonie ein, die sich einmütig für die Annahme des Antrages Antrid ausgesprochen habe, und weist die „Unterstellung“ Hoffmanns zurück, als habe man damit im letzten Augenblicke der Verhandlung des Antrages ein wenig das Präsenziere spielen wollen. Die Versammlung zeige, daß auch die Bürgerschaft nicht mehr gewillt sei, die Schläge von den Agrariern einfach hinzunehmen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtd. Nathan auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters bemerkt

Stadtd. Hoffmann: Das Konzept meiner Rede lasse ich mir von Herrn Goldschmidt nicht vorschreiben. Wenn er meinte, ich sollte die Logik bei meinen Genossen suchen, so werde ich das stets tun, denn bei ihm habe ich keine gefunden.

Damit schließt die Beratung.

In persönlicher Bemerkung will Stadtd. Goldschmidt sich mit dem Stadtd. Hoffmann auseinandersetzen, kommt aber dabei wiederholt mit dem Vorsitzenden in Konflikt und ruft mehrfach stürmische Heiterkeit hervor.

Der Antrag Cassel wird einstimmig angenommen. Nunmehr greift der Vorsitzende auf den oben angeführten Dringlichkeitsantrag zurück. Ein Einspruch gegen die Dringlichkeit wird nicht laut. Der Antrag kommt zur Verhandlung, nachdem vorher beschlossen ist, die Beratung des ferneren Antrages Antrid betreffend die polizeilichen Uebergriffe im städtischen Obdach von der heutigen Tagesordnung abzulehnen.

Stadtd. Borgmann (Soz.): Ich werde mich möglichst kurz fassen (Lebhafte Beifall). Der Magistrat hat für die dritte Abteilung diesmal eine kürzere Wahlzeit festgesetzt; wir haben für diese Aenderung aus heiler Haut kein Verständnis. Die arbeitende Bevölkerung hat sehr oft, um ihr Wahlrecht auszuüben, ihre Arbeitszeit vergeuden müssen, und darum hat man sich zu dem Termin von 8 Uhr abends verstanden, und es spielt sich der Wahlakt nunmehr in aller Ruhe ab. Die Verkürzung auf 7 Uhr würde dagegen die stürmische Art des Wahlvorganges, die wir glücklicherweise immer befehligen glaubten, wieder aufleben lassen. Meinen die Wahlvorsteher wirklich, nicht die Wahlhandlung bis 8 Uhr leiten zu können, so kann ich genügend Ertrag stellen. (Heiterkeit und Anruhe.) Jedenfalls bitte ich, die Zeit am Abend keiner Einschränkung zu unterwerfen.

Stadtd. Bohm: Den Magistrat haben lediglich Zweckmäßigkeitsgründe geleitet. Jedem Wahlberechtigten soll jede Erleichterung der Ausübung der Wahl zuteil werden. Es ist keineswegs immer bis 8 Uhr gewählt worden, sondern erst seit Ende der neunziger Jahre, wo wir gezwungen wurden, die Wahl in einem einzigen Lose für jeden Bezirk vorzunehmen. Die wiederholten Klagen der Wahlvorstände, daß die Zeit von 9—8 Uhr zu lang ist, daß sie vormittags unbeschäftigt und mit der Feststellung des Resultates bis tief in die Nacht hinein besetzt seien, haben zu einer Umfrage geführt, aus der sich ergibt, daß die meisten Wahlvorsteher die Zeit bis 8 Uhr für zu lang erklärten. Der neue Vorschlag geschieht nur verfahrensweise; ist die Versammlung anderer Meinung, so würde dem Rechnung zu tragen sein.

Stadtd. Borgmann: In der Zeit von 7—8 Uhr abends haben, wie festgestellt, bis zu 20—25 Proz. der Wähler ihre Stimme abgegeben. Eine große Zahl Arbeiter kann nicht früher kommen, und es liegt gar keine vernünftige Veranlassung vor, sie zu zwingen, eine Stunde ihrer Arbeitszeit zu opfern, bloß aus Bequemlichkeit für die Herren Wahlvorsteher. Ich bitte Sie daher nochmals, unfrem Antrag zuzustimmen. Der frühere Zustand war so ungeheuerlich, daß man ihn nicht wieder heraufbeschwören wollen wird.

Stadtv. Cassel: Wir haben gar keine Gelegenheit gehabt, den Antrag vorzubringen, da er uns nicht mitgeteilt war. Ich verleihe allerdings auch nicht, weshalb der Magistrat von der Stunde um 8 Uhr abzuweichen will. Ich hoffe die Magistratsgründe noch heute zu hören. (Rufe: Ist ja geschick! Weiterkeit.) Dann muß das sehr rasch gegangen sein; ich war nur wenige Minuten draußen. Im Interesse der Wahlfreiheit bin ich jedenfalls auch diesmal für 8 Uhr. (Beifall.)

Stadtv. Marggraf (Soz.-Fortführ.) erklärt sich ebenfalls für das bisherige Verfahren.

Stadtv. Borgmann: Wir konnten mit dem Antrage nicht früher kommen, da wir nicht früher von der Ausschreibung wußten.

Stadtv. Dinsie (N. L.) begreift auch nicht, wie der Magistrat zu dieser Verschlechterung kommt, tritt dem Antrage Borgmann bei und erweitert ihn dahin, auch die frühere Wahlzeit der I. Abteilung aufrecht zu erhalten.

Stadtv. Jacobi (N. L.) schließt sich dem Antrage Dinsie an. (Beifall.)

Stadtv. Cassel bleibt dabei, daß von diesem Antrage den Fraktionen vorher hätte Kenntnis gegeben werden müssen.

Stadtv. Singer: Die Fraktion des Herrn Cassel behandelt uns auch ihrerseits nicht so freundlich, und von ihren Anträgen Kenntnis zu geben.

Stadtv. Cassel: Dieser Antrag stand nicht auf der Tagesordnung; wir wußten also gar nichts von ihm. Wenn sie und nicht mitgeteilt werden, würde nichts übrig bleiben, als die Diskussion zu vertagen.

Nachdem **Stadtv. Borgmann** im Schlußwort gegen diese Drohung protestiert und event. Vergeltung mit gleicher Münze in Aussicht gestellt hat, wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Der preussische Fiskus als Großaktionär und die Unternehmensschmerzen der Kohlenindustriellen.

Vor einigen Tagen landete die „Frankfurter Zeitung“ an, daß das national-liberale Jutwel im Strahlentanz des Ministeriums, Handelsminister Müller, auch nach dem Ausfall der letzten Generalversammlung der Hibernia noch fest entschlossen sei, der Dresdner Bank die von ihr aufgekauften Hibernia-Aktien abzunehmen, und deshalb die Regierung schon in aller nächster Zeit an den preussischen Landtag eine entsprechende Geldforderung richten werde. Die Nachricht ist von einigen Blättern bezweifelt worden, vielleicht weil ihnen die preussische Regierung in der Rolle des Großaktionärs einer Aktiengesellschaft doch allzu kurios vorkam. Und tatsächlich ist eine Regierung, die sich von der Volksvertretung Geld erbittet, um diese in Aktien einer privaten Gesellschaft anzulegen, bisher in der Staatengeschichte ein höchst eigenartiges Ansehen. Dennoch behauptet die „Frankfurter Zeitung“, es sei nicht daran zu zweifeln, daß die Regierung die Hibernia-Aktien der Dresdner Bank zu übernehmen gedenkt. Schon in kürzester Frist werde dem Landtage eine hierauf bezügliche Vorlage zugehen, und zwar wolle der Fiskus die Aktien zum Kurse von 240 Proz. mit 6 Proz. Kommissionsgebühr für die Dresdner Bank, also zum Satz von 245 Proz. übernehmen.

Die Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses, in der diese Vorlage zur Beratung kommen wird, dürfte hochinteressant werden. Zwar ist bei der eigenartigen Zusammensetzung des preussischen Dreiklassenparlamentes wohl kaum darauf zu rechnen, daß eine Ablehnung der Vorlage erfolgt; aber hoffentlich wird die Genialität der Exzellenz Müller in der Debatte richtig gewürdigt.

Allerdings noch seltsamer als die Rolle der Regierung ist die, welche die rheinische Kohlen- und Hüttenindustrie in der Verstaatlichungs-Komodie spielt. Die pathetischen Deklamationen, mit denen sie gegen die Verlegung der Grundlagen „unseres“ auf „dem Prinzip des anerkannten und geschützten Privateigentums und der Individualwirtschaft aufgebauten“ Staatswesens zu Felde zieht, zwingen wider Willen zum Lachen, zumal wenn man mit den Redensarten vom freien Wollen der Kräfte die Praktiken der großen Syndikate der Montanindustrie vergleicht. Die neueste Leistung auf diesem Gebiete der unfreiwilligen Komik ist folgende Petition, die von der Vereinigung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks, umfassend die Handelskammern zu Essen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Osnabrück und Ruhrort, unterm 1. d. M. an die beiden Häuser des preussischen Landtages gerichtet worden ist:

„Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der von der königlichen Staatsregierung geplante Ankauf der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia die Verstaatlichung weiterer Kohlengruben, auch gegen den Willen der derzeitigen Regierung, zur Folge haben wird, und im Hinblick darauf, daß eine auch nur überwiegende Verstaatlichung des Bergbaues aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen auf das nachdrücklichste bekämpft werden muß, richtet die Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks an die beiden Häuser des preussischen Landtages die dringende Bitte, jedem auf einen Ankauf von Bergwerken des hiesigen Bezirks gerichteten Vorgehen der Staatsregierung die Zustimmung zu versagen.“

Zur Begründung dieser Petition wird ausgeführt, daß durch die Verstaatlichung der Hibernia sich der Bergbau (soll heißen die Kohlenmagnaten und die mit ihnen koalierte Bankfinanz) sehr beeinträchtigt fühle, daß durch sie „die gedeihliche Weiterentwicklung der industriellen Tätigkeit auf dem Weltmarkt“ (was dieser Ausdruck belegen soll, vermögen wir als gewöhnliche Sterbliche nicht zu entdecken) in Frage gestellt würde, und daß nach der Verstaatlichung der Hibernia die Regierung leicht zu weiteren Verstaatlichungsversuchen gedrängt werden könnte usw. Auch die Besorgnis um das Einkommen und die Unabhängigkeit der Arbeiter sehen unter den „Gründen“ nicht; so heißt es beispielsweise in dem Schriftstück:

„Die Verstaatlichung des Bergbaues liegt auch nicht im Interesse der Arbeiter- und Beamtenschaft. Die Einkommensverhältnisse der Bergarbeiter im Ruhrkohlenrevier sind günstiger als in allen anderen Revieren. In der sozialen Fürsorge für die Arbeiter dürfen die Privatgüter angelehnt ihrer Leistungen auf dem Gebiet des Wohnungswesens, der Unterhaltungsanstalten u. a. m. den Vergleich mit staatlichen Betrieben ganz gewiß nicht scheuen. Wir bezweifeln auch, ob der einzelne Bergmann bei seinem stark entwickelten Unabhangigkeitsgefühl den zentralisierten staatlichen Bergbau dem zerstückelten Privatbesitz vorziehen möchte.“

Neben diesen und einigen anderen gleichwertigen Gründen findet man in der Petition jedoch auch mehrere gegen den fiskalischen Bergwerbsbetrieb gerichtete nette Vorschläge, so daß man, wenn nicht aus anderen Teilen des Schriftstückes eine so belustigende Unternehmern-Ratibetät spräche, fast zu dem Schluß kommen könnte, einer der Verfasser sei ein kleiner Schalk, der die Gelegenheit benutzte, den Herren am Regierungstisch einige niedliche Sottisen zu sagen. Betreffs der offiziellen Behauptung, die Regierung suche einen Einfluß auf die Preisstellung im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zu gewinnen, heißt es z. B.:

„Auch jetzt noch wird diese beabsichtigte preisregulierende Tätigkeit des Fiskus von Seiten der Kohlenindustrie nicht im mindesten gefährdet, da nicht zu erwarten steht, daß die Ansprüche des Fiskus an die Höhe des Ertrages seiner Fischen unterhalb derjenigen Grenze sich befinden könnten, welche die

maßvolle Preispolitik des Kohlenindikats als den Marktverhältnissen und Selbstkosten entsprechend erachtet würde. Der Eintritt des Fiskus in den hiesigen Bergbau wurde sogar willkommen gehalten, auch aus dem Grunde, weil man es für erwünscht hielt, daß der Staat an seinem eigenen Leibe erführe, wie seine Verfügungen in der Praxis wirkten. Man sagte sich, daß der Staat als Unternehmer unter Umständen einen wirksamen Schutz gegen den Staat als Vergünstiger abgeben könnte.“

Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. L. Schwarzkopff. Obgleich der Umsatz im letzten Geschäftsjahr um ungefähr 1200 000 Mark hinter dem des vorausgegangenen Geschäftsjahres zurückgeblieben ist, stellt sich der Reingewinn ebenso hoch — 1 188 799 gegen 1 187 044 Mark —, so daß wieder 10 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen.

Die Aussichten für das nächste Geschäftsjahr sind nach dem Bericht recht günstig. „Für unsere sämtlichen Abteilungen“, heißt es darin, „liegen an Aufträgen, einschließlich der aus dem Vorjahre herübergenommenen unerledigten Bestellungen, gegenwärtig rund 8 250 000 Mark vor, so daß in Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Bestellungen und der bevorstehenden Lokomotivvergebung der preussischen Staatseisenbahnverwaltung wir auch für das gegenwärtige Geschäftsjahr auf ein ähnliches befriedigendes Ergebnis hoffen.“

Kohlenlager-Brände. Im Ruhrorter Hafen brennen gegenwärtig, wie die „National-Zeitung“ meldet, das Kohlenlager der Firma Niesel mit einem Inhalt von ca. 50 000 Zentner, wovon 20 000 Zentner verloren sind, ferner der Seeche Rheinpfeulen, wovon 10 000 Zentner verloren sind, außerdem das Lager der Firma Widmann u. Müller mit etwa 30 Doppelwagen Magertohlen.

Die Hamburg-Amerika-Linie dehnt ihre Flotte mächtig aus. Der Wert von Seebädern in Bremerhaven und den Howaldtwerken in Kiel ist je ein Dampfer in Auftrag gegeben. Hierzu kommen eine ganze Anzahl anderer Werften, so ebenfalls für die Gesellschaft Dampfer erbaut werden, und zwar auf der Vulkan-Werft in Stettin und bei Harland u. Wolff in Belfast die beiden Riesendampfer „Kaiserin Auguste Viktoria“ von etwa 25 000 Brutto-Registertons und „Amerika“ von 22 500 Brutto-Registertons. Sie sollen nach Fertigstellung in die New Yorker Linie eingestellt werden. Bei der Bremer Vulkan-Werft sind drei Dampfer in Auftrag gegeben, welche die Namen „Mhenania“, „Maetia“ und „Augia“ erhalten werden. Es werden diese Schiffe von 5000 Brutto-Registertons in die Ostasiatische Fahrt eingestellt werden. Für den Truppentransport befindet sich auf der Germania-Werft in Kiel ein Dampfer im Bau, der den Namen „Vorussia“ erhalten soll. Ein Schiff von 7600 Tons. Die Werften von Blohm u. Böh, die Neiherrstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik und die Werft der Hensburger Schiffbau-Gesellschaft haben je einen Dampfer im Bau und außerdem werden auf der Germania-Werft in Kiel und auf der Werft von Fairfield in Glasgow die Dampfer „Wittelsbach“ und „Fürst Bismarck“ von je 8800 Tons erbaut.

Die Flotte der Hamburg-Amerika-Linie wird um fünfzehn Dampfer erhöht mit einer Gesamttonnage von 117 850 Brutto-Registertons. Die Gesellschaft wird mit den genannten Schiffen eine Zahl von 141 Seeschiffen besitzen mit insgesamt 711 898 Brutto-Registertons.

Japanische Finanzen. Die Rußland befindet sich auch Japan in einer Finanzlemme. In dem neuen Budget für 1905 werden die Kriegskosten auf 770 Millionen Yen (1 Yen = ca. 2 Mark) veranschlagt. Aufgebracht werden sollen davon 90 Millionen Yen durch Steuererhöhungen und 70 Millionen Yen durch Aufschlag öffentlicher Arbeiten. Der Rest von 610 Millionen Yen bleibt durch Anleihen aufzubringen, wovon man den größten Teil im Inlande plazieren zu können hofft. Wie erinnerlich, ist Japan bereits im laufenden Jahre viermal an den Geldmarkt herantreteten, einmal durch die englisch-amerikanische Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling im Mai und dreimal durch innere Anleihen von 100, 100 und 80 Millionen Yen im Mai, Juni und September. Seine Staatsschuld, die am 31. März 1904 auf 684,92 Millionen Yen sich belief, ist dadurch bereits auf 945 Millionen Yen angewachsen. Sie würde sich durch die Ausführung des neuen Kriegsbudgets auf 1555 Millionen Yen erhöhen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Den Parteigenossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr, in allen Berliner Kreisen öffentliche Versammlungen stattfinden. Tagesordnung: Bericht der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein Die Vertrauensleute Berlins.

Genossinnen, Genossen! Am Dienstag, den 8. November, findet im Moabiters Gesellschaftshaus, Bielefeldstraße, eine Volksversammlung statt. Näheres durch spätere Annoncen.

Die Vertrauensperson.

Charlottenburg. Am Montag, den 7. November, abends pünktlich 9 Uhr, beginnt Dr. Konrad Schmidt im Volkshaus einen Zyklus von wissenschaftlichen Vorträgen mit anschließender Diskussion, durch welche die Hörer in die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Sozialismus eingeführt werden sollen. Der Besuch dieser Vorträge, die im November und Dezember an jedem Montag stattfinden werden, steht unentgeltlich jedermann, auch weiblichen Personen, frei.

Syandau. Mit Rücksicht auf den Vortag findet der Zahlabend für alle Bezirke bereits am Mittwoch, den 9. November, statt!

Zegel. Montag abend 9 Uhr findet eine Volksversammlung in Krapps Festhale statt, in welcher Genossin Waader über „Die Frau und die herrschende Klasse“ spricht. Handzettelverteilung Sonntag früh.

Vorsigwalde. Sonntag nachmittag 4 Uhr findet im Lokal von Rube eine Volksversammlung statt, in welcher Genossin Threr-Bankow über „Die Frau und der Sozialismus“ spricht. Handzettelverbreitung Sonnabend abend.

Waldmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend 9 Uhr im Forsthaus in Hermsdorf statt. Herr Maspuhl spricht über „Die Berufsbeurteilung der ländlichen Arbeiter“.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten standen nicht weniger als vier Anträge, die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht waren. Der vierte Antrag wurde als dringlich erst im letzten Augenblick eingefügt. Dafür wurde dann ein anderer wegen vorgerückter Zeit abgesetzt.

Der Antrag, der vom Magistrat eine schnellere Fertigstellung des Disstatuts für das Kaufmannsgericht fordert, war schon vor zehn Tagen ab, aber ein paarmal hatte man die Beratung vertagt. Gestern begründete unser Genosse Hingz den Wunsch nach größerer Eile mit dem Hinweis auf andere Städte, die mit ihrem Statut bereits fertig seien, und rügte die Langsamkeit, mit der der Berliner Magistrat diese Sache betrieb. Im Anschluß daran trug Hingz eine Reihe von Wünschen vor, die zum Disstatut aus Gehälternkreisen laut geworden sind: Verlegung der Wahl auf einen Sonntag, Einführung der Gebührenfreiheit usw. Oberbürgermeister Kirchner erklärte, man arbeite am Statut, aber unendlich sei es, so zeitig

fertig zu werden, daß das Kaufmannsgericht nach dem Wunsche der Antragsteller am 1. Januar 1905 seine Tätigkeit beginnen könne. Der sozialdemokratische Redner hatte darauf hingewiesen, daß ja inzwischen einiges über die Arbeiten des Magistrats bekannt geworden sei. Herr Kirchner versicherte hierzu, der Magistrat sei nicht erst durch den Antrag zur Eile angetrieben worden. Für die Verspätung fand er kein Wort des Bedauerns. Seien die Handlungsgehältern, sagte er, bisher mit der gewöhnlichen Rechtsprechung ausgekommen, so würden sie es wohl noch länger aushalten. Herr Kirchner ist wohl kein Freund der Kaufmannsgerichte? Genosse Singer deutete die Worte des Oberbürgermeisters in diesem Sinne. Den heimlichen „Fleiß“, mit dem der Magistrat am Statut gearbeitet haben soll, pries Singer. Herr Kirchner verstand, wie's gemeint war. Es blieb schließlich nur übrig, sich mit der oberbürgermeisterlichen Erklärung zu begnügen, daß an ein Fertigwerden nicht zu denken ist, und den Antrag als erledigt zurückzuführen.

Auch der Antrag, der die Gefahren der Einfuhr des nur außerhalb unterjochten Fleisches betraf und Maßnahmen hiergegen forderte, war schon vor vierzehn Tagen eingebracht worden. Genosse Hoffmann begründete ihn mit einem sehr umfangreichen Material, das auf die Unzuverlässigkeit auswärtiger Untersuchungen ein recht bedenkliches Licht warf. Wegen das vom Ausland kommende Fleisch hat man, so führte unser Redner aus, und „geschätzt“, zur großen Befriedigung der Agrarier. Aber das Fleisch, das die Agrarier liefern, soll die Bevölkerung essen, obwohl keine Sicherheit gegen Gesundheitschädigung gegeben ist. Hoffmann empfahl Selbstkäufe. Das außerhalb unterjochte Fleisch müsse gefondert verkauft werden, und das Publikum möge es dann meiden. Seine Mahnung zur Einigkeit und zu gemeinsamer Abwehr fand lebhaften Beifall fast bei allen Gruppen der Versammlung. Die Debatten, zunächst die Reden der Herren Nathan (Soz.-F.) und Cassel (N. L.), ergaben volle Einmütigkeit. Oberbürgermeister Kirchner erklärte es für unmöglich, die durch die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes geschaffenen Gefahren zu beseitigen. Die Bevölkerung müsse sich hier selber zu helfen suchen. Daß die Polizei besondere Maßregeln ergriffen habe, sei bisher nicht bekannt geworden. Die Redner der „Neuen Linken“ Goldschmidt und Rosenow fanden nur noch wenig Aufmerksamkeit. Goldschmidt wehrte sich heftig, aber erfolglos gegen Hoffmanns Bemerkung, daß die freisinnigen nun von den Agrariern die Rute bekommen, die sie bei den Landtagswahlen haben binden helfen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig für Einsetzung einer gemischten Deputation, die über Abwehrmaßnahmen beraten soll.

Der dringliche Antrag richtete sich gegen die vom Magistrat verfügte Beschränkung der Wahlzeit bei den Stadtverordneten-Wahlen. Genosse Borgmann forderte Zurücknahme dieser Verfügung, die vielen Arbeitern die Beteiligung an der Wahl unmöglich macht. Stadtrat Bohm meinte, man müsse doch auch auf die Wahlvorbereitungen Rücksicht nehmen, die sonst zu spät nach Hause kommen würden. Gegen diese klassische Begründung wandte sich Borgmann unter großer Anruhe der Versammlung. Nachher kam Herr Dinsie (Neue Linke) auf die Idee, man solle die Beschränkung für die 3. Abteilung wieder aufheben, aber auch für die 1. Abteilung, die gleichfalls eine Erziehung vorzunehmen hat. Das fand dann den Beifall selbst des Herrn Jacobi, und man beschloß so. Der Magistrat wird sich hoffentlich nun auch nicht länger dagegen sperren.

In geheimer Sitzung beschloß man Einsetzung einer gemischten Deputation, die dem Kronprinzen ein Hochzeitsgeschenk auszusuchen soll. Von unserem Genossen Singer wurde dagegen gesprochen, aber die freisinnige Mehrheit wollte sich in ihrem Schenkeisier nicht stören lassen. Soll ja jetzt „Geld genug“ im Stadtsäckel sein! Da darf man sich die Loyalität schon etwas kosten lassen.

Handlungsgehältern danken sich etwas Besseres zu sein als Arbeiter. Es beleidigt sie noch tiefer, wenn sie, die Angehörigen des Kaufmannsstandes, dem Proletariat zugerechnet werden. Und doch werden gerade die Angestellten der Kaufmannsgeschäfte von ihren Prinzipalen zum Teil mit einer Nichtachtung behandelt, die ein Arbeiter sich nimmermehr gefallen läßt. Als Beispiel eines Halsabschneider-Vertrages veröffentlicht das Handlungsgehältern-Blatt die Bedingungen, welche die Firma J. G. Simon in der Reinholdsdorferstraße 8 für ihre Angestellten festsetzt:

„Ich erkläre Ihnen hiermit ausdrücklich, daß ich für die Zeit, wo ich im Geschäft nicht tätig bin, sei es auch wegen Krankheit oder sonstigem unverschuldeten Unglück, auf Gehalt verzichte. ... Sollte ich länger als acht Tage krank sein, so gilt das Engagementsverhältnis (von meiner Seite) als aufgelöst, unter Verzichtleistung auf jede Entschädigung. Es steht Ihnen frei, mich in jedem Ihrer Geschäfte gleich wo zu beschäftigen und habe ich sofort ohne sonstige Entschädigung Ihrem Wunsche Folge zu leisten, andernfalls haben Sie das Recht, mich sofort zu entlassen und ich verzichte dann auf jeden Anspruch auf Gehalt usw. Mündliche Vereinbarungen haben keine Gültigkeit, sondern nur die schriftlich vereinbarten Bedingungen. Die Geschäftszeit dauert, solange das Geschäft geöffnet sein darf. Beim Verlassen des Geschäftes verpflichtet mich, innerhalb fünf Stunden ein ärztliches Attest einzuholen, andernfalls Sie berechtigt sein sollen, sofortige Entlassung, wenn nicht andere wichtige Gründe vorliegen, ohne weitere Ansprüche geltend machen zu können, stattdessen zu lassen. Komme ich im Monat mehr als viermal zu spät, so hat dies meine sofortige Entlassung wegen Ungehorsam, ohne irgend welche Ansprüche machen zu können, zur Folge. Verlassen des angeordneten Lagers resp. Geschäftslokales ist ohne Erlaubnis verboten. Nichtbefolgung oder Nichtausführung eines vom Chef oder als dessen Vertreter vorgelegten Befehles oder Auftrages hat meine sofortige Entlassung wegen Ungehorsam zur Folge, ohne sonst Anspruch irgend welcher Art zu haben. Bei sofortiger Entlassung, ohne irgend welche weitere Ansprüche nehmen zu können, ist es mir strengstens verboten, mit der jeweiligen Kassiererin des Geschäfts in irgend welche Beziehungen zu treten, noch mit derselben auszugehen. Es wird hiermit ausdrücklich vereinbart, falls ich oder Herr Simon mir die Stellung aufgeben läßt, es Herrn Simon überlassen bleibt, die Zeit zu bestimmen, mich vorzustellen, und darf ich höchstens dreimal in der Woche zu diesem Zwecke jedesmal höchstens eine bis anderthalb Stunden dem Geschäft fern bleiben, bei Wiederankunft kann Herr Simon mich sofort entlassen, ohne daß ich Ansprüche stellen kann. Herr Simon hat das Recht, mich sofort zu entlassen, wenn ich irgendwo mit entlassener Personal des Geschäfts zusammenkomme oder verkehre, ohne daß ich sonst Gehaltsansprüche stellen darf.“

An sich ist dieser Halsabschneider-Vertrag ja ungültig und wirkungslos, da er sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzt. Wenn die Angestellten des Herrn Simon sich an den Vertrag gebunden glauben, so ist das ihre Schuld. Aber gerade wegen der dreifachen Nichtachtung des Gesetzes sind die Praktiken des Herrn bezeichnend für eine gewisse Unternehmerroutine. Wähten diese Prinzipale nicht, daß sie den Handlungsgehältern alles Mögliche bieten, ihnen jegliche Erniedrigung zumuten können, so würden sie es nicht mit Kniffen wie den hier erwähnten versuchen. Erst wenn die Kaufmannsangehörigen einsehen, daß sie nichts Besseres sind als Arbeiter und sich dementsprechend organisieren, wird das Unternehmertum im Verkehr mit ihnen allgemein zur Wahrung guter Sitten erzogen werden können.

der Berufsgenossenschaften, deren Beantwortung zuweilen übernatürliche Fähigkeiten voraussetze usw. usw. allseitig verwiesen. Sozialdemokratischerseits wurde auf die vollkommen überflüssige Ueberwachung jeder auch der allerkleinsten Arbeiterversammlung verwiesen, und statt dessen die Verwendung der Beamten im Strafpendenz gefordert.

Einen Hauptbeitrag für die Art, wie die Polizei hurrapatriotischen, ordnungstrotzigen Bestrebungen gewohnheitsmäßig dienstbar gemacht werde, lieferte ein gut bürgerliches Kommissionsmitglied durch folgende Darstellung:

Vor einigen Monaten sei er von einem Polizeibeamten besucht und danach gefragt worden, ob er und sein Bruder Soldat gewesen seien und einem Militärverein angehören. Auf die ersuchte Gegenfrage, wer denn wohl ein Interesse an dieser Auskunft haben könne, habe er die Antwort erhalten, daß der Beamte den dienstlichen Auftrag zu dieser Recherche habe. Nachdem er, Erzähler, die erste Frage bejaht, die zweite verneint habe, sei die Sache damit erledigt gewesen, bis ihm nun kürzlich wieder von einem Polizeibeamten — — zwei Prozessen ins Haus gebracht wurden, welche die Notwendigkeit behandeln, daß sich die gebildeten Soldaten einem — — Militärverein anschließen! — Weiter wurde erwähnt, daß die Regierung die Beaufsichtigung der Eisenbahnen in einem der neugebildeten Bezirke einfach der städtischen Polizei übertrage, während die Verhältnisse dieser Eisenbahn bis auf das Heiligenfeld und Tegeler Gebiet erstreckt. Von einer Seite wurde dieses als eine Belästigung der Städte zugunsten der ländlichen Kreise bezeichnet.

Die Schulverhältnisse in Treptow sind, wie uns von dort berichtet wird, nicht weniger schön. Trotzdem der Neubau der Gemeindefschule in der Stiefholzstraße, der vor einigen Jahren vollendet wurde, genügend Räume enthält und die Gemeindeverwaltung auch Mittel für Lehrkräfte angeworben hat, müssen die Kinder, welche zu Michaeli eingeschult wurden, an drei Wochentagen mittags um 1 Uhr zur Schule. Daß die Kleinen dem Unterricht am Nachmittag nicht mit Aufmerksamkeit folgen können, wenn sie vormittags auf der Straße gespielt haben, ist klar. Daß die örtliche Schulbehörde hiergegen etwas unternimmt, ist nach ihrem bisherigen Verhalten leider nicht zu erwarten. Lehnte sie doch die Einrichtung einer fliegenden Klasse in der Eisenstraße, welche bis zur Fertigstellung des neuen Schulhauses in der Douchéstraße durch den starken Zugunöftig war, acht Wochen vor dem Zugunöftig ab, um vier Wochen später, durch die Verhältnisse gezwungen, von der Gemeindeverwaltung die Mittel hierzu zu verlangen. Auch davon, daß sie auf die Anstellung eines Schularztes drängt, welche bei der Staatsberatung vorgezogen wurde, hört man nichts. Jedenfalls hat aber die Schulaufsichtsbehörde die Pflicht, sich die hiesigen Schulverhältnisse einmal genauer anzusehen.

Gerichts-Zeitung.

Der Naturheilkundige Mistelski.

Ein kleiner medizinischer Kongreß trat gestern im kleinen Schwurgerichtssaal zusammen. Es handelte sich um eine gegen den Naturheilkundigen Paul Mistelski gerichtete Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung und unlauteren Wettbewerbs. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Kanagow, die Anklage vertritt Major Dr. Oberlein, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Schöps. Der Angeklagte ist beschuldigt, durch eine Annonce in der „Berliner Morgenpost“ den Anschein eines besonders günstigen Angebots gemacht und durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung einer Witwe Schmidt und einer Schwigmannsfrau Giese verursacht zu haben. Von der Anklagebehörde sind als Sachverständige geladen: Medizinalrat Dr. Witzgen, Gerichtsarzt Dr. Sörmer, Dr. Lewinsohn, Dr. Alexander, Dr. Ahrend, Dr. Bastonier und Gerichtschemiker Dr. Zudenat. Vom Verteidiger ist noch eine große Reihe medizinischer Sachverständiger als Gegen-Gutachter geladen, außerdem stellt Rechtsanwalt Dr. Schöps den Befragungszeugen etwa 60 Zeugen und Zeuginnen gegenüber, die behaupten, durch die Heilmethode des Angeklagten von ihrem Leiden befreit worden zu sein. Der Verteidiger beantragt ferner, die Sachverständigen Dr. Lewinsohn und Dr. Sörmer als befangen abzulehnen — letzteren, weil er stellvertretendes Mitglied der Kammer sei, ersteren, weil er die Anklage gegen den Angeklagten erstattet habe. Der Staatsanwalt beantragt dagegen, den von der Verteidigung vorgeladenen Sachverständigen Dr. Wagen abzulehnen, weil dieser in dem Institut des Angeklagten tätig sei. Der Gerichtshof lehnte die Ablehnungsanträge ab. Der Angeklagte ist viermal wegen Verletzung eines ärztlichen Titels und einmal wegen unlauteren Wettbewerbs verurteilt. Darnach hatte er in marktstrotzigen Annoncen „allen trostlosen Kranken“ sein „neues rationelles Heilverfahren“ anzuzeigen, und allen, „die vergewissert und verlassen dürften, und denen Ärzte und Professoren keine Hilfe bringen können“, dringend angeraten, zu ihm zu kommen, da er infamde sei, infolge seiner Erfindungen alle Krankheiten heilen zu können. Er betreibt die Heilmethode gewerbmäßig. Seine Vorbildung besteht darin, daß er vom 6. bis 14. Lebensjahre eine Volksschule in Westpreußen besucht und dann noch auf einer Gewerbeschule sich weiter gebildet hat. Er behauptet, daß er vor Jahren hiesig an Rheumatismus gelitten und daß ein Arzt ihm gesagt habe, ihm müßten die beiden Beine amputiert werden. Er habe sich dann an den Naturheilkundigen Kanagow gewendet und dieser habe ihn durch homöopathische Behandlung, Wader usw. in 6 Wochen gesund gemacht. Nach seiner weiteren Behauptung ist er dann zwei Jahre lang als Krankenwärter im Krankenhaus von Thorn tätig gewesen und wird dort „narkotisiert“ und auch „Beiden auseinandergelegt“ haben. Darauf will er in der Charité auf der inneren und äußeren Station, dann im pathologischen Institut, im Krankenhaus Roßbitt, in der Jrenanialk Herzberge, bei Dr. Oliven in Panow und im Hedwigs-Krankenhaus tätig gewesen sein und auch eine selbständige Tätigkeit entwickelt haben. Später, im Jahre 1895, ist er in die Berliner Naturheilkundigen eingetreten und dort zwei Jahre tätig gewesen. Dann will er dort einer Prüfung unterzogen worden sein. Im Jahre 1897 ging er in die Badeanstalt von Münsel (Lohstambader), nachher war er bei einem Naturheilkundigen beschäftigt, einige Wochen war er im jüdischen Krankenhaus tätig, dann nochmals im Hedwigs-Krankenhaus und behauptet, daß er dort „selbständig narkotisiert“ habe. Dann will er sich bei Rossener und bei Kanagow im Rechnen, Schreiben und Deutsch vervollkommen haben und im Jahre 1897 machte er sich selbständig und lebte in der Reinen Schönhauserstraße die Naturheilmethode aus. Die Fragen des Präsidenten, was er unter Physiologie, Anatomie und Pathologie versteht, kann der Angeklagte nur höchst unvollkommen beantworten. Sein Geschäft ist aus seinen Anfängen stark emporgewachsen. Anfangs hatte er drei Zimmer inne, jetzt hat er eine sehr ausgedehnte Wohnung zu mehreren Tausend Mark Miete inne. Wie er selbst sagt, bezahlte er für seine Annoncen im „Deutschen Blatt“, im „Lokal-Anzeiger“ und der „Morgenpost“ monatlich 2000 M. Nach der Behauptung der Anklage enthält eine dieser Annoncen eine Unwahrheit. Die Zahl der von ihm geheilten Patienten hat er immer stark steigend angegeben: von anfänglich 70 auf schließlich 480. In jener Annonce soll er eine Frau als „von chronischer Fieber nach 30 Behandlungen geheilt“ aufgeführt haben, während sie ungeheilt geblieben ist. Er kurierte hauptsächlich mit einem elektrisch betriebenen „Oscillations-Apparat“ und mit homöopathischen Medikamenten. Die Ärzte und Professoren bezeichnet er als „Kunpfischer“, sich selbst nennt er als „Direktor“ seines Instituts und behauptet, daß er während seiner langjährigen Praxis viele Patienten geheilt und gesund gestellt habe, die von Ärzten „verworfen“ worden seien. In den beiden Fällen, die ihm als Körperverletzung zur Last gelegt werden, soll er Kunstfehler begangen haben. Den Zustand der einen Patientin soll er durch Behandlung mit einer Quecksilber-Salbe verschlimmert, die andere, inzwischen verstorbene Patientin soll er in unzulässiger Weise mit dem Oscillations-Apparat behandelt haben. Er beirätet entschieden jede Schuld. Die Verhandlung bietet daselbe Bild wie alle Kunpfischer-Prozesse. Bei der ausgedehnten Vernehmung wird der Prozeß erst am Freitag zu Ende gehen. Wir werden das Ergebnis mitteilen.

„Hygiene oder Prostitution“ war der Titel eines Artikels, wegen dessen Genosse Paul Strunz als freier Redakteur der Zeitung „Die Sanitäts-Warte“, Organ des Zentralverbandes des Kassagen-, Bade- und Krankenpflege-Verbands Deutschlands, sich am 2. November dieses Jahres vor der Abteilung 150 des Schöffengerichts zu verantworten hatte. Der Artikel, der in Nr. 4 der Zeitung vom 10. März d. J. erschienen war, legte dar, wie die Rücksicht auf den Profit des Privatunternehmers in Badeanstalten herbeibrächte, die beim Publikum die Keigung zum Baden beeinträchtigen und die hygienischen Zwecke des Badens vereiteln müßten. Dies war durch einige Beispiele, unter anderem über den Betrieb in der Badeanstalt Chausseest. 81, erläutert, weshalb deren Besitzer Deuster Privatklage wegen Verleumdung erhob. Der Ausgang wird ihm keine Freude gemacht haben. Auf Veranlassung des Angeklagten wurden Zeugen geladen, die früher in der Anstalt gearbeitet hatten, und diese bestätigten, daß mit Wissen des Besitzers die zu Einpudungen verwendeten Latex, wenn sie nicht auffällig schmutzig gewesen wären, nur getrocknet, gerollt und dann zum zweiten, wohl auch drittenmale gebraucht worden wären. Eine Zeugin, die als Wäscherin beim Kläger gearbeitet hatte, behauptete, daß sie allein die Wäsche täglich in der Zeit von 8 Uhr bis Mittag hätte waschen müssen, und daß dies täglich einige Hundert Handtücher und etwa 20 Badelaken gewesen wären, an den Tagen nach besonderem Andrang noch mehr. Der Zeiger hätte ihr gleich am ersten Tage gesagt, daß es unmöglich wäre, diese ganze Wäsche zu waschen und zu waschen, deshalb würden die etwas lauderen Tücher nur kalt gespült, getrocknet und gerollt. So wäre auch verfahren worden. Durch einen Zeugen Knoll wurde erwiesen, daß noch im Februar 1904 im Lohstambad eine Abflusseinrichtung bestand, bei der das gebrauchte Wasser außer in den Wadegästen über die Fäße laufen mußte. Der Privatkläger gab zu, daß er bei Übernahme der Anstalt im März 1903 allerdings wenig erfreuliche Zustände vorgefunden hätte, doch hätte er die mehrmalige Verwendung der Latex verboten und eine große Anzahl neue angeschafft, auch den Abflus ändern lassen. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Heilig, beantragte Verurteilung. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Heine, wies darauf hin, daß die geringe mehrfache Verwendung der Latex noch Monate nach der Übernahme der Anstalt durch Kläger nachgewiesen wäre, während man doch neue Latex in einem Tage beschaffen könnte. Auch die Abflusseinrichtung im Lohstambad hätte noch ein Jahr nach dem Beitritt des Klägers bestanden. Nebenbei hätte Kläger die allerberechtigtesten Interessen vertreten und könnte deshalb nicht bestraft werden. Das Gericht hielt den Beweis der Wahrheit für die Zeit, die in Betracht käme, erbracht. Für diese wäre nachgewiesen, daß es in der Badeanstalt des Klägers nicht zugegangen wäre, wie es müßte. Deshalb müßte Angeklagter freigesprochen werden, wenn auch dem Kläger geglaubt werden könnte, daß er seitdem für Abhilfe gesorgt hätte.

Eine interessante Freisprechung. Unter der Anklage der Unterschlagung standen gestern die Ehefrau Haensgen und der Agent Dumke vor der Anklagebank des Landgerichts I. Dumke hatte die Haensgen öfter in Prozessen vertreten. Am 1. Oktober 1902 mieteten beide, trotzdem sie nicht über Mittel verfügten, ein Restaurationslokal in der Georgenkirchstraße, für das Frau Haensgen die Kongession nachsuchte und auch erhielt. Um sich Geld zu beschaffen, verfielen beide auf folgende kühne Idee: Sie erboten von der Reichlichen Kredit- und Gewerbebank in Berlin ein Beitrittsformular, das Frau Haensgen mit dem Namen ihres Ehemannes, ohne daß dieser eine Ahnung davon hatte, unterzeichnete. Dann schrieb Dumke einen Wechsel über einen größeren Betrag aus, und Frau H. setzte den Namen ihres Mannes und den Namen ihrer Tochter, einer Künstlerin, unter das Akzept. Mit diesem Wechsel besaß Dumke, ging Dumke zur Bank, die den Ehemann Haensgen inzwischen als Genossen akzeptiert hatte, und erhielt auf den Wechsel die Saluta. Da er aber nun der Frau Haensgen nichts von dem Gelde gab, gerieten beide in Streit. Eines Tages erschien Frau H. mit ihrer Tochter bei der Bank und erklärte unter Tränen und Schlägen, daß sämtliche Unterschreibungen gefälscht seien. Die liebevolle Tochter fügte hinzu, es sei ihr ganz gleich, ob ihre Mutter ins Zuchthaus käme, sie zahle jedenfalls keinen Pfennig. Die gestrige Verhandlung vor dem Landgericht gestaltete sich zeitweise dramatisch. Während die Angeklagte Haensgen behauptete, sie wäre halbblind und schwerhörig, Dumke hätte ihr die Feder gefasert und sie auch verletzt, den Namen ihrer Tochter mit umgekehrter Feder zu schreiben, kurz für sei ein wehloses Opfer Dumkes gewesen, behauptete dieser durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Walter Bahn, daß die H. bei gewissen Funktionen zu den Scheinbiestern gehöre. Sie habe zu Dumke mehr als freundschaftlich gekannt und sei ihm nun aus Eifersucht feindselig geworden. Dieses bestritt die in höheren Semestern stehende Angeklagte mit stiller Entrüstung. Die Verweigerung der Beweisaufnahme bestätigte indes die Auffassung Dumkes, daß die H. das ganze Geschäft aus Freundschaft für ihn inszeniert habe. Während der Staatsanwalt gegen die Haensgen sechs Wochen und gegen Dumke sechs Monate Gefängnis beantragte, folgte das Gericht den Ausführungen des Verteidigers Walter Bahn, der bat, die rechtswidrige Absicht der beiden Angeklagten zu verneinen. Er setzte sich mit diesem Antrag in einen auffällenden Gegensatz zu dem Verteidiger der Frau H., der sich in seinem Plaidoyer den Ausführungen des Staatsanwalts angeschlossen und nur um eine gelindere Strafe bat. In seiner Uebersetzung sprach das Gericht beide Angeklagte frei und legte die Prozeßkosten der Staatskasse auf.

Ein jener gemeingefährlichen Verbrecher, die sich in der Nähe öffentlicher Bedürfnisanstalten aufhalten und Entpressungsversuche ausüben, indem sie diesen oder jenen Besucher der Anstalt schmutziger Anordnungen beschuldigen, fand gestern in der Verant des Hausdieners Ang. Knaak vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Er behauptete, daß eines Tages zwei in der Anstalt am halbeschen Tor wohnende alte Herren, darunter ein Reichstagsabgeordneter (Zigarrenfabrikant Geber), sich ihm in verdächtiger Weise genähert hätten. Obgleich die beiden Herren sofort an Ort und Stelle diese Behauptung, deren Zweck und Ziel auf der Hand lag, energisch zurückwies, ließ sie der Angeklagte doch zur Polizei führen, um ihre Persönlichkeiten festzustellen. Die Folge war die Erhebung der Anklage gegen ihn wegen verühter Entpressung. Das Ergebnis der unter Aufsicht der Öffentlichkeit geführten Verhandlung war, daß der Angeklagte zwar nicht der verühten Entpressung, aber der falschen Anschuldigung und Freiheitsberaubung schuldig befunden und zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Vermischtes.

Einsturz eines Wasserreservoirs. Das große Wasserreservoir bei Winston, Nord-Carolina, ist eingestürzt. Mehrere Tausend Landes wurden übersüht. 23 Personen sind umgelommen.

Dynamitexplosion auf den Sähenen. In Mount Vernon, nördwestlich New York, explodierte Dynamit, das auf ein Bahngleis gelegt war. Im benachbarten Stadtteil wurden die Häuser zertrümmert; mehrere Personen wurden getötet, 50 verletzt.

Das Preiswettbewerb des Deutschen Vereins abstinenten Lehrer hat deutlich ergeben, wie schwer es ist, neue Verhältnisse zu erhalten, die den gegenwärtig gestellten hohen Anforderungen genügen. Der Verein hatte den verhältnismäßig sehr hohen Preis von 300 M. ausgesetzt für ein in beliebiger Form den Alkoholismus bekämpfendes Leichfeld, das zur Aufnahme in die Leichfelder geeignet sei. Fast alle Stände (Lehrer, Ärzte, Richter, Kaufleute, Handwerker u. a.) beteiligten sich an der Preisbewerbung und 241 Arbeiten wurden eingelangt. Das Preisgericht hat jedoch keine der Arbeiten für wirklich genügend erklären können.

Wegen Meineides und Sittlichkeitsverbrechens, begangen an seiner minderjährigen unehelichen Tochter, verurteilte das Schwurgericht in Magdeburg den Gastwirt Stephan zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Verurteilung.

Frau von Herdow wurde am Mittwoch in Leoben aus der Haft entlassen, nachdem die Berufungsinstant die zu leistende Kaution

auf 4000 Kronen ermäßigt und der Reichsanwalt der Frau v. Herdow diese Summe hinterlegt hatte.

Unschuldig verurteilt. Aus Treptow an der Rega wird berichtet: Nach dreißig Jahren von der Anklage des Meineides freigesprochen wurde, nach der „Stett. Abendp.“ der ehemalige Lehrer Thormeyer von hier. Thormeyer war vor länger als 30 Jahren in dem benachbarten Dorfe Duitrow als Lehrer tätig. Er hatte damals 15 M. an die Gerichtskasse zu zahlen und händigte einem Gerichtsboten den Betrag ein; dieser bestritt, die Summe empfangen zu haben. In einem Prozesse, der infolgedessen entstand, beschwor Thormeyer seine Angaben und der Staatsanwalt erhob nunmehr Anklage und auf die Anklage des Gerichtsbeamten und eines anderen Beamten hin wurde Thormeyer wegen Meineides zu einer empfindlichen Strafe verurteilt. Nachdem er diese verbüßt hatte, war er unablässig bemüht, Material zum Beweise seiner Unschuld herbeizuschaffen. Dies ist ihm nunmehr gelungen und im Wiederanverfahren wurde er vom Landgericht Stargard freigesprochen. Thormeyer hat nunmehr eine Entschädigungsforderung von 30 000 Mark gegen die Regierung geltend gemacht.

Von einer Granate zerissen. Durch eine noch nicht freigelegte Granate wurde in dem Jüterbogener Vorort Damm der Arbeiter Neumann getötet. Er wollte noch nicht lange im Orte und kannte deshalb nicht die Gefährlichkeit der auf dem Jüterbogener Artillerie-schießplatz öfter abirrenden Geschosse. Mit seiner Frau hatte er einen Spaziergang unternommen und dabei die Granate gefunden. Die er in dem Glauben, sie sei schon explodiert, in seine Wohnung nahm. In der Küche hantierte er dann abends mit dem Geschosse. Plötzlich erfolgte eine gewaltige Explosion, durch die ein großes Chaos in der Küche angerichtet wurde. Als die Frau herbeieilte, fand sie ihren Mann sterbend vor. Ein Granatsplitter hatte ihm einen Arm abgerissen, ein anderer ein Bein schwer verletzt, ein dritter aber war in den Unterleib gedrungen, so daß die Eingeweide des Verstorbenen hervorgetreten. Er starb in den Armen seiner Frau.

Von einem Walfisch gerammt und zum Sinken gebracht wurde im Nordatlantischen Ozean der dänische Schoner „Anna“, dessen Besatzung von dem englischen Dampfer „Quermore“ in Liverpool gelandet wurde. Die „Anna“ fuhr von Island nach Neu-Grönland und war etwa 20 Tage unterwegs, als man am Nachmittag des 23. September auf hoher See einen Walfisch Wasserflug sah. Die Höhe sprang sah. Bald darauf wurden einige hundert Meter vom Schiff entfernt, wieder Dampfstrahlen gesehen; der Walfisch schien sich argwöhnlich um Kreise zu drehen. Als die „Anna“ langsam, nur mit einer Schnelligkeit von etwa 1/4 Knoten vorüberfuhr, erkannte die Mannschaft deutlich die Bewegungen des Ungetüms, das mit seinem Schwanz wütend das Wasser peitschte. Plötzlich stürzte es sich mit voller Wucht und ungeheurer Schnelligkeit auf das Schiff und traf es mit seinem Kopf in der Mitte. Es gab einen furchtbaren Knack, einige Seeleute wurden umgeworfen. Das Schiff hatte unter der Wasserlinie eine Deffnung erhalten, und sein Vordersteven war zerbrochen. Aber auch der Walfisch war tödlich getroffen. Der riesige Körper stieg langsam an die Oberfläche, am Kopf und an der Seite sah man zwei klaffende Wunden, aus denen sich das Blut in Strömen ergoß und das Wasser in weitem Umkreis rötlich färbte. Das Schiff war led geworden, und die Mannschaft arbeitete fieberhaft an den Pumpen; aber als das Wetter schlechter wurde, begann das Schiff zu sinken. Nach 39 Stunden anstrengtester Arbeit mußte man die „Anna“ aufgeben. Ein Rettungsboot wurde mit Rundboot versehen und bemannt. Gerade als es ins Wasser gelassen werden sollte, bemerkte man den Dampfer „Quermore“, dem es nach mehreren anstrengten Versuchen gelang, die Besatzung der „Anna“ aufzunehmen.

Der Prinzessin Luise von Koburg ist jetzt, wie aus Paris geschrieben wird, durch Vermittlung des französischen Ministeriums des Auswärtigen der am 21. Oktober gefasste Beschluß des Wiener Oberhofmarschallantes bezüglich der von der Prinzessin geforderten neuen ärztlichen Untersuchung ihres Geisteszustandes zugestimmt worden. Es ist ein langes, juristisch verwickeltes Schriftstück, aus dem sich folgender Kern herausheben läßt: Reichsanwalt Dr. Wehrand erklärt, daß sein Klient (Prinz Philipp von Koburg) sich der neuen Untersuchung des Geisteszustandes der Prinzessin nicht widersetze, daß er die erste Untersuchung des Geisteszustandes der Prinzessin nicht beeinflusst habe und daß er, unter Wahrung seiner legitimen Pflichten und Rechte, auch bei der neuen Untersuchung eine strikte Neutralität bewahren und weder auf den Ort der Untersuchung noch auf die Wahl der Experten einen Einfluß ausüben werde. Ritter von Seimantel, der Vormund und Pfleger der Prinzessin, erklärt, daß er den schon früher vorgebrachten, eine neue ärztliche Untersuchung betreffenden Wunsch seiner Klientin noch einmal vorbringe; bezüglich des Ortes der Untersuchung und der Person der Sachverständigen habe er keine besonderen Wünsche, da er überzeugt ist, daß das Vormundschafsgesicht den geschwägigen Vollzug der Untersuchung sichern werde. Widersehen müsse er sich dem Antrage, daß die Pflegschaft vor dem Vollzug der neuen Untersuchung aufgehoben werde. Dr. Stimmer, der Vertrauensmann der Prinzessin, erklärt, daß seine Klientin der Ansicht sei, daß die Aufhebung der Vormundschaf auch ohne eine neue ärztliche Untersuchung beschlossen werden könne; eine neue Untersuchung könne die Prinzessin nur dann über sich ergehen lassen, wenn man ihr bei der Wahl der Experten volle Freiheit lasse, und wenn die Einmündigung des Reichsanwaltes sich nur auf die Prüfung der Unparteilichkeit der Experten beschränke. Der Rechtsvertreter der Prinzessin schlägt dann vor, daß die eine Untersuchung, unter dem Schutze des Seine-Tribunals in Paris, von Dr. Valentin Magnan, Uchary und Leiter des Jrenanials von Sainte-Anne in Paris, und von Dr. Paul Garnier, Polizei- und Gerichtsarzt in Paris, vorgenommen werde. Mit diesem Vorschlage erklärt sich das Reichsanwalt einverstanden, und das Seine-Tribunal wird ersucht, die beiden Experten zu bezeichnen. Es soll festgestellt werden: 1. ob der Geisteszustand der Prinzessin derzeit ist, daß die Prinzessin ihr Vermögen selbst verwalten kann; 2. ob im negativen Falle die Internierung der Prinzessin sich als dringende Notwendigkeit erweist.

Briefkasten der Redaktion.

R. St. Brann. — A. Th. 21. Wenden Sie sich an die Verwaltung des Theaters am nächsten gelegenen Theaters bzw. an den Direktor, seinen Vertreter oder den Kassierer. — 13 J. Rein. — G. 4. Ja. — 999. Eine Petersburger Nachricht.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr.

J. 2. 144. Leider fehlt es an Begehrlungen für Unterbringung der Kinder: das ist in der Stadtverordneten-Versammlung und von sehr häufig betont. — G. 2. 1. Eine Frau gibt es dafür nicht. Es können nur Frauen und dann händeln lassen. 2. Reineswegs. — W. 7. 68. 1. Es müssen innerhalb zwei Jahren insgesamt 20 Marken geleistet werden. 2. Ein formeller Anspruch auf die Rente sieht der Nennbrennkraft zu. 3. Die Rückzahlung würde verlangt werden: eine Sicherstellung ist unmöglich. — H. W. 2. Sie sind Mitglied der Rente und können im Erntungsstelle auf Zahlung usw. bei der Gewerbebeurteilung klagen, auch schon jetzt bei dem Kassensortande Urkundung darüber einziehen, ob Sie in der Tat nicht als Mitglied verzeichnet werden. — G. 3. 1867. Rein.

Marktwerte von Berlin am 2. November. Rogg Erntemittlungen des (al. Voller-Vollblatts). Für 1 Doppel-Pentner: Weizen**), gute Sorte 17,25—17,53 M., mittel 17,51—17,49 M., geringe 17,47—17,45 M. Roggen**), gute Sorte 13,80—13,79 M., mittel 13,78—13,77 M., geringe 13,76—13,75 M. Futtergerste**), gute Sorte 13,70—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,90 M., geringe 13,20—13,10 M. Hafer*), gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,00—13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 10,00—10,00 M., Speiseerbsen, weiße 60,00—30,00 M. Kirschen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 2,00—7,00 M. Weichholz 5,30—4,50 M. Reis 9,00—7,20 M. Für ein Kilogramm Butter 2,60—2,60 M. Eier per Schock 4,50—3,00 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 2. November. Höhe bei Küsting — 1,17 Meter, bei Dresden — 1,33 Meter, bei Waggberg + 0,59 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,75 Meter. — Ober bei Raibitz + 5,50 Meter, bei Breslau Ober-Pöpel + 5,02 Meter, bei Breslau Unter-Pöpel + 0,40 Meter, bei Braunsfel + 0,92 Meter. — B. Elbe bei Brahmünde + 2,68 Meter. — S. A. I. bei Witten + 0,13 Meter. Höhe bei Uch — — Meter.